



# Einladung

## Haupt-, Finanz- und Personalausschuss

7. Sitzung • Mittwoch, 19.06.2013 • 16:00 Uhr • Ratssaal, Rathaus

### Nicht öffentliche Tagesordnung - 16:00 Uhr

- siehe Anlage -

### Öffentliche Tagesordnung - 16:30 Uhr

**Inhaltsverzeichnis  
siehe letzte Seite(n)**

- |            |  |                                |
|------------|--|--------------------------------|
| 11.        | Mitteilungen zur Kenntnis  |                                |
| 11.1.      | Sachstandsbericht der GGFA AöR   | II/225/2013<br>Kenntnisnahme   |
| 11.2.      | Controlling-Zwischenbericht zum 31.05.2013<br>(Budgets und Arbeitsprogramme)   | 201/020/2013<br>Kenntnisnahme  |
| 11.3.      | Betrieb der Cafeteria im Sozialraum des Rathauses – Beschluss-<br>kontrolle: Umsetzung des StR-Beschlusses vom 16. Feb. 2012                                     | 241/067/2013<br>Kenntnisnahme  |
| 11.4.      | Befragung der ALG II- und Grundsicherungsempfänger: Fragebogen   | 30-S/007/2013<br>Kenntnisnahme |
| 12.        | 4. Controllingbericht:<br>Umsetzung der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung 2011<br>(Rödl & Partner)  | 11/116/2013<br>Kenntnisnahme   |
| 13.        | Personalbericht 2012   | 11/118/2013<br>Beschluss       |
| 14.        | Änderung der Personalkostenbudgetierung für das<br>Haushaltsjahr 2014  | 11/124/2013<br>Gutachten       |
| 15.        | Entwurf eines Standards für Datenmodell und Zugriffs-Protokoll<br>für offene Ratsinformationssysteme;<br>Antrag von Herrn StR Heinze Nr. 040/2013 vom 08.04.2013 | eGov/050/2013<br>Beschluss     |
| <b>16.</b> | <b>Übertragung und Verwendung der Budgetergebnisse 2012<br/>der Ämter:</b>   |                                |
| 16.1.      | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012<br>des Amtes für Gebäudemanagement (GME, Amt 24)   | 241/066/2013<br>Gutachten      |

- |       |  |                             |
|-------|--|-----------------------------|
| 16.2. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Bürgeramtes (Amt 33)   | 33/011/2013/1<br>Gutachten  |
| 16.3. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Kultur- und Freizeitamtes (Amt 41)                                 | 41/024/2013/1<br>Gutachten  |
| 16.4. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Theaters (Amt 44)  | 44/051/2013/1<br>Gutachten  |
| 16.5. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Stadtarchivs (Abt. 451)  | 451/014/2013/1<br>Gutachten |
| 16.6. | Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes für Soziales, Arbeit und Wohnen (Amt 50)                     | 50/126/2013/1<br>Gutachten  |
| 17.   | Budgetergebnisse 2012; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2012  | II/226/2013<br>Gutachten    |
| 18.   | Probleme im Rahmen der Bewilligung von ALGII und Grundsicherung hier: Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 24/2013 vom 26.02.2013 | 50/118/2013<br>Beschluss    |
| 19.   | Künftige Investitionskostenbezuschung von Kindertageseinrichtungen durch Neuregelung von Art. 27 BayKiBiG                    | 512/097/2013<br>Gutachten   |
| 20.   | Änderung der Stellplatzsatzung   | 30-R/080/2013<br>Gutachten  |
| 21.   | Fortführung der repräsentativen Bürgerbefragungen durch die Statistikabteilung   | 30-S/008/2013<br>Beschluss  |
| 22.   | Eröffnungstermin der Erlanger Waldweihnacht; Antrag der FDP-Fraktion Nr. 020/2013 vom 19.02.2013                             | 322/023/2013<br>Beschluss   |
| 23.   | Anfragen   |                             |

Ich darf Sie hiermit zu dieser Sitzung einladen.

Erlangen, den 11. Juni 2013

**STADT ERLANGEN**  
gez. Dr. Siegfried Balleis  
Oberbürgermeister

Falls Tagesordnungspunkte dieser Sitzung aus Zeitgründen auf den nächsten Termin verschoben werden müssen, bitten wir Sie, die entsprechenden Unterlagen aufzubewahren und erneut mitzubringen.

Die Sitzungsunterlagen können auch unter [www.ratsinfo.erlangen.de](http://www.ratsinfo.erlangen.de) abgerufen werden.

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
II

Verantwortliche/r:  
Referat für Wirtschaft und Finanzen

Vorlagennummer:  
**II/225/2013**

### Sachstandsbericht der GGFA AöR

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Der Sachstandsbericht der GGFA AöR wird zur Kenntnis genommen.

**Anlagen:** Sachstandsbericht

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

**Sachstandsbericht GGFA AöR**

**JOBCENTER**  
**STADT ERLANGEN**

**Berichtszeitraum: April 2013**

Inhaltsverzeichnis

1	Aktuelle Entwicklungen _____	3
1.1	Stellungnahme zur Arbeitsmarktsituation _____	3
1.2	Informationen aus der Jobcenterarbeit _____	3
1.3	25 Jahre GGFA – Einladung zum Podiumsgespräch „Braucht Erlangen einen Sozialen Arbeitsmarkt?!“ _____	4
2	Verlauf Eckwerte _____	5
3	Personalvermittlung _____	6
	Gesamtvermittlungssituation mit Branchenverteilung Eingliederungen kumuliert im Zeitraum: 01.01.2013 bis 17.05.2013 _____	6
	Entwicklung der Vermittlungen und der Ausbildungsplatzbesetzung _____	7
	Verteilung der Vermittlung nach Umfang und Art der Beschäftigung und Ausbildung _____	7
	Eingliederungen/Vermittlungen – Frauen/Männer nach Altersgruppen _____	8
	Anteil Eingliederungen/Vermittlungen mit Migrationshintergrund _____	8
4	Qualifizierung und Aktivierung / Integrationsmanagement _____	9
4.1	In Anspruch genommene Integrationsinstrumente Januar bis April 2013 _____	9
4.2	Beschäftigungsfelder Arbeitsgelegenheiten _____	10
5	Eingesetzte Mittel aus Verwaltungs- und Integrationsbudget _____	10
6	Verzeichnis der Abkürzungen _____	11

## 1 Aktuelle Entwicklungen

### 1.1 Stellungnahme zur Arbeitsmarktsituation

Die Aufnahmefähigkeit des Arbeitsmarktes für klassische Alg II Empfänger ist schwieriger als im Vorjahr. Anfragen nach Mitarbeitern für niederschwellige Aufgaben sind zurückgegangen. Die Zeitarbeit stagniert, der Sektor Produktion/Industrie erscheint gesättigt. Auch Jobs z.B. in Call Centern, die in den letzten Jahren immer höhere Qualifikationen voraussetzten, stagnieren im Moment. Gesucht werden vor allem Facharbeiter und Ingenieure in den „classic“ Bereichen, wie Maschinenbau, Elektrotechnik und IT. Universitätsabsolventen wie Physiker, Strömungstechniker, Geo-Wissenschaftler benötigen ebenfalls mittlerweile längere Vermittlungszeiten.

Im Bereich der Älteren über fünfzig werden Integrationen vor allem in den Dienstleistungsberufen wie der Reinigungskräfte, Hausmeisterdienste sowie Pflegefach-/und Hilfskräfte auf leicht höherem Niveau wie im letzten Jahr hergestellt.

### 1.2 Informationen aus der Jobcenterarbeit

#### **Kommunal finanziertes Projekt zur Erlangung des Hauptschulabschlusses**

Im Projekt kommunal finanzierter Hauptschulabschluss befinden sich nach anfänglicher zögerlich Besetzung derzeit 17 Teilnehmer, bei einer Sollzahl von 10 Teilnehmern. Neben dem Regel-Hauptschulabschluss wird in diesem Jahr auch die Hinführung zum Qualifizierenden Hauptschulabschluss angeboten.

#### **IBA – Integriertes Beratungsangebot für Alleinerziehende – Fortführung in neuer Struktur**

Das IBA-Projekt ist nach einer 2-jährigen Förderlaufzeit am 31. März 2013 beendet. IBA war ein vom Bund und ESF gefördertes Netzwerkprojekt mit dem Ziel, die Arbeits- und Lebensbedingungen von Alleinerziehenden zu verbessern. Das Ziel in Erlangen war die Professionalisierung der bestehenden Strukturen der Zusammenarbeit zwischen den Kooperationspartnern GGFA AöR als SGBII-Träger, Jugendamt und dem Netzwerk Alleinerziehende.

IBA hat in das bestehende Beratungsnetzwerk für Alleinerziehende den Aspekt der berufs- und arbeitsmarktbezogenen Beratung eingefügt. Es wurden für die Beratungseinrichtungen thematische Workshops veranstaltet, z.B. zu dem Thema Teilzeitausbildung oder den Abläufen im Jobcenter.

Zusätzlich zur Netzwerkarbeit wurde eine Lotsenberatung durchgeführt, d.h. rechtskreisübergreifend wurden Einzelfälle von den Beratungseinrichtungen entgegengenommen und zum Thema Arbeitsmarkt beraten, oder an andere Ansprechpartner weitervermittelt.

Trotz der kurzen Förderdauer von 2 Jahren kann IBA gute Erfolge verzeichnen. Eine nachhaltige Zusammenarbeit mit den Kooperationspartnern wurde etabliert und der IBA-Steuerkreis wird auch nach der Projektlaufzeit weiterhin bestehen bleiben und sich aktuellen Themen hinsichtlich Vereinbarkeit von Familie und Beruf und der besonderen Bedarfe von Alleinerziehenden widmen. (Anlage: aktueller Flyer)

#### **Access Integrationsbegleitung mit weiteren Projekten beauftragt**

In einem Werkstattgespräch mit dem Geschäftsführer und Mitarbeitern der ACCESS Integrationsbegleitung wurde die Struktur der behinderten Menschen im SGB II Bereich der Stadt Erlangen erläutert und zur Fachdiskussion gestellt. Von Seiten des Jobcenters ist weiterhin Bedarf für ca. 10 Teilnehmer pro Projektlaufzeit für das bisher von Access erfolgreich durchgeführte ESF Projekt „Job Access“. Weiterhin wurde das Pilotprojekt „Job-Clearing“ vereinbart, in dem die Integrationspotentials und weitere Entwicklungsmöglichkeiten von behinderten SGB II Empfängern mit einer besonderen Aufmerksamkeit und Fachlichkeit im Rahmen eines gezielten Einzelcoaching ermittelt werden. Als Fazit der Strukturanalyse musste festgestellt werden, dass es für viele behinderten Menschen im SGB II Bezug eher schwierig bleiben wird, in den Regelarbeitsmarkt einzumünden. Ein dauerhafter sozialer Arbeitsmarkt und tagesstrukturierende Angebote wären hier notwendig und sehr wünschenswert.

#### **Kompetenzagentur im Jugendhilfeausschuss**

Das Angebot der Kompetenzagentur, für jeden benachteiligten Jugendlichen im Übergang Schule-Beruf auf freiwilliger Basis Beratung zur beruflichen Entwicklung anzubieten, wird sehr gut angenommen. Seit September 2011 haben mehr als 160 Jugendliche das niederschwellige Angebot genutzt. Über ein Viertel der Jugendlichen konnte zur Aufnahme einer Ausbildung motiviert werden!

Die Bundesförderung für das erfolgreiche Projekt läuft im Dezember 2013 aus. Da das Jugendamt der Stadt von der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung des Angebotes überzeugt ist, wurde die Kompetenzagentur im Jugendhilfeausschuss im März vorgestellt. Die Absicht ist es, einen Weg für die Weiterförderung über kommunale Mittel zu finden.

### **Jugendwerkstatt Eltersdorf**

Die von der Jugendwerkstatt erlangte Trägerzertifizierung nach AZAV unterstützt die Möglichkeit, die Angebote der Jugendwerkstatt bei entsprechender Bedarfslage von Jugendlichen im SGB II Bezug zu nutzen. Im April besuchte das Fallmanagement des Jobcenters die Jugendwerkstatt und konnte sich von der Qualität ihrer Qualifizierungsangebote überzeugen. Nachdem im Herbst 2012 zwei Jugendliche die geförderte Ausbildung zum Holzfachwerker aufgenommen haben, wird im Jobcenter geprüft, auch in diesem Jahr Jugendliche dem Angebot der Jugendwerkstatt zuzuführen, wobei die Erweiterung des Angebotes um eine Näherwerkstatt die Möglichkeiten vergrößert.

### **Werkstattgespräche mit den freien SGB II Beratungsstellen in Erlangen**

Um die im letzten SGA geäußerte Kritik an der Praxis der Eingliederungsvereinbarungen des Jobcenters aufzunehmen, lud der Integrationsbereich des Jobcenters Vertreter der freien SGB II Beratungsstellen zu einem zweimaligen Austausch ein. Anwesende waren Vertreterin und Vertreter der Kontaktstelle für Arbeitslose, des Erlanger Sozialforums und des VDK.

In den Gesprächen wurde den SGB II Beratern Gelegenheit gegeben, ihre Kritik zu äußern, diese aufzunehmen und mit den Vertreten des Jobcenters dahingehend zu besprechen, wo Veränderungen beiderseits als notwendig gesehen werden, wo eine fachliche Absicht des Jobcenters begründet ist und das Jobcenter für Verständnis für sein Vorgehen wirbt und wo gesetzliche Vorgaben die Prozesse bestimmen.

Es wurde von Seiten des Jobcenters dabei auf die Möglichkeit hingewiesen, bei Problemen von Ratsuchenden die telefonische Abstimmung mit uns zu suchen, oder den SGB II Kunden zum Gespräch mit den Fallmanagern bzw. dem Personalvermittler zu begleiten.

Weiterhin wurden die Kritikpunkte des Sozialforums, die sich im Fraktionsantrag der Linken wieder finden, einzeln durchgesprochen. In einigen Punkten konnten Einigungsvorschläge in Richtung der Forderungen des Sozialforums angeboten werden, wie die Anonymisierung im Bewerbungsverfahren und dem Wegfall der bisher in der EGV verankerten Pflicht am ersten Krankheitstag die Arbeitsunfähigkeitsbescheinigung einzureichen. Weiterhin wird das Jobcenter die EGV einer redaktionellen Überarbeitung unterziehen, um eine bessere Lesbarkeit zu erreichen. Da sich jedoch die gesamten Punkte im Abstimmungsverfahren sowohl mit den Beratungsstellen als auch im Jobcenter intern befinden, ist vorgesehen, erst nach einem weiteren Gespräch mit Vertreten der Beratungsstellen die Ergebnisse gesammelt in einem kommenden SGA/HFPA Bericht vorzustellen. Nach Pfingsten wird eine Liste mit den Kontaktdaten der freien SGB II Beratungsstellen im Eingangsbereich des Jobcenters ausgehängt und ebenfalls gleichlautende Info-flyer ausgelegt.

### **1.3 25 Jahre GFFA – Einladung zum Podiumsgespräch „Braucht Erlangen einen Sozialen Arbeitsmarkt?!“**

Dem komplexen und politischen Geschäftsauftrag der GGFA ist es angemessen, keine traditionelle Jubiläumsfeier auszurichten, sondern die Möglichkeit zu nutzen, einen Blick auf zukünftige arbeitsmarktpolitische drängende Aufgabenstellungen zu werfen. Dazu lädt die GGFA, die Stadtratsmitglieder, den GGFA Verwaltungsrat, den SGB II Beirat, die überregionalen politischen Vertreter Erlangens, sozialpolitische Gruppierungen und Interessensvertretungen, die Freunde und Begleiter der GFFA und die interessierte Öffentlichkeit zu einer spannenden und interessanten Podiumsdiskussion ein:

#### **25 Jahre GGFA – Einladung zur Podiumsdiskussion zum Thema**

**„Braucht die Stadt Erlangen einen Sozialen Arbeitsmarkt?!“**

**Donnerstag den 18. Juli um 19:00 Uhr im Ratssaal**

**Im Anschluss an die Veranstaltung ist gegen 21:00 Uhr ein Stehempfang vorgesehen.**

Am Nachmittag findet ein Werkstattgespräch zum Thema Sozialer Arbeitsmarkt statt, zu dem Jobcenterleiter aus der Metropolregion und der bayerischen Optionskommunen eingeladen werden.

Wir bitten Sie, den Termin vorzumerken, die Einladung mit den Details der Veranstaltung wird Sie im Juni erreichen.

## 2 Verlauf Eckwerte

Entwicklung der Basiszahlen SGB II mit Vormonatsvergleich

Stichtag 15. des Monats

	Apr 12	Mai 12	Jun 12	Jul 12	Aug 12	Sep 12	Okt 12	Nov 12	Dez 12	Jan 13	Feb 13	Mrz 13	Apr 13
<b>Bedarfsgemeinschaften*</b>	2376	2384	2357	2368	2331	2317	2304	2301	2332	2350	2330	2389	2403
Veränderung gg Vormonat	-0,75%	0,34%	-1,13%	0,47%	-1,56%	-0,60%	-0,56%	-0,13%	1,35%	0,77%	-0,85%	2,53%	0,59%
<b>erwerbsfähige Leistungsberechtigte (eLb)*</b>	3032	3106	2996	3010	2968	2958	2923	2928	2979	2984	2943	3013	3052
Veränderung gg Vormonat	-1,33%	2,44%	-3,54%	0,47%	-1,40%	-0,34%	-1,18%	0,17%	1,74%	0,17%	-1,37%	2,38%	1,29%
<b>eLb unter 25 Jahre*</b>	561	566	509	522	512	485	469	478	488				
Veränderung gg Vormonat	2,56%	0,89%	-10,07%	2,55%	-1,92%	-5,27%	-3,30%	1,92%	2,09%				
<b>Sozialgeldempfänger*</b>	1349	1330	1306	1308	1294	1301	1309	1343	1348	1330	1333	1375	1347
Veränderung gg Vormonat	0,45%	-1,41%	-1,80%	0,15%	-1,07%	0,54%	0,61%	2,60%	0,37%	-1,34%	0,23%	3,15%	-2,04%
<b>Arbeitslose SGB II</b>	1389	1433	1441	1421	1447	1462	1449	1452	1450	1456	1433	1468	1473
Veränderung gg Vormonat	0,65%	3,17%	0,56%	-1,39%	1,83%	1,04%	-0,89%	0,21%	-0,14%	0,41%	-1,58%	2,44%	0,34%
<b>davon Arbeitslose SGB II unter 25 Jahre</b>	105	121	119	114	125	128	122	100	102	110	102	106	110
Veränderung gg Vormonat	1,94%	15,24%	-1,65%	-4,20%	9,65%	2,40%	-4,69%	-18,03%	2,00%	7,84%	-7,27%	3,92%	3,77%
<b>Aktivierbare Kunden (A-E)</b>	1997	2011	1990	1998	1983								
Veränderung gg Vormonat	-0,25%	0,70%	-1,04%	0,40%	-0,75%								
<b>Aktivierbare Kunden u25 (A-E) inkl JiA</b>	293	302	303	304	292								
Veränderung gg Vormonat	2,09%	3,07%	0,33%	0,33%	-3,95%								
<b>Arbeitslosenquote Erlangen gesamt</b>	3,8%	3,8%	3,8%	3,9%	3,9%	3,9%	3,9%	4,0%	4,0%	4,4%	4,3%	4,2%	4,2%
Veränderung gg Vormonat	0,00%	0,00%	0,00%	2,63%	0,00%	0,00%	0,00%	2,56%	0,00%	10,00%	-2,27%	-2,33%	0,00%
<b>Arbeitslosenquote SGBII Erlangen</b>	2,4%	2,4%	2,4%	2,4%	2,4%	2,5%	2,4%	2,4%	2,4%	2,5%	2,4%	2,5%	2,5%
Veränderung gg Vormonat	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	4,17%	-4,00%	0,00%	0,00%	4,17%	-4,00%	4,17%	0,00%
<b>Arbeitslosenquote SGBIII Erlangen</b>	1,4%	1,4%	1,4%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,5%	1,6%	1,9%	1,9%	1,8%	1,8%
Veränderung gg Vormonat	-6,67%	0,00%	0,00%	7,14%	0,00%	0,00%	0,00%	0,00%	6,67%	18,75%	0,00%	-5,26%	0,00%
<b>Jugendarbeitslosenquote Erlangen gesamt</b>	3,3%	3,1%	3,0%	3,5%	3,9%	3,4%	3,0%	2,6%	2,7%	3,2%	3,2%	3,1%	3,1%
Veränderung gg Vormonat	0,00%	-6,06%	-3,23%	16,67%	11,43%	-12,82%	-11,76%	-13,33%	3,85%	18,52%	0,00%	-3,13%	0,00%
<b>Jugendarbeitslosenquote SGBII Erlangen</b>	1,7%	1,8%	1,8%	1,7%	1,9%	1,9%	1,8%	1,5%	1,5%	1,7%	1,5%	1,6%	1,7%
Veränderung gg Vormonat	6,25%	5,88%	0,00%	-5,56%	11,76%	0,00%	-5,26%	-16,67%	0,00%	13,33%	-11,76%	6,67%	6,25%
<b>Anteil der jugendlichen(SGBII-) Arbeitslosen an allen (SGBII-) Arbeitslosen in Erlangen</b>	7,6%	8,4%	8,3%	8,0%	8,6%	8,8%	8,4%	6,9%	7,0%	7,6%	7,1%	7,2%	7,5%
Veränderung gg Vormonat	1,28%	11,70%	-2,20%	-2,85%	7,68%	1,35%	-3,83%	-18,20%	2,14%	7,40%	-5,78%	1,44%	3,42%

\* bis Dez 12 entgültige Werte ( t-3), ab Jan. 13 vorläufige Werte (Quelle BA Kreisreport und BA Arbeitsmarktreport)

wg Softwarewechsel derzeit nicht auswertbar

wg Softwarewechsel derzeit nicht auswertbar

### 3 Personalvermittlung

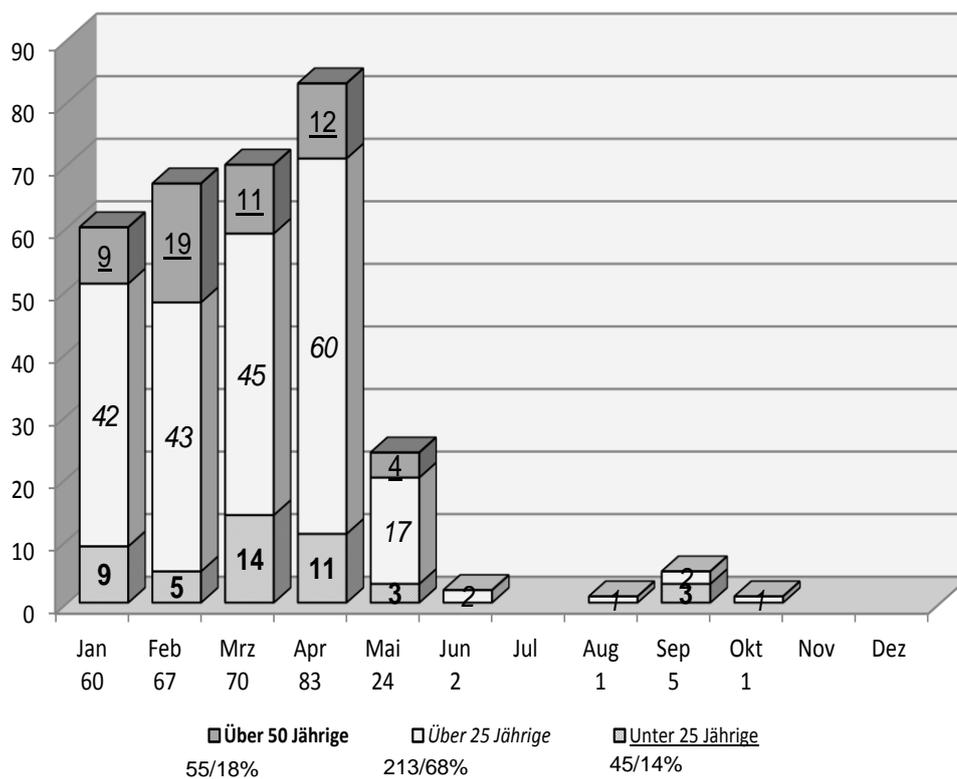
**Gesamtvermittlungssituation mit Branchenverteilung Eingliederungen kumuliert im Zeitraum: 01.01.2013 bis 17.05.2013**

Eingliederungen 2013 kumuliert unter 25												
Mig	Female	Male	Eingliederungsstatistik unter 25 Jährige			Min	TZ	VZ	Exi	Aus	EAZ	
21	26	18	44	<b>Summe Eingliederungen</b>			8	9	21	0	6	1
48%	59%	41%	14%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65			18%	20%	48%	0%	14%	2%
			31	Code 01, Klient hat Stelle selbst gesucht, passiv vermittelt, coaching, support			70%					
			0	Code 24, Unternehmen meldete freie Stelle, aktiv vermittelt			0%					
			13	Code 22, Initiativbewerbung durch GGFA, aktiv vermittelt			30%					
Eingliederungen 2013 kumuliert über 25												
Mig	Female	Male	Eingliederungsstatistik über 25 Jährige			Min	TZ	VZ	Exi	Aus	EAZ	
83	87	123	210	<b>Summe Eingliederungen</b>			41	64	94	8	3	3
40%	41%	59%	68%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65			20%	30%	45%	4%	1%	1%
			186	Code 01, Klient hat Stelle selbst gesucht, passiv vermittelt, coaching, support			89%					
			4	Code 24, Unternehmen meldete freie Stelle, aktiv vermittelt			2%					
			20	Code 22, Initiativbewerbung durch GGFA, aktiv vermittelt			10%					
Eingliederungen 2013 kumuliert 50up												
Mig	Female	Male	Eingliederungsstatistik über 47 Jährige			Min	TZ	VZ	Exi	Aus	EAZ	
17	24	31	55	<b>Summe Eingliederungen</b>			12	20	21	2	0	3
31%	44%	56%	18%	Anteil aller Eingliederungen von 15 bis 65			22%	36%	38%	4%	0%	5%
			22	Code 01, Klient hat Stelle selbst gesucht, passiv vermittelt, coaching, support			40%					
			2	Code 24, Unternehmen meldete freie Stelle, aktiv vermittelt			4%					
			31	Code 22, Initiativbewerbung durch GGFA, aktiv vermittelt			56%					
			<b>309</b>				<b>61</b>	<b>93</b>	<b>136</b>	<b>10</b>	<b>9</b>	<b>7</b>

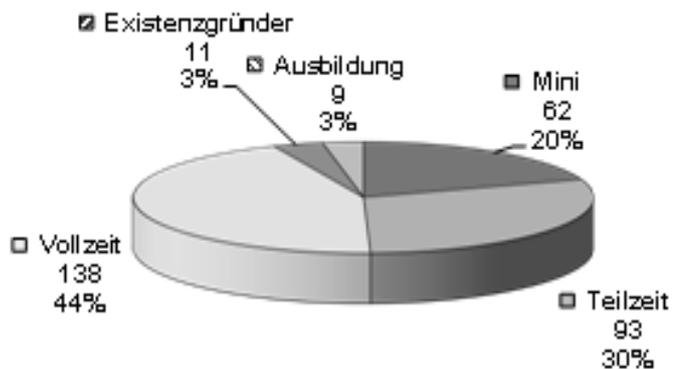
#### Branchenverteilung

u25	ü25	ü47	Branchenverteilung		
2	8	1	11	<b>A) Handwerk</b>	4%
7	46	16	69	<b>B) Handwerkliche Dienstleistungen (Reinigung, Hausmeister)</b>	22%
5	31	3	39	<b>C) Dienstleistungen (freiberufl., z.B. Arzthelferin, RA-Angest., St.Ber.Ang)</b>	13%
7	26	11	44	<b>D) Öffentliche/Soziale Dienstleistungen (Pflege / Krankenhäuser)</b>	14%
9	31	8	48	<b>E) Zeitarbeit</b>	16%
1	3	1	5	<b>F) Kaufmänn. Tätigkeiten / Büro / Call Center</b>	2%
0	7	2	9	<b>G) Industrie (Maschb./Elektro, Kunststoff etc.)</b>	3%
9	22	6	37	<b>H) Handel (Gross-/Einzelhandel Verkäufer)</b>	12%
0	3	1	4	<b>I) IT / Telekommunikation / HighTech / Med-Tech</b>	1%
2	24	3	29	<b>J) Hotel/Gastro</b>	9%
2	3	2	7	<b>K) Sicherheitsgewerbe</b>	2%

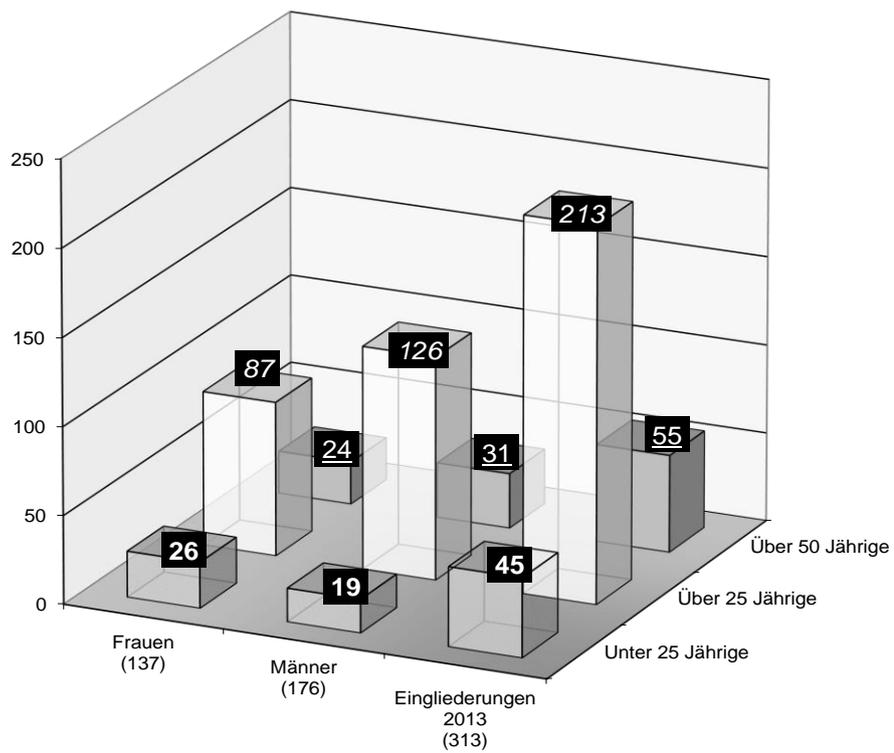
## Entwicklung der Vermittlungen und der Ausbildungsplatzbesetzung



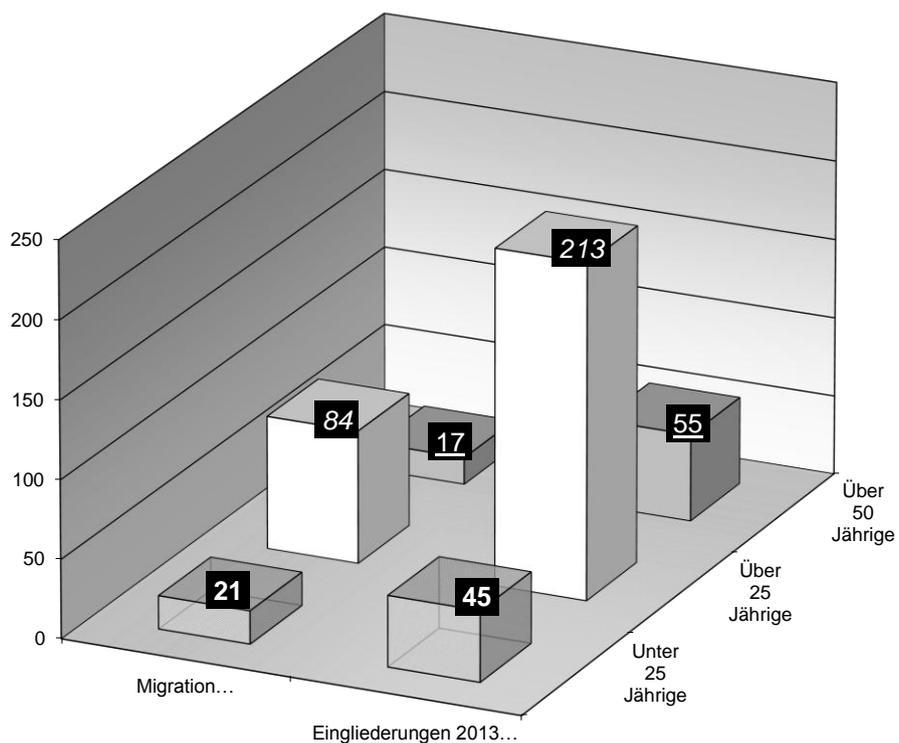
## Verteilung der Vermittlung nach Umfang und Art der Beschäftigung und Ausbildung



## Eingliederungen/Vermittlungen – Frauen/Männer nach Altersgruppen



## Anteil Eingliederungen/Vermittlungen mit Migrationshintergrund



## 4 Qualifizierung und Aktivierung / Integrationsmanagement

### 4.1 In Anspruch genommene Integrationsinstrumente Januar bis April 2013

	Gesamt 2013 Stand Januar - April				
	Gesamt	ü25	u25	w	m
<b>Qualifikationen</b>	20	18	2	4	16
Gew.-Techn./Lager/Bewachung/mediz Bereich/Sonstige	7	6	1	4	3
Führerschein (Auto/MPU)	13	12	1	0	13
<b>Werkakademie</b>	205	184	21	73	132
SIZ	111	98	13	47	64
PAS	94	86	8	26	68
<b>Eignungsdiagnostik</b>	44	44	0	16	28
Überprüfung gesundheitl. Situation/psychische Sit.	44	44	0	16	28
<b>EAZ u25/ü25</b>	2	2	0	1	1
<b>Bewerbungszentrum</b>	411	233	178	166	245
BWZ	411	233	178	166	245
<b>AGH</b>	28	28	0	9	19
Extern	3	3	0	2	1
Intern	25	25	0	7	18
Sozial Integrative AGH	0	0	0	0	0
<b>GGFA Jugend &amp; Bildung</b>	67	0	67	27	40
AS ABH	4	0	4	2	2
Transit-HS	12	0	12	6	6
Last Minute	0	0	0	0	0
Transit 2	31	0	31	10	21
Einstiegsqualifizierung (E QYBAE)	4	0	4	1	3
Hauptschulabschluß (Komunal finanziert)	16	0	16	8	8
<b>Maßnahmen zur Heranführung/Qualifi. u. Verm.</b>	24	20	4	24	0
ALLE Z	24	20	4	24	0
Förderung Existenzgründung	0	0	0	0	0
<b>Sprachkurse</b>	23	22	1	16	7
Integrations Sprachkurse	2	2	0	2	0
Berufsbezogene Sprachkurse	1	1	0	1	0
Sonstige Sprachkurse (VHS, Language Center,...)	20	19	1	13	7
<b>berufliche Aus- und Weiterbildung</b>	27	21	6	12	15
Berufliche REHA	5	3	2	1	4
Bildungsgutscheine / ohne REHA BG (teilw. GI Kurse wie Qu)	20	18	2	11	9
Holzfachwerker JUWE	2	0	2	0	2
<b>Drittmittelprojekte</b>	5	5	0	3	2
pas a pas	0	0	0	0	0
ACCESS	5	5	0	3	2
<b>Psycho-soziale Beratung (§16,2 SGB II)</b>	0	0	0	0	0
Schuldnerberatung/Insolvenzv./Suchtb./Psychosozber.	0	0	0	0	0
<b>Aufg. der Softwareumstellungen i.Moment n. auswertba</b>					
<b>Gesamt ü25/u25</b>	856	577	279	351	505
<b>50 up</b>	<b>Gesamt</b>	<b>50up</b>		<b>w</b>	<b>m</b>
Qualifikationen/BG	8	8		0	8
AGH intern/extern	6	6		2	4
Sozial Integrative AGH	1	1		0	1
JobFit	0	0		0	0
B-Modell /Kreatiwerkstatt ehem. Grafik	4	4		0	4
C-Modell	91	91		35	56
WA PAS	25	25		8	17
WA SIZ	23	23		11	12
Integrations Sprachkurse/Sprachkurse allg.	3	3		0	3
BWZ	111	111		41	70
EAZ	3	3		0	3
<b>Gesamt 50up</b>	275	275	0	97	178
<b>Alle Maßnahmenteilnehmer</b>	1131	852	279	448	683

## 4.2 Beschäftigungsfelder Arbeitsgelegenheiten

Aktuell besetzte Arbeitsgelegenheit in Erlangen (Stand: 17.05.2013)			
Nr.	Einsatzstelle	Tätigkeitsfeld	Teilnehmer
1	Verbände der freien Wohlfahrtspflege	Fahrerhilfstätigkeiten, Hilfsarbeiten	1
2	Gemeinnützige Vereine	handwerkliche Hilfstätigkeiten, Unterstützung bei der Tierversorgung	0
3	Stadt Erlangen	Hausmeisterhilfstätigkeiten, Bürohilfstätigkeiten, Unterstützung bei Evaluation v. Nistplätzen	0
4	Staatliche Schulen	Bibliotheks- /Bürohilfsarbeiten	1
5	Kirchliche Einrichtungen	Hausmeisterhilfstätigkeiten, Fahrtätigkeit,	1
6	GGFA AöR, Sozialkaufhaus	Hilfstätigkeit Fahrer/Helfertätigkeit	2
7	GGFA AöR, Sozialkaufhaus	Helfertätigkeit	4
8	GGFA AöR, Hauswirtschaft	Hilfstätigkeit Reinigung/ Wäscherei/ Küche	4
9	GGFA AöR, Umweltwerkstatt	Fundfahrradverwaltung	0
10	GGFA AöR, "bike and more"	Qualifizierung & Beschäftigung im Bereich handwerklicher Anlernstätigk.	11

\*) Alle in der Verwaltung der Stadt Erlangen angebotenen Arbeitsgelegenheiten wurden vorab vom Personalrat der Stadt Erlangen geprüft und genehmigt.

## 5 Eingesetzte Mittel aus Verwaltungs- und Integrationsbudget

GGFA	Budget 2013	IST April	PLAN April	Abweichung
<b>Integrationsbudget 2013 gesamt</b>	<b>1.781.916</b>			
- Umschichtungsbetrag für Verwaltungskosten	585.531			
<b>= verfügbares Integrationsbudget 2012</b>	<b>1.196.385</b>			
<b>Verfügbares Integrationsbudget pro Monat</b>	<b>99.699</b>			
<b>Ausgaben Integration (4/13)</b>		<b>355.382</b>	<b>398.795</b>	<b>-43.413</b>

Nicht in Anspruch genommene Mittel 2013 **841.003**

GGFA	Budget 2013	IST April	PLAN April	Abweichung
<b>Verwaltungskostenbudget GGFA 2013</b>	<b>2.023.525</b>			
<b>Verwaltungskostenbudget GGFA p. Monat</b>	<b>156.862</b>			
<b>Ausgaben</b>				
-Personalkosten FM/PV/IM/BGC		434.285		
-Personal-Gemeinkosten		104.323		
-Personalnebenkosten		20.570		
-Sachkosten o. FM		53.918		
-anteilige Personalkosten div. Mitarbeiter		0		
-Altersvorsorge		19.929		
<b>Gesamt</b>		<b>633.025</b>	<b>627.450</b>	<b>5.575</b>

Nicht in Anspruch genommene Mittel 2013 **1.390.500**

Fifty up	Budget 2013	IST April	PLAN April	Abweichung
<b>Gesamtzuschuss 2013</b>	<b>841.000</b>			
<b>Gesamtzuschuss pro Monat</b>	<b>70.083</b>			
<b>Ausgaben: (Ist-Kosten)</b>				
-Integration		123.517		
-Sachkosten incl. Overhead		38.070		
-Personalkosten		59.931		
-Investitionen		0		
<b>Gesamtausgaben</b>		<b>221.518</b>	<b>280.333</b>	<b>-58.815</b>
Nicht in Anspruch genommene Mittel 2013	<b>619.482</b>			

## 6 Verzeichnis der Abkürzungen

abH	ausbildungsbegleitende Hilfen
AGH	Arbeitsgelegenheiten
AMF	Arbeitsmarktfond
AZ	Arbeitszeit
B&Q	Abteilung für Beschäftigung und Qualifizierung
BAE	Berufsausbildung in außerbetrieblichen Einrichtungen
BgA	Betrieb der gewerblichen Art
BG-Coaching	Coaching von Bedarfsgemeinschaften
BMAS	Bundesministerium Arbeit und Soziales
BSD	Betrieblicher Sozialdienst
BWZ	Bewerbungszentrum
ECDL	Europäischer Computerführerschein
EGT	Eingliederungstitel
EGZ	Eingliederungszuschuss
eHB	Erwerbsfähige Hilfeberechtigte
eLB	Erwerbsfähige Leistungsberechtigte
Entgeltv.	Entgeltvariante
EQ	Einstiegsqualifizierung
ESF	Europäischer Sozialfond
FBW	Förderung der beruflichen Weiterbildung
FEZ	Feststellungs- und Erprobungszentrum
FK	Fahrtkosten
FM	Fallmanagement
GuV	Gewinn- und Verlustrechnung
J&B	Abteilung für Jugend und Bildung
KFA	Kommunaler Finanzierungsanteil
MA	Mitarbeiter
MAE	Mehraufwandsentschädigung
MB	Mittagsbetreuung
Migrajob	Beratung von Migrant/innen bei der Anerkennung ausländischer Abschlüsse
pAP	Persönlicher Ansprechpartner
PAS	Projekt Arbeitssuche
PAV	Personal- und Arbeitsvermittlung
QS	Quickstep
SIZ	Selbstinformationszentrum
SKH	Sozialkaufhaus
STMAS	Bay. Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung...
TN	Teilnehmer/in
TZ-Beschäftigung	Beschäftigung in Teilzeit
U 25	Unter 25-jährige
u25	unter 25-Jährige
VWT	Verwaltungstitel
VZÄ	Vollzeitäquivalent

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
II/20

Verantwortliche/r:  
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:  
201/020/2013

### Controlling-Zwischenbericht zum 31.05.2013 (Budgets und Arbeitsprogramme)

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Der Stand der Sachkosten- und Personalkostenbudgets 2013 zum Stichtag 31. Mai 2013 kann aus den beiliegenden Übersichten 1 und 2 entnommen werden.

In der sog. Ampel (Übersicht 3) wird aufgezeigt, welche Ämter voraussichtlich mit ihrem Budget auskommen und ihr Arbeitsprogramm erfüllen bzw. bei welchen Ämtern Probleme auftreten. Übersicht 4 liefert eine Zusammenstellung der Zahlen zum Fortbildungscontrolling für das abgelaufene Haushaltsjahr 2012 sowie das aktuelle Haushaltsjahr bis zum Stichtag 31.05.2013.

Die Ämter, die Probleme haben, mit ihrem Budget auszukommen bzw. ihr Arbeitsprogramm zu erfüllen, wurden bereits von Amt 20 aufgefordert, eine Beschlussvorlage für den Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 17.07.2013 mit vorheriger Begutachtung durch den jeweiligen Fachausschuss zu erstellen.

Darin haben die betroffenen Fachämter aufzuzeigen, welche Entwicklungen die Einhaltung des Budgets und/oder des Arbeitsprogrammes gefährden. Des Weiteren sind Konsolidierungsvorschläge zur Vermeidung eines möglichen Defizits bzw. Vorschläge zur Einhaltung des Arbeitsprogrammes beschlussmäßig vorzubereiten.

#### Anlagen:

**Anlage 1:** Ämterbudgets 2013 – Sachkosten – Zwischenstände zum 31.05.2013

**Anlage 2:** Ämterbudgets 2013 – Personalkosten – Zwischenstände zum 31.05.2013

**Anlage 3:** Budget und Arbeitsprogramm 2013 – Stand: 31.05.2013 – sog. „Ampel“

**Anlage 4:** Fortbildungscontrolling

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Ämterbudgets 2013 - Sachkosten - Stand zum 31.05.2013

<b>Sachmittelbudgets</b>												
Stadt Erlangen												
Nr.	Bezeichnung	2013 Ertrag Plan	2013 Ertrag Ist	in %	2013 Aufwand Plan	2013 Aufwand Ist	in %	2013 Plan Zuschuss (+) Überschuss (-)	2013 Ist Mehraufw.(+) Mehrertrag (-)	in %	verfügbar (+) Fehlbetrag (-)	in %
11	Personal- und Organisationsamt	-208.800	-75.763	36	807.800	251.160	31	599.000	175.397	29	423.603	71
13	Bürgermeister- und Presseamt	-60.700	-77.836	128	612.000	331.548	54	551.300	253.712	46	297.588	54
14	Rechnungsprüfungsamt	-17.500	-1.000	6	15.000	3.891	26	-2.500	2.891	-116	-5.391	216
15	I/GSt - Gleichstellungsstelle	-1.100	-600	55	5.800	1.580	27	4.700	980	21	3.720	79
16	PR - Personalrat	-200			9.100	1.854	20	8.900	1.854	21	7.046	79
17	eGov - eGovernment-Center		-137.519		186.800	37.316	20	186.800	-100.203	-54	287.003	154
20	Stadtkämmerei	-55.100	-22.044	40	259.200	94.799	37	204.100	72.754	36	131.346	64
23	Liegenschaftsamt	-3.119.400	-2.052.398	66	505.100	130.327	26	-2.614.300	-1.922.072	74	-692.228	26
30	Amt für Recht und Statistik	-31.800	-13.551	43	131.920	53.166	40	100.120	39.615	40	60.505	60
31	Amt für Umweltschutz u. Energiefragen	-41.200	-33.541	81	355.900	42.581	12	314.700	9.040	3	305.660	97
32	Ordnungs- und Straßenverkehrsamt	-4.640.400	-1.534.089	33	568.300	67.687	12	-4.072.100	-1.466.402	36	-2.605.698	64
33	Bürgeramt	-1.957.000	-519.334	27	753.000	276.195	37	-1.204.000	-243.139	20	-960.861	80
34	Standesamt	-166.900	-92.884	56	36.014	22.958	64	-130.886	-69.925	53	-60.961	47
37	Amt für Brand- und Katastrophenschutz	-366.300	-71.373	19	481.800	143.974	30	115.500	72.601	63	42.899	37
39	Amt für Veterinärwesen u. Verbraucherschutz	-17.000	-8.174	48	43.900	10.527	24	26.900	2.353	9	24.547	91
40	Schulverwaltungsamt	-5.722.100	-546.717	10	6.397.700	1.587.435	25	675.600	1.040.718	154	-365.118	-54
41	Kulturamt	-1.286.400	-432.862	34	2.239.200	919.246	41	952.800	486.385	51	466.415	49
42	Stadtbücherei	-263.000	-95.839	36	273.000	119.430	44	10.000	23.591	236	-13.591	-136
43	Volkshochschule	-1.665.000	-968.216	58	1.486.000	856.297	58	-179.000	-111.920	63	-67.080	37
44	Theater	-1.114.000	-202.066	18	2.241.000	1.077.558	48	1.127.000	875.492	78	251.508	22
451	Stadtarchiv	-14.000	-10.992	79	143.200	24.559	17	129.200	13.567	11	115.633	90
461	Stadtmuseum	-32.500	-23.072	71	172.200	47.844	28	139.700	24.772	18	114.928	82
471	KPB - Kulturprojektbüro	-217.700	-84.146	39	661.911	460.007	70	444.211	375.861	85	68.349	15
52	Sportamt	-3.263.500	-225.657	7	3.841.600	2.016.722	53	578.100	1.791.065	310	-1.212.965	-210
61	Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung	-163.300	-23.635	14	696.729	202.463	29	533.429	178.829	34	354.601	66
63	Bauaufsichtsamt	-1.062.500	-446.454	42	26.000	8.914	34	-1.036.500	-437.540	42	-598.960	58
66	Tiefbauamt	-280.200	-40.730	15	5.180.200	1.016.172	20	4.900.000	975.442	20	3.924.558	80
<b>SUMME1</b>	<b>Summe</b>	<b>-25.767.600</b>	<b>-7.740.491</b>	<b>30</b>	<b>28.130.374</b>	<b>9.806.208</b>	<b>35</b>	<b>2.362.774</b>	<b>2.065.718</b>	<b>87</b>	<b>297.056</b>	<b>13</b>
50	Amt für Soziales, Arbeit und Wohnen	-31.266.500	-9.436.789	30	41.180.400	16.180.999	39	9.913.900	6.744.210	68	3.169.690	32

16/116

## Ämterbudgets 2013 - Sachkosten - Stand zum 31.05.2013

<b>Sachmittelbudgets</b>												
Stadt Erlangen												
Nr.	Bezeichnung	2013 Ertrag Plan	2013 Ertrag Ist	in %	2013 Aufwand Plan	2013 Aufwand Ist	in %	2013 Plan Zuschuss (+) Überschuss (-)	2013 Ist Mehraufw.(+) Mehrertrag (-)	in %	verfügbar (+) Fehlbetrag (-)	in %
51	Stadtjugendamt	-16.551.100	-7.421.067	45	30.854.200	11.607.390	38	14.303.100	4.186.323	29	10.116.777	71
<b>SUMME2</b>	<b>Summe ohne GME</b>	<b>-73.585.200</b>	<b>-24.598.347</b>	<b>33</b>	<b>100.164.974</b>	<b>37.594.598</b>	<b>38</b>	<b>26.579.774</b>	<b>12.996.251</b>	<b>49</b>	<b>13.583.523</b>	<b>51</b>
24	GME - Amt für Gebäudemanagement	-1.337.900	-301.375	23	19.437.900	3.857.881	20	18.100.000	3.556.505	20	14.543.495	80
<b>SUMME3</b>	<b>Summe</b>	<b>-74.923.100</b>	<b>-24.899.722</b>	<b>33</b>	<b>119.602.874</b>	<b>41.452.478</b>	<b>35</b>	<b>44.679.774</b>	<b>16.552.756</b>	<b>37</b>	<b>28.127.018</b>	<b>63</b>

# Ämterbudgets 2013 -Personalkosten-

Zwischenstände zum 31.05.2013 in €

Amt	Erträge			Aufwendungen			Zuschussbedarf			noch verfügbar	derzeitiger Fehlbetrag	Amt
	Ansatz <sup>1</sup>	Bewegung <sup>2</sup>	%	Ansatz <sup>1</sup>	Bewegung <sup>2</sup>	%	Ansatz	Bewegung	%			
PR	0	0		298.976	109.316	37%	-298.976	-109.316	37%	189.660		PR
11	0	0		2.106.827	856.378	41%	-2.106.827	-856.378	41%	1.250.449		11
13	0	0		2.920.615	1.136.428	39%	-2.920.615	-1.136.428	39%	1.784.187		13
GSt	0	0		132.000	50.496	38%	-132.000	-50.496	38%	81.504		GSt
14 <sup>3</sup>	0	0		584.344	208.122	36%	-584.344	-208.122	36%	376.222		14
eGov	0	0		723.952	279.070	39%	-723.952	-279.070	39%	444.882		eGov
20 <sup>4</sup>	0	0		2.651.727	978.553	37%	-2.651.727	-978.553	37%	1.673.174		20
23	0	0		841.265	308.235	37%	-841.265	-308.235	37%	533.030		23
24/GME	0	0		7.331.852	2.679.150	37%	-7.331.852	-2.679.150	37%	4.652.703		24/GME
30	0	0		972.552	344.120	35%	-972.552	-344.120	35%	628.432		30
31 <sup>5</sup>	0	0		1.552.754	564.627	36%	-1.552.754	-564.627	36%	988.127		31
32	0	0		1.081.594	442.891	41%	-1.081.594	-442.891	41%	638.703		32
33	0	0		2.680.632	1.061.441	40%	-2.680.632	-1.061.441	40%	1.619.191		33
34 <sup>6</sup>	0	0		483.787	175.870	36%	-483.787	-175.870	36%	307.917		34
37	0	0		3.207.150	1.282.849	40%	-3.207.150	-1.282.849	40%	1.924.301		37
39 <sup>7</sup>	0	0		1.270.959	462.258	36%	-1.270.959	-462.258	36%	808.701		39
40	0	0		9.817.609	3.492.340	36%	-9.817.609	-3.492.340	36%	6.325.269		40
41 <sup>8</sup>	0	0		3.381.092	1.263.609	37%	-3.381.092	-1.263.609	37%	2.117.483		41
42	0	0		1.349.989	487.173	36%	-1.349.989	-487.173	36%	862.816		42
43	0	0		972.749	342.606	35%	-972.749	-342.606	35%	630.143		43
44 <sup>9</sup>	0	0		1.235.599	309.971	25%	-1.235.599	-309.971	25%	925.628		44
451 Archiv	0	0		562.925	227.453	40%	-562.925	-227.453	40%	335.472		451
452 Museum	0	0		738.928	275.598	37%	-738.928	-275.598	37%	463.330		452
471/KPB	0	0		607.378	230.262	38%	-607.378	-230.262	38%	377.116		471/KPB
50 <sup>10</sup>	0	0		3.401.794	1.329.527	39%	-3.401.794	-1.329.527	39%	2.072.267		50
51 <sup>10</sup>	0	0		16.908.370	6.235.131	37%	-16.908.370	-6.235.131	37%	10.673.239		51
52	0	0		903.656	349.345	39%	-903.656	-349.345	39%	554.311		52
61	0	0		2.555.546	920.993	36%	-2.555.546	-920.993	36%	1.634.553		61
63	0	0		1.403.709	523.756	37%	-1.403.709	-523.756	37%	879.953		63
66	0	0		3.518.051	1.342.632	38%	-3.518.051	-1.342.632	38%	2.175.419		66
<b>Summe</b>	<b>0</b>	<b>0</b>		<b>76.198.381</b>	<b>28.270.198</b>	<b>37%</b>	<b>-76.198.381</b>	<b>-28.270.198</b>	<b>37%</b>	<b>47.928.183</b>		

18/116

# Ämterbudgets 2013 -Personalkosten-

Zwischenstände zum 31.05.2013 in €

Amt	Erträge			Aufwendungen			Zuschussbedarf			noch verfügbar	derzeitiger Fehlbetrag	Amt
	Ansatz <sup>1</sup>	Bewegung <sup>2</sup>	%	Ansatz <sup>1</sup>	Bewegung <sup>2</sup>	%	Ansatz	Bewegung	%			

## Erläuterungen:

<sup>1</sup> Ansatz lt. Haushaltsplan +/- Mittelbereitstellungen im laufenden HHJahr

<sup>2</sup> Ist-Buchungen lt. nsk;

ohne Beamtenbesoldung für den Monat Juni, da Buchungsdatum in nsk 01.06.2013

<sup>3</sup> ohne überörtliche Prüfung

<sup>4</sup> Produkte 1111 / Gemeindeorgane, 1113 / Finanzmanagement, 5711 / Wirtschaftsförderung, 3631 / JAZ e. V

<sup>6</sup> ohne Friedhofswesen

<sup>7</sup> mit Fleischhygiene

<sup>8</sup> ohne Kulturprojektbüro / KPB

<sup>9</sup> Die Umbuchung anteiliger Personalkosten der Künstler von den Sachkosten zu den Personalkosten erfolgt im September und Dezember eines jeden Jahres.

Daher sind die bisher verbuchten Personalkosten noch deutlich niedriger als sie tatsächlich sind.

<sup>10</sup> jeweils mit Transferleistungen

## Hinweise Personalkosten

<sup>5</sup> Personalkosten incl. Abfallberatung

19/116

Ampel für alle budgetierten Bereiche

Dieses Raster in den ja-Spalten signalisiert Probleme

Referat	Amt	Reicht das Budget?			Voraussichtlicher Abschluss des Budgets am Jahresende	Wird das Arbeitsprogramm erfüllt?	
		ja / nein	Probleme / Mehraufwendungen	Sonstige Anmerkungen zu den Budgetzahlen / Gegenfinanzierung		ja / nein	Probleme
OBM	13	ja	---	Die Überschreitung des Ansatzes bei den Erträgen ist durch die Einzahlung der Kostenbeteiligung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bürgerreise anlässlich des Jubiläums der Städtepartnerschaft Wladimir vom 29.05. bis 02.06.2013 verursacht. Mit diesen Einnahmen wird die Bürgerreise finanziert. Der Abfluss der Mittel erfolgt im Juni / Juli 2013.  Die tatsächlichen Aufwendungen des Amtes 13 liegen aufgrund mehrerer größerer Veranstaltungen im Frühjahr, darunter die Feierlichkeiten anlässlich des 10jährigen Partnerschaftsjubiläums mit Besiktas, über dem Durchschnitt. Mittel sind im Haushalt vorhanden bzw. wurden durch Sponsoring/Spenden ergänzt. Zusätzlich wurde Anfang des Jahres die Programmierung des Bildungsportals abgeschlossen. Die Finanzierung erfolgt durch Spenden aus den Vorjahren.	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	14	ja	---	Die Erträge setzen sich aus zwei Einzelfällen zusammen. Der noch ausstehende Rest zur Erreichung des Ansatzes wird erst im Herbst eingehen.	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	Gst	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	PR	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
OBM / ZV 20/116	11	ja	---	Der Großteil der Erträge des Personal- und Organisationsamtes entsteht durch Verwaltungskosten- bzw. Personalkostenverrechnungen, die quartalsweise bzw. jährlich verrechnet werden. Somit erfolgen die Einnahmen nicht gleichmäßig über die einzelnen Monate.	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	eGov	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
I	37	nein	Der vorgegebene Einnahmeansatz kann unter realistischer Betrachtung nicht erreicht werden.	Einnahmen werden durch Einsätze erzielt, diese sind weder plan- noch kalkulierbar; darüber hinaus sind viele Einsätze aufgrund gesetzlicher Vorgaben kostenfrei.	schlechter als im Plan vorgesehen; der Betrag kann nicht beziffert werden	ja	---
	40	ja	---	Die Gastschulbeiträge (pauschale Einnahmen) für Realschulen, Gymnasien werden für 2012 zum Stichtag 01.07.2013 abgerechnet. Einnahmen in Höhe von ca. 2 Mio. € stehen daher noch aus. Bei den Spitzabrechnungen (weitere ca. 1,7 Mio. €) erfolgen die Abrechnungen ebenfalls erst im Lauf des zweiten Halbjahres. Weitere wichtige Einnahmepositionen wie der Zuschuss zur Lernmittelfreiheit (ca. 350.000 €) stehen ebenfalls noch in voller Höhe aus. Auch wichtige Ausgabepositionen (insbesondere die Bildung von Rückstellungen für Gastschulbeiträge, die stets erst im Folgejahr abgerechnet werden) erfolgen in voller Höhe (ca. 1,5 Mio. €) erst in der zweiten Hälfte des Haushaltsjahres.	wie im Plan vorgesehen	ja	---

Referat	Amt	Reicht das Budget?			Voraussichtlicher Abschluss des Budgets am Jahresende	Wird das Arbeitsprogramm erfüllt?	
		ja / nein	Probleme / Mehraufwendungen	Sonstige Anmerkungen zu den Budgetzahlen / Gegenfinanzierung		ja / nein	Probleme
	52	ja	---	<p>Der weitaus größte Teil der Einnahmen setzt sich aus den Mieteinnahmen (Sporthallen) und internen Verrechnungen zusammen. Die Hallenmieten werden nicht, wie in den vergangenen Jahren, einmalig abgerechnet, sondern seit 01.01.2012 quartalsmäßig, so dass bisher erst ein Quartal abgerechnet wurde. Interne Verbuchungen z. B. mit dem Schulverwaltungsamt (560.200 €) kommen als zusätzliche Einnahmen am Jahresende hinzu.</p> <p>Die Ausgaben (z. B. Zuschüsse) werden schnellstmöglich, meist im ersten Halbjahr, an die Vereine ausbezahlt, da diese das Geld dringend benötigen. Auch sonstige höhere Ausgaben wie Laufbahnsanierungen / Reparaturen werden im ersten Halbjahr abgewickelt, damit die Sportplätze für die Außennutzung im Sommer zur Verfügung stehen können. Die momentan hohe Differenz bei den Ausgaben ist durch die Betriebsführungspauschale Bäder ESTW bedingt. Hierbei handelt es sich um einen reinen Durchgangsposten, auf dessen Betragshöhe das Sportamt keinen Einfluss hat.</p> <p>Mit einem "Überziehen" des zur Verfügung stehenden Budgets ist nicht zu rechnen, da nur so viel an Zuschüssen ausbezahlt wird, wie Geld da ist. Die anderen Aufträge werden ausschließlich mit vorhandenen Mitteln bestritten.</p>	wie im Plan vorgesehen	ja	---
II	20	ja	---	Die Mehrkosten aus der Umsetzung der Steuererhöhung werden voraussichtlich aus der Budgetrücklage beglichen.	wie im Plan vorgesehen	ja	---
III	30	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	31	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	nein	<p>Wegen Arbeitsverdichtung und Personalmangel können die Gesetze nur unzureichend vollzogen werden.</p> <p><i>Naturschutz :</i> Die neuen Vollzugsaufgaben im Artenschutzrecht erweisen sich als zunehmend aufwändiger und konfliktbelasteter. Die in 2013 vorgesehenen Maßnahmen für den Arten- und Biotopschutz können aufgrund mangelnder Personalausstattung nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden. Die Maßnahmen müssen verschoben werden.</p> <p><i>Immissionsschutz:</i> Unter anderem kommt die Überwachung der immissionsschutzrechtlich genehmigungsbedürftigen Anlagen nicht im Zeitplan voran. Die in den letzten zwei Jahren geprüften Anlagen entsprechen aufgrund der jahrelang nicht mehr durchgeführten Betriebskontrollen oftmals nicht mehr der gültigen Genehmigung. Die Versäumnisse sind auf den Personalmangel zurückzuführen. Die Änderungsgenehmigungen und Bescheidenpassungen sind mit einem außerordentlich hohen Zeitaufwand verbunden. Parallel dazu müssen aktuelle Fälle bearbeitet werden. Weiterer Zeitverzug wird die Folge sein.</p>
21/116							

Referat	Amt	Reicht das Budget?			Voraussichtlicher Abschluss des Budgets am Jahresende	Wird das Arbeitsprogramm erfüllt?	
		ja / nein	Probleme / Mehraufwendungen	Sonstige Anmerkungen zu den Budgetzahlen / Gegenfinanzierung		ja / nein	Probleme
	32	nein	Die im Budget mit 700.500,-- EUR eingeplante Erstattung vom ZV KVÜ wird für 2012 nur in Höhe von 287.757,32 EUR fließen.	Der Ansatz Erstattung ZV KVÜ liegt außerhalb des Einflußbereichs von Amt 32. Eine Gegenfinanzierung ist nicht möglich.	um voraussichtlich ca. 412.700,-- € schlechter als geplant	ja	---
	33	ja		In den Ergebnissen zum 31.05. fehlen aufteilungsbedingt noch die Sollstellungen für April und Mai. Allein die Einnahmen über die Gebührenkasse betragen für die Monate April und Mai 340.000 €. Somit liegen die Erträge wieder im Soll.	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	34	ja	Mehrausgaben durch die immense Zunahme von Sozialbestattungen (im laufenden Haushaltsjahr bislang 9.485,54 €, das entspricht rd. 27 % des Planansatzes); zusätzliche Fortbildungskosten durch zweimaligen Personalwechsel / Pflichtseminar für die Bestellung zur Standesbeamtin Mehrausgaben für 9 Einzelsignaturen wegen der Einführung des zentralen elektronischen Personenstandsregisters	Für die Sozialbestattungen konnten mehr Angehörige ausfindig gemacht werden, die für die Beerdigungskosten aufkommen müssen. Die Mehrerträge hierfür beziffern sich bislang auf 7.159,01 €. Weitere Mehreinnahmen durch Ausweitung der Termine für Trauungen außerhalb der Öffnungszeiten sowie durch vermehrte Anforderung von Urkunden	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	39	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
IV	41	Variante 1: ja	Verlustvortrag in Höhe von 16.259,44 € (vom Fachamt beantragt)	Einsparungen im Personalkostenbudget	wie im Plan vorgesehen	nein	Wegen fehlender Sponsorengelder wird die vierte Ausstellung des Kunstpalais (Abteilung 411) nach 2014 verschoben.
		Variante 2: nein	Verlustvortrag in Höhe von 41.516,44 € (von Amt 20 vorgeschlagen)	Dem erhöhten Verlustvortrag kann nicht mehr gegengesteuert werden, da die Planungen für 2013 bereits soweit fortgeschritten sind, dass eine Absage unwirtschaftlich wäre.	voraussichtlich um ca. 25.000 € schlechter als geplant		
	42	ja	---	Der Ersatzfahrer wegen Ausfall des Fahrers der Fahrbibliothek kostet 238 € / Tag. Die bisherigen Aufwendungen hierfür belaufen sich auf 5.120 €. Ab Mai 2013 fallen durch Sondergenehmigung des Bundesamtes die Mautgebühren weg. Die Einsparung beziffert sich auf ca. 900 €. Der Zuschuss der Regierung beträgt ca. 3.600 €.	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	43	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	nein	In der vhs soll die elektronische Aktenführung mit Unterstützung des Dokumenten-Management-Systems OS ECM eingeführt werden. Aufgrund der zeitaufwändigen Umstellung des SEPA-Lastschriftverfahrens bis zum 01.02.2014 wurde mit der Einführung der vorher genannten elektronischen Aktenführung noch nicht begonnen. Die in 2013 vorgesehene Maßnahme "elektronische Aktenführung" kann voraussichtlich nicht im geplanten Umfang durchgeführt werden und muss evtl. auf das Jahr 2014 verschoben werden.

22/116

Referat	Amt	Reicht das Budget?			Voraussichtlicher Abschluss des Budgets am Jahresende	Wird das Arbeitsprogramm erfüllt?	
		ja / nein	Probleme / Mehraufwendungen	Sonstige Anmerkungen zu den Budgetzahlen / Gegenfinanzierung		ja / nein	Probleme
23/116	44	nein	Es sind derzeit keine irregulären Mehraufwendungen aufgrund von Problemen im normalen Theaterbetrieb abzusehen. Bei dem Defizit handelt es sich um den regelmäßigen alljährlichen Verlustvortrag aus dem Vorjahr. Dieser begründet sich aus dem abweichenden Abrechnungszeitraum nach Spielzeiten beim Theater und wird stets im Laufe der Spielzeit wieder ausgeglichen.	Der strukturelle Verlustvortrag wegen der spielzeitgebundenen Abrechnung sinkt jährlich leicht und wird zum Ende der Amtszeit von Katja Ott voraussichtlich bei 0 € liegen. Das darüber hinausgehende Defizit im Sachkostenbudget resultiert aus den Personalaufwendungen für künstlerisch Angestellte nach NV Bühne, die komplett im Amtsbudget verbucht werden. Sie werden planmäßig durch nicht besetzte Stellen gegenfinanziert.	Defizit von voraussichtlich ca. 75.000 € (betragte Höhe des Verlustvortrages abzüglich weiterer Einsparungen)	ja	---
	451	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	452	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	nein	Die Sonderausstellung "ABC des Sammelns" muss krankheitsbedingt in das Jahr 2014 verschoben werden. Stattdessen gibt es ein museumpädagogisches Projekt "Migration und Zuwanderung" (Förderung durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge)
	51	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	471 / KPB	ja	---	Wie bereits in den vergangenen Jahren auch wird sowohl der Ausgabe- als auch der Einnahmeansatz überschritten. Da bei der Ansatzverteilung verschiedene Sponsoren- und Zuschussgeberzusagen noch nicht vorliegen, muss immer von einem geringeren Ansatz ausgegangen werden. 47/KPB liegt mit dem Zuschussbudget von 444.211 € aber im Plan. Auf den Kontrakt zwischen Stadtrat und Kulturprojektbüro für die Haushaltsjahre 2012 bis 2014 wird verwiesen.	wie im Plan vorgesehen	ja	---
	V	50	offen	---	Der größte Ausgabeblock (KdU für SGB II-Empfänger) ist abhängig von der Entwicklung der Empfängerzahl, von der Entwicklung der Rechtsprechung und von der Entwicklung der Mieten in Erlangen. Die Bildung+Teilhabe-Erstattungen des Bundes sind abhängig von politischen Entscheidungen in Bund und Land. Der von der Stadt zu leistende Aufwand zur Betreuung der Asylbewerber ist nicht abschätzbar.	offen	nein

Referat	Amt	Reicht das Budget?			Voraussichtlicher Abschluss des Budgets am Jahresende	Wird das Arbeitsprogramm erfüllt?		
		ja / nein	Probleme / Mehraufwendungen	Sonstige Anmerkungen zu den Budgetzahlen / Gegenfinanzierung		ja / nein	Probleme	
24/116	VI	23	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
		24	nein	<p>Mehrausgaben für unvorhergesehene Baumaßnahmen</p> <p>a. Wilhelmstr. 2g: Umbau Obdachlosenhilfe (48.000 €)</p> <p>b. Rathaus: Sanierung Küche m. Einbau Trennwand (90.000 €)</p> <p>c. Markgrafentheater Sanierung Fassade Nord, Zuschauerhaus, Einbau Schallschutzfenster Garagentheater, Erneuerung Teppichboden Oberes Foyer (71.000 €)</p> <p>d. Schillerstr. 52, 54, Umbau für Erlanger Tafel: Instandsetzung der Fassade (70.000 €)</p> <p>e. Neubau 4fach-Sporthalle: Planungsmittel (45.000 €)</p> <p>Mehrausgaben für Gebäudereinigung durch Neuvergabe, Flächenzunahme (57.700 €)</p>	---	um voraussichtlich ca. 381.700 € schlechter als geplant	nein	<p><i>Neubau Jugendtreff FAG-Gelände</i> Baubeginn aufgrund verzögertem Grundstücksübergang und Baugrundproblematik auf Frühjahr 2014 verschoben</p> <p><i>Sanierung Christian-Ernst-Gymnasium</i> zusätzlich Entwurfsplanung für Sanierung Dach und Fassade</p> <p><i>Werner-von-Siemens-Realschule, Neubau/Anbau Mensa</i> Fertigstellung Ende Mai 2013</p> <p><i>Adalbert Stifter Schule, Anbau Klassenräume und Mensa</i> Baubeginn Juli 2013, Fertigstellung Dezember 2014</p> <p>Zusätzliche Maßnahmen</p> <p><i>Sanierung Egloffsteinsches Palais</i> vorbereitende Untersuchungen und Gutachten</p> <p><i>Neubau Kinderkrippe Buckenhofer Weg</i> Vorentwurf, Entwurf</p> <p><i>Neubau Lernstube und Jugendsozialarbeit am Anger</i> Vorentwurf</p> <p><i>Sanierung FFW Kriegenbrunn</i> Vorentwurf</p>
		61 mit PRP	ja	---	Es wird mit Minderausgaben gerechnet.	geringfügig positiv (ca. 10.000 € nach grober Schätzung)	ja	---
		63	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---
		66	ja	---	---	wie im Plan vorgesehen	ja	---

## Fortbildungscontrolling

0  
1  
2

Anzahl der Beschäftigten, die im Jahr 2012 und 2013 externe, aus dem Amtsbudget finanzierte\* Fortbildungsveranstaltungen\*\* besucht haben

\* auch anteilig bezahlte Fortbildungen

\*\* gemeint sind Fortbildungen wie z. B. die Teilnahme an speziellen Fachschulungen, Fachkongresse, nicht jedoch Fortbildungen der Städteakademie und stadinterne Fortbildungen

**Hinweis:** Die Zahlen beruhen auf den Angaben der Fachämter. Sie wurden von Amt 20 nicht überprüft.

		2012			2013		
Referat	Amt	Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der externen Fortbildungstage	Fortbildungskosten insgesamt	Anzahl der Beschäftigten	Anzahl der externen Fortbildungstage	Fortbildungskosten Stand: 31.05.2013
OBM	13	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	920,72 €	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	1.975,33 €
	14	9	29	6.695,57 €	3	16	2.234,77 €
	Gst	2	12	918,00 €	2	9	518,00 €
	PR	1	1	250,00 €	0	0	0,00 €
OBM / ZV	11	29	95	24.166,13 €	9	18	5.787,35 €
	eGov	3	17	3.265,00 €	3	8	1.638,00 €
I	37	5	21	1.329,96 €	1	1	487,90 €
	40	2	5	776,48 €	5 (zzgl. In-House-Seminar für ca. 10 Beschäftigte)	7	2.393,11 €
	52	1	3	297,00 €	0	0	0,00 €
II	20	14	35	8.138,80 €	3	4	1.831,32 €
III	30	12	33	6.110,51 €	8	15	2.286,57 €
	31	18	54	7.434,00 €	8	19	1.850,00 €
	32	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	2.429,99 €	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	2.374,04 €
	33	45	30	7.920,52 €	6	8	2.939,98 €
	34	3	6	1.264,14 €	5	19	2.105,37 €
	39 (einschl. Abt. 392)	Abt. 391: 9 Abt. 392: 16 ca. 44	Abt. 391: 29 Abt. 392: 23 ca. 128	insgesamt 2.840,06 €	Abt. 391: 9 Abt. 392: 10 ca. 39	Abt. 391: 15 Abt. 392: 15 ca. 50	insgesamt 1.049,04 €
IV	41	ca. 44	ca. 128	10.079,00 €	ca. 39	ca. 50	2.813,00 €
	42	28	58	5.232,10 €	7	23	1.248,20 €
	43	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	5.220,34 €	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	2.136,08 €
	44	17	20	5.564,81 €	8	10	3.510,85 €
	451	1	3	159,25 €	0	0	0,00 €
	452	5	10	1.174,76 €	0	0	0,00 €
	51	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	57.580,08 €	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	29.373,51 €
	471 / KPB	10	33	1.502,52 €	2	3	215,00 €
V	50	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	46.950,24 €	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	Amtsinterne Statistik wird nicht geführt	8.642,11 €
VI	23	9	21	4.574,95 €	8	12	3.484,44 €
	24	29	66,5	9.127,82 €	11	27	5.573,11 €
	61 mit PRP	41	41	16.329,47 €	15	17	1.312,56 €
	63	8	18	2.003,71 €	1	1	270,00 €
	66	18	41	12.819,22 €	15	80	11.305,85 €

25/116

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
VI/24

Verantwortliche/r:  
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:  
241/067/2013

### Betrieb der Cafeteria im Sozialraum des Rathauses - Beschlusskontrolle: Umsetzung des StR-Beschlusses vom 16. Feb. 2012

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	19.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

PR, Abt. 112, Amt 13

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Der Stadtrat Erlangens hat die Verwaltung mit Beschluss vom 16. Februar 2012 beauftragt, in den Räumen der Rathauskantine einen Sozialraum zu erhalten und eine Cafeteria zu schaffen. Neben dem Betrieb einer Cafeteria ist das Catering im Rathaus sowie im Kleinen Rathaus (Verwaltungsgebäude Schuhstr. 40) sicherzustellen. Zudem sind multifunktionale Flächen für Besprechungen und Veranstaltungen zu schaffen.

#### Umsetzung:

- ✓ Suche eines Dienstleisters für den Betrieb der Cafeteria und für das Catering von Sitzungen und Veranstaltungen
    - Abstimmung der Rahmenbedingungen mit dem Personalrat, der Abteilung Organisation und Personalwirtschaft (Abt. 112) und der Fachstelle für nachhaltige Beschaffung (Amt 31) als Grundlage für die Auswahl des künftigen Betreibers und für den zu schließenden Vertrag
    - Veröffentlichung von Anzeigen in Printmedien (Gesamtausgabe Wochenende Nordbayerische Nachrichten, Die amtlichen Seiten - DaS) und im Internet ([www.erlangen.de](http://www.erlangen.de), immoWelt)
    - Auswahl eines geeigneten Dienstleisters in drei Stufen durch ein Gremium, das sich aus dem Personalratsvorsitzenden, Vertretern der Abteilung Organisation und Personalwirtschaft (Abt. 112), des Bürgermeister- und Presseamtes (Amt 13) und des GME (Amt 24) zusammensetzte
- Die Vorauswahl (Stufe 1) erfolgte anhand einer Bewertung aller vorliegenden Unterlagen nach folgenden Kriterien:
- (Mittags-)Angebot
  - Cateringleistungen
  - Preise/Kalkulationen
  - Qualifikation
  - Erfahrungen
  - Referenzen
  - Tariftreue
  - Bonität

Mit den verbleibenden vier potentiellen Betreibern wurden jeweils einstündige Gespräche geführt (Stufe 2). Nach den Präsentationen der zwei Bewerber in der Endrunde entschied sich das Gremium einstimmig für einen erfahrenen Gastronomen (Stufe 3).

- ✓ Erstellung eines Umnutzungskonzeptes der Fläche im 6. OG des Rathauses
  - Die variable Abtrennung eines Teilbereichs, der als Besprechungs- und Veranstaltungsraum genutzt werden kann  
sowie
  - die Schaffung alternativer Aufenthaltsbereiche durch Stehtische, Einrichtung einer Lounge-Ecke, etc.  
wird in Abstimmung mit dem künftigen Betreiber realisiert.

#### Beschlusskontrolle:

Die zu erzielenden Ergebnisse laut Beschluss des StR vom 16. Februar 2012 (vgl. Vorlage 241/048/2012)

- Erhalt eines anforderungsgerechten Sozialraumes im Rathaus, insbesondere für die Dienststellen mit Publikumsverkehr
- Einrichtung einer Cafeteria
- Sicherstellung des Caterings im Rathaus sowie im Kleinen Rathaus
- Schaffung multifunktionaler Flächen für Besprechungen und Veranstaltungen

werden voraussichtlich vor der Sommerpause erreicht. Es ist geplant, die Cafeteria im August 2013 in Betrieb zu nehmen.

Die Finanzierung der zwingend erforderlichen und von der Lebensmittelüberwachung empfohlenen Maßnahmen sowie der Schaffung einer multifunktionalen Fläche erfolgt aus dem Budget des GME.

#### **Anlagen:**

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

## Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:  
III/30-S

Verantwortliche/r:  
Statistikabteilung

Vorlagennummer:  
**30-S/007/2013**

### Befragung der ALG II- und Grundsicherungsempfänger: Fragebogen

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sozial- und Gesundheitsausschuss	05.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt 50 und GGFA

#### I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

#### II. Sachbericht

Nach dem HFPA-Beschluss vom 16.01.2013 soll im Jahr 2013 bei der Stadt Erlangen eine Befragung der ALG II- und Grundsicherungs-Empfänger durchgeführt werden.

Stattdessen wird die Befragung vom 1. bis zum 31. Oktober 2013 im Sozialamt (Abteilung 501) und bei der GGFA. Die Fragebögen werden von den Sachbearbeitern an die in dieser Zeit erscheinenden Kunden ausgegeben. Schätzungsweise werden damit ca. 2.500 Kunden erreicht. Die ausgefüllten Fragebögen können entweder in einen im Flur angebrachten Briefkasten eingeworfen oder in einem beiliegenden Rückumschlag an die Statistikabteilung geschickt werden. Die Fragebögen sind ohne Namensnennung auszufüllen. Auf die Freiwilligkeit der Befragungsteilnahme wird hingewiesen.

Der Fragebogenentwurf (Anlage 1) wurde gemeinsam vom Sozialamt und der Statistikabteilung erarbeitet. Im Interesse einer akzeptablen Rücklaufquote ist der Fragebogen kurz und übersichtlich gestaltet. Um Verbesserungsmöglichkeiten bei den Arbeitsprozessen im Jobcenter aufzuspüren, konzentrieren sich die Fragen auf die von den Kunden erlebte Servicequalität. Wegen der dann auch möglichen Vergleichbarkeit der Ergebnisse orientiert sich der Fragenkatalog weitgehend an bereits durchgeführten Kundenbefragungen in Sozialämtern anderer Städte (z. B. Chemnitz, Wuppertal). Die Befragten können zusätzlich eigene Anregungen, Wünsche oder Kritik anführen.

Die ausgefüllten Fragebögen werden von der Statistikabteilung erfasst und ausgewertet. Erste Ergebnisse werden Ende 2013 vorgelegt werden.

**Anlagen:** Entwurf des Fragebogens

### III. Behandlung im Gremium

**Beratung im Sozial- und Gesundheitsausschuss am 05.06.2013**

#### Ergebnis/Beschluss:

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

gez. Dr. Preuß  
Vorsitzende/r

gez. Vierheilig  
Berichtersteller/in

IV. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

V. Zum Vorgang

Sehr geehrte Damen und Herren,

als Nutzer sozialer Leistungen haben Sie das Recht auf korrekte Entscheidungen zu Ihren Anträgen. Darüber hinaus möchten wir, dass Ihre Anliegen zügig, reibungslos, freundlich und unbürokratisch bearbeitet werden. Der vorliegende Fragebogen liegt im Zeitraum von ..... bis ..... im Jobcenter des Sozialamtes der Stadt Erlangen sowie bei der GGFA (Gemeinnützige Gesellschaft zur Förderung der Arbeit) aus. Die Befragung erfolgt vollständig anonym und hilft uns dabei, die Qualität unserer Leistungen zu verbessern. Die Teilnahme an der Befragung erfolgt **freiwillig**. Die Daten werden anonym bei der Abteilung Statistik und Stadtforschung der Stadt Erlangen gespeichert und sind ausschließlich zur summarischen Auswertung für die städtischen Planungen und für statistische Untersuchungen bestimmt. Falls Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an ..... unter der Telefonnummer: 86.....

**Ausgefüllte Fragebögen können in den dafür vorgesehenen Briefkasten eingeworfen oder mit dem beigefügten Rückumschlag an die Statistikabteilung zurückgesandt werden.**

Vielen Dank für Ihre Unterstützung!

Bitte kreuzen Sie Ihre Auswahl an! ☒ Die Nummern neben den Feldern dienen der Vereinfachung der Dateneingabe.

Bitte orientieren Sie sich bei der Bewertung nach Schulnoten an folgenden Maßstäben:

1=sehr gut, 2=gut, 3=befriedigend, 4=ausreichend, 5=mangelhaft, 6=ungenügend.

1 Wie beurteilen Sie die Erreichbarkeit der Mitarbeiter des Jobcenters?	
telefonisch	sehr gut erreichbar <input type="radio"/> 1 <input type="radio"/> 2 <input type="radio"/> 3 <input type="radio"/> 4 <input type="radio"/> 5 <input type="radio"/> 6 nicht erreichbar
persönliche Vorsprache	sehr gut erreichbar <input type="radio"/> 1 <input type="radio"/> 2 <input type="radio"/> 3 <input type="radio"/> 4 <input type="radio"/> 5 <input type="radio"/> 6 nicht erreichbar

2 Wie beurteilen Sie die Öffnungszeiten des Jobcenters?	
	völlig ausreichend <input type="radio"/> 1 <input type="radio"/> 2 <input type="radio"/> 3 <input type="radio"/> 4 <input type="radio"/> 5 <input type="radio"/> 6 ungenügend

3 Wie beurteilen Sie die Wartezeit im Jobcenter?	
	sehr kurz <input type="radio"/> 1 <input type="radio"/> 2 <input type="radio"/> 3 <input type="radio"/> 4 <input type="radio"/> 5 <input type="radio"/> 6 zu lang

4 Wie beurteilen Sie den Umgangston im Jobcenter?	
	sehr freundlich <input type="radio"/> 1 <input type="radio"/> 2 <input type="radio"/> 3 <input type="radio"/> 4 <input type="radio"/> 5 <input type="radio"/> 6 unfreundlich

5 Zu welchen Leistungen haben Sie sich im Jobcenter informiert oder beraten lassen?	
<input type="radio"/> 1 Geldleistungen zum Lebensunterhalt	<input type="radio"/> 2 Fallmanagement
<input type="radio"/> 3 Arbeitsvermittlung	

6 Inwieweit stimmen Sie folgenden Punkten zu den Antragsformularen zu?					
<input type="radio"/> 1 Ich habe noch keinen Antrag gestellt (→ weiter mit Frage 9)					
Die Antragsformulare...	stimme voll- kommen zu	stimme zu	teils/teils	stimme weniger zu	stimme überhaupt nicht zu
...lassen sich problemlos ausfüllen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...sind allgemein verständlich gestaltet.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...sind mit angemessenem Zeitaufwand auszufüllen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...lassen sich ohne fremde Hilfe ausfüllen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5

7 Inwieweit stimmen Sie folgenden Punkten zu den Bescheiden zu?					
<input type="radio"/> 1 Ich habe noch keinen Bescheid erhalten (→ weiter mit Frage 9)					
	stimme voll- kommen zu	stimme zu	teils/teils	stimme weniger zu	stimme überhaupt nicht zu
Die Bescheide sind gut zu verstehen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
Die Bescheide ist übersichtlich gestaltet.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
Die Berechnungen in den Bescheiden sind gut nachvollziehbar.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5

**8 Wie beurteilen Sie die Dauer der Antragsbearbeitung (Schnelligkeit) des Jobcenters?**

sehr schnell  1  2  3  4  5  6 zu langsam

**9 Inwieweit stimmen Sie folgenden Punkten zu?**

Der Sachbearbeiter/Die Sachbearbeiterin...	stimme voll- kommen zu	stimme zu	teils/teils	stimme weniger zu	stimme überhaupt nicht zu
...hat sich für die Beratung ausreichend Zeit genommen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...hat die Beratung auf meine individuellen Bedürfnisse abgestimmt.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...hat klar und verständlich gesprochen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...hat den Eindruck vermittelt, dass ich kein x-beliebiger Antragsteller bin.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...hat den Eindruck vermittelt, dass ich als Antragsteller willkommen bin.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...ist jederzeit freundlich gewesen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...hat mich immer ausreden lassen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...hat mich zum Nachfragen animiert.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5
...ist auf das von mir Gesagte eingegangen.	<input type="radio"/> 1	<input type="radio"/> 2	<input type="radio"/> 3	<input type="radio"/> 4	<input type="radio"/> 5

**10 Wie beurteilen Sie insgesamt die Arbeit des Jobcenters?**

sehr gut  1  2  3  4  5  6 ungenügend

Zuletzt noch einige Angaben zu Ihrer Person...

**11 Ich bin...**

2 weiblich  1 männlich

**12 Alter**

\_\_\_\_\_ Jahre

**13 Ich lebe...**

1 alleine  2 in einer Bedarfsgemeinschaft ohne Kinder  
 3 in einer Bedarfsgemeinschaft mit Kind(ern)

**14 Ich bin Erstantragsteller/in**

1 ja  2 nein

**15 Ich beziehe Arbeitslosengeld II/Hartz IV seit...**

1 unter einem Jahr  2 ein bis zwei Jahren  3 über zwei Jahren

**16 Meine Muttersprache ist...** (beide Antworten möglich)

1 deutsch  2 eine andere Sprache

**17 Haben Sie Anregungen, Ideen, Wünsche oder Kritik?**

\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_  
\_\_\_\_\_

**Mitteilung zur Kenntnis**

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/116/2013

**4. Controllingbericht:**

**Umsetzung der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidierung 2011 (Rödl & Partner)**

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	08.05.2013	Ö	Kenntnisnahme	vertagt
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Kenntnisnahme	

**Beteiligte Dienststellen**

Ämter 20, 24, 40, 51

**I. Kenntnisnahme**

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

Der HFPA hat in der Sitzung am 23.03.2011 beschlossen, das Personal- und Organisationsamt mit dem Umsetzungscontrolling zu den Haushaltskonsolidierungsbeschlüssen 2011 (Rödl & Partner) zu beauftragen. Der Berichtszeitraum wurde auf ein halbes Jahr festgelegt; der letzte Bericht wurde am 17.10.2012 in den HFPA eingebracht.

Dieser Bericht beinhaltet die Einzelberichte der Maßnahmen, deren Umsetzungsgrad noch eine Veränderung erfahren hat. Damit sind alle im Rahmen der Haushaltskonsolidierung 2011 beschlossenen Maßnahmen mittlerweile, soweit realisierbar, umgesetzt.

Das Umsetzungscontrolling ist somit erfüllt.

**II. Sachbericht**

**1. Rückblick und Gesamtschau der Haushaltskonsolidierung 2011 (Rödl&Partner)**

Haushaltskonsolidierungsziele

Die Untersuchungen durch Rödl & Partner fanden im Zeitraum 13. September 2010 bis 25. November 2010 statt. Schwerpunktmäßig wurden die Ämter 11, 24, 40, 50 und 51 untersucht.

Die von der Firma Rödl & Partner erarbeiteten Vorschläge zur Haushaltskonsolidierung wurden dem Haupt-, Finanz und Personalausschuss und dem Stadtrat in den jeweiligen Sitzungen vom 24. November bzw. 25. November 2010 präsentiert. Im Rahmen der anschließenden Haushaltsberatungen wurden 12 Maßnahmen zur Umsetzung beschlossen:

(SOLL) Maßnahme	Haushaltsentlastung in EUR (vgl. Maßnahmenammler)			
	2011	2012	2013	2013ff
Reorganisation der Abteilungsgliederung beim Personal- und Organisationsamt	0	0	74.600	74.600
Kürzung des zentralen Budgets für Verfügungsstellen	79.300	95.100	95.100	95.100
Reduktion der Ausbildung über Bedarf	0	0	70.000	210.000

Einsparung von Büroarbeitsplätzen	0	80.000	80.000	80.000
Einführung einer zweimonatigen Wiederbesetzungssperre	344.300	413.160	413.160	413.160
Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei	0	38.400	38.400	38.400
Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und Personal an externe Dienstleister	0	0	20.000	20.000
Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden	0	0	238.000	238.000
Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen	-27.550	-40.000	-25.000	-9.900
Verstetigung der Pflegequote	44.775	165.250	244.750	335.400
Stärkung der Beratung nach § 16 SGB VIII	18.054	36.108	36.108	36.108
Steigerung der Erträge aus Elternbeiträgen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder	0	0	100.000	100.000

Auf Grund der späten Haushaltsgenehmigung 2011 waren die mit dem Stellenplan 2011 geschaffenen neuen Planstelle (bei Maßnahmen Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen, Verstetigung der Pflegequote und Stärkung der Beratung nach § 16 SGB VIII) unbesetzt. Da Rödl und Partner auch in seinen Konsolidierungszielen eine kontinuierliche Steigerung der Einsparziele für ein Konsolidierungsprojekt mit Personaleinsatz vorgesehen hat (ansteigende Effizienz der Arbeit der neuen Planstelleneinhaber/innen) wurden die Konsolidierungsziele bei den betroffenen Maßnahmen entsprechend verringert:

<b>(SOLL - NEU)</b>	<b>Haushaltsentlastung in EUR (vgl. Maßnahmenammler)</b>			
	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2013ff</b>
<b>Maßnahme</b>				
Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen	0	-55.100	-40.000	-25.000
Verstetigung der Pflegequote	0	88.250	212.600	335.400
Stärkung der Beratung nach § 16 SGB VIII	0	36.108	36.108	36.108

### Umsetzungsgrad der Konsolidierungsziele

#### a) Gesamtergebnis

	<b>Haushaltsentlastung in EUR</b>			
	<b>2011</b>	<b>2012</b>	<b>2013</b>	<b>2013ff</b>
Gesamtsumme (Soll) <sup>1</sup>	423.600	695.918	1.337.968	1.615.768
Gesamtsumme (Ist)	313.133	1.012.119	n.n.	n.n.
Abweichung in EUR (+/-)	-110.467	316.201	n.n.	n.n.

Die tatsächliche Haushaltsentlastung für 2013 ff. ist erst am Anfang des darauffolgendes Jahres ermittelbar. Alle Maßnahmen sind jedoch – soweit realisierbar – umgesetzt.

<sup>1</sup> Daten aus Haushaltskonsolidierungszielen

b) Einzelergebnisse aller Maßnahmen bis zum 31.03.2013

(IST)	Haushaltsentlastung in EUR (vgl. Maßnahmenammler)		
	2011	2012	2013 (01.01.-31.03.)
Reorganisation der Abteilungsgliederung beim Personal- und Organisationsamt	0	74.600	18.650
Kürzung des zentralen Budgets für Verfügungsstellen	79.300	95.100	23.775
Reduktion der Ausbildung über Bedarf	0	0	17.500
Einsparung von Büroarbeitsplätzen	0	80.000	20.000
Einführung einer zweimonatigen Wiederbesetzungssperre	233.833	414.187	85.580
Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei	Maßnahme konnte nicht umgesetzt werden		
Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und Personal an externe Dienstleister	0	7.474	6.000
Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden	0	0	noch nicht ermittelbar
Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen	Vorschlag obsolet wg. GEWOBAU-Maßnahme		
Verstetigung der Pflegequote	0	288.450	noch nicht ermittelbar
Stärkung der Beratung nach § 16 SGB VIII	0	52.308	noch nicht ermittelbar
Steigerung der Erträge aus Elternbeiträgen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder	0	0	25.000

c) Einzelergebnisse aller Maßnahmen bis zum 31.03.2013 getrennt in Sach- und Personalaufwand

Reduzierung der Personalaufwendungen (Maßnahme 1, 3, 4, 6, 8) 2 :

Ziel (2011):	423.600 €	Ist (2011)	313.133 €
Ziel (2012)	546.660 € <sup>3</sup>	Ist (2012)	583.887 € <sup>4</sup>

Ziel (31.03.2013):	172.815 € <sup>5</sup>	Ist (31.03.2013)	145.505 € <sup>6</sup>
--------------------	------------------------	------------------	------------------------

<sup>2</sup> Summen sind um Werte der Maßnahme 19 bereinigt, da diese durch die GEWOBAU-Maßnahme obsolet wurde (vgl. Stadtrat vom 29.03.2012, HFGA-Berichte vom 18.04.2012, 17.10.2012)

<sup>3</sup> Abweichung zum Maßnahmenammler ergibt sich wegen Nichtberücksichtigung Maßnahmen 20 und 21 (Mehring des Personalaufwands)

<sup>4</sup> Im Maßnahmenammler nicht extra ausgewiesen; Teil des Ergebnis 2012

<sup>5</sup> Abweichung zum Jahreswert im Maßnahmenammler; lineare Berechnung des Werts für den Berichtszeitraum ohne Berücksichtigung der Mehring des Personalaufwands bei Maßnahme 20 und 21

<sup>6</sup> Im Maßnahmenammler nicht extra ausgewiesen; Teil des Ergebnis QI/2013

Reduzierung der sonstigen Aufwendungen (Maßnahme 5, 10, 12, 20, 21)<sup>7</sup> :

Ziel (2011)	0 €	Ist (2011)	0 €
Ziel (2012)	383.600 €	Ist (2012)	607.474 € <sup>8</sup>

Ziel (31.03.2013)	181.838 € <sup>9</sup>	Ist (31.03.2013)	26.000 € <sup>10</sup>
-------------------	------------------------	------------------	------------------------

Erhöhung der Erträge (Maßnahme 23)

Ziel (31.03.2013)	25.000 € <sup>11</sup>	Ist (31.03.2013)	25.000 €
-------------------	------------------------	------------------	----------

## 2. Einzelberichte

### Amt 11 – Maßnahme Nr. 6 (Einführung einer 2-monatigen Wiederbesetzungssperre zum 01.03.2011)

#### 1. Beschreibung der Maßnahme

Die 2-monatige Wiederbesetzungssperre wird durch den Abzug der finanziellen Ressourcen im Personalkostenbudget umgesetzt. Sofern andere Mittel aus den Budgets des betroffenen Fachamts vorhanden sind, hat das Fachamt die Möglichkeit, freie Planstellen auch sofort wieder zu besetzen. Mit Beschluss des HFPA vom 26.09.2012 und des Stadtrats vom 27.09.2012 wurde die Maßnahme bis zum 31.12.2013 erneut verlängert.

#### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

#### 3. Finanzziele

Ziel (2011):	344.300 €	Ist (2011)	233.833 €
Ziel (2012)	413.160 €	Ist (2012)	414.187 €

Ziel (31.03.2013)	103.290 € <sup>12</sup>
Ist (31.03.2013)	85.580 €

Nachdem die Fluktuation der Beschäftigten die entscheidende Größe bei dieser Konsolidierungsmaßnahme darstellt, ist die Erreichung des geplanten Einsparvolumens nur bedingt steuerbar.

### Amt 40 – Maßnahme Nr. 10 (Kostenerstattung für die Überlassung von Schulküchen und

<sup>7</sup> Summen sind um Werte der Maßnahme 19 bereinigt, da diese durch die GEWOBAU-Maßnahme obsolet wurde (vgl. Stadtrat vom 29.03.2012, HFPA-Berichte vom 18.04.2012, 17.10.2012)

<sup>8</sup> Abweichung zum Maßnahmenbündel ergibt sich auf Grund Maßnahme 20 (Reduzierung 2012: ca. 360.000 €) und 21 (Reduzierung 2012: ca. 160.000 €)

<sup>9</sup> Abweichung zum Jahreswert im Maßnahmenbündel; lineare Berechnung des Werts für den Berichtszeitraum

<sup>10</sup> Werte der Maßnahmen 12, 20 und 21 können nur auf Jahresbasis ermittelt werden, vgl. Einzelberichte

<sup>11</sup> Abweichung zum Jahreswert im Maßnahmenbündel; lineare Berechnung des Werts für den Berichtszeitraum

<sup>12</sup> Abweichung zum Jahreswert im Maßnahmenbündel; lineare Berechnung des Werts für den Berichtszeitraum

## **Personal an Dienstleister)**

### 1. Beschreibung der Maßnahme

Rödl & Partner hat empfohlen, das Vergabeverfahren für die Mittagsversorgung an den Schulen zu professionalisieren und die Schulküchen sowie das Personal an Dienstleister nur noch gegen Kostenerstattung zu überlassen.

### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im Zeitplan:	✓

Es wurden fünf Schulen ausgeschrieben und entsprechende Dienstleistungskonzessionsverträge abgeschlossen. Die Mensen am Marie-Therese-Gymnasium und an der Max- und Justine-Elsner Schule sind bereits zu den neuen Konditionen in Betrieb.

Bei den Schulmensen der Staatlichen Werner-von-Siemens-Realschule und der Hermann-Hedenus-Grundschule steht die Fertigstellung unmittelbar bevor (geplant: Mai 2013). Die Mensa am Standort Büchenbach Nord (versorgt die Grundschule Mönaschule sowie die Ganztagsklassen der Hermann-Hedenus-Mittelschule) wird im Juni 2013 fertig gestellt sein, die offizielle Übergabe an den Caterer erfolgt möglicherweise erst mit Beginn des neuen Schuljahres im September 2013.

### 3. Finanzziele

Bei der Staatlichen Werner-von-Siemens-Realschule werden nach Übergabe im Mai 2013 Ausgaben in Höhe von rd. 8.000 EUR (1.000 EUR/mtl.) für die Ausgabe des Mittagessens, die Bereitstellung und Reinigung des Geschirrs sowie die Reinigung der Küche entfallen. Diese Kosten haben entsprechend der vertraglichen Vereinbarung künftig die Caterer zu übernehmen.

Für die Mensa an der Hermann-Hedenus-Schule wird eine Übernahme für Juni 2013 avisiert, so dass ab diesem Zeitpunkt ebenfalls eine fiktive Entlastung in Höhe 7.000 EUR) berücksichtigt werden kann. Für die Mensa Büchenbach Nord werden sich die fiktiven Einsparungen in 2013 auf 3.500 EUR belaufen, in den Folgejahren sind diese mit jährlich 12.000 EUR zu beziffern. Beim Marie-Therese-Gymnasium und der Max- und Justine Elsner Schule können jeweils weiterhin 12.000 EUR jährlich berücksichtigt werden.

Insgesamt errechnet sich für das Jahr 2013 ein (fiktiver) Einsparungsbetrag in Höhe von ca. 42.500 EUR bezogen auf die bislang dem Amt für Gebäudemanagement zuzurechnenden Posten (die fiktiven Angaben basieren auf durchschnittlichen Kostenansätzen, welche im Einzelfall von Amt 24 zu verifizieren wären.).

Für den Berichtszeitraum 01.01. - 31.03.2013 ergibt sich ein Teilergebnis in Höhe von 6.000 EUR.

## **Amt 24 – Maßnahme Nr. 12 (Flächenoptimierung in Verwaltungsgebäuden)**

### 1. Beschreibung der Maßnahme

Die Flächenoptimierung soll bis zur Einführung des Mieter-Vermieter-Modells durch ein Bonus-System verfolgt werden (vgl. Beschluss des Stadtrats vom 16. Februar 2012).

Die Regeln für die Budgetierung 2012 (vgl. Seite 369 im Haushaltsplan 2012) sehen vor, dass vom

Amt für Gebäudemanagement ab dem Haushaltsjahr 2012 für jede Organisationseinheit ein virtuelles Budget außerhalb des Rechnungswesens eingerichtet wird. In diese Budgets werden den Nutzern die fiktiven Mittel eingestellt, welche die Nutzungsentgelte (= fiktive Miete) und Betriebskosten (= fiktiver Durchschnittswert) für die zu Jahresbeginn tatsächlich beanspruchten Flächen decken. Im Rahmen der vorbereitenden Abschlussarbeiten werden zum Ende des Haushaltsjahres die fiktiven Nutzungsentgelte und Betriebskosten zu gleichen Preisen, aber auf Basis der tatsächlich belegten Fläche erneut kalkuliert. Personelle Veränderungen führen zu Bereinigungen. Den Organisationseinheiten, die im Laufe des Jahres ihre beanspruchten Flächen reduzieren, kommen die fiktiven Einsparungen zu 50 Prozent zugute. Bei der jährlichen Abrechnung der Amtsbudgets erfolgt eine entsprechende Gutschrift in Höhe des Bonus.

Die Bonuszahlungen werden aus der Rückgabe der erwirtschafteten Einsparungen - gemäß Budgetierungsregeln ab 2012 wieder 70 Prozent - an den allgemeinen Haushalt finanziert.

Die tatsächlich erreichten Einsparungen durch Flächenreduzierung verbleiben im GME und dienen zunächst der Finanzierung kleinerer Umbaumaßnahmen (z. B. Versetzen von Wänden) und erforderlicher Umzüge. Mittelfristig werden sich größere Einsparungen ergeben, die im Budget des GME zur Finanzierung von Sondermaßnahmen des Bauunterhaltes verbleiben sollen und eine zusätzliche Mittelbereitstellung überflüssig machen.

## 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Der ursprünglich vorgesehene Zeitplan kann aus zwei Gründen nicht eingehalten werden. Zum einen mussten im vergangenen Halbjahr alle drei Planstellen des zuständigen Sachbereiches 241-12 Objektverwaltung neu besetzt werden. Zum anderen wurde die geplante Rationalisierung durch automatisierte Schnittstellen zwischen dem CAFM-System und der Objektbuchhaltung aufgrund fehlender bidirektionaler Schnittstellen zur Vision.

Zur Entlastung des Sachbereiches 241-12 Objektverwaltung findet in 2013 eine Verlagerung aller Aufgaben, die im direkten Zusammenhang mit der (Objekt-)Buchhaltung stehen, zum Sachbereich 241-10 Rechnungswesen und Controlling statt. Die erforderlichen personellen Ressourcen zur Umsetzung stehen ab dem II. Quartal 2013 zur Verfügung.

## 3. Finanzziele

Im Jahr 2013 werden erstmals Einsparungen in Höhe von 238.000 € erwartet. Die Verwaltung wird über die erzielten Einsparungen, deren Verwendung und über die Höhe der Boni im BWA und im HFPA Bericht erstatten.

## **Amt 51 – Maßnahme Nr. 20 (Verstetigung der Pflegequote)**

Zu den Vorschlägen Nr. 20 und 21 im Bereich der Jugendhilfe wird ergänzend und zur vertiefenden Information auf die JHA-Vorlagen zum Controlling-Beschluss in den Sitzungen vom 13.10.2011, 22.03.2012 und 07.03.2013 verwiesen.

### 1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

„Die Hilfen nach § 33 SGB VIII-Vollzeitpflegestellen für die Stadt Erlangen eine wichtige Möglichkeit der Umsteuerung kostenintensiver Hilfen außerhalb der Familie dar. Die Koordination des Pflegekinderwesens obliegt der Abteilung 511 des Stadtjugendamtes.

Durch die Bemühungen des Pflegekinderdienstes ausreichend Eltern für Pflegeschafte bereitzustellen, konnte im Jahr 2008 eine Pflegequote von rund 54 Prozent erreicht werden.

Um eine Stagnation der Pflegequote auf hohem Niveau zu vermeiden, empfiehlt Rödl & Partner den Pflegekinderdienst um 2,0 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ] zu verstärken und das Konzept der Heilpädagogischen Sonderpflege fortzuschreiben. Ziel dieser Intensivierung muss sein, mittelfristig eine Pflegequote von rund 65 Prozent erreichen und verstetigen zu können.“

### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

I. Wie bereits mehrfach von Amt 51 ausgeführt ist der reine Zahlenvergleich nur bedingt und der alleinige Blick auf die Pflegequote gar nicht geeignet, um Rückschlüsse auf eine Kostenverteilung vornehmen zu können. Vielmehr ist der Fokus auf die durch Amt 51 veranlassten Maßnahmen zur Verbesserung des Angebots der Vollzeitpflege (Schaffung neuer Unterbringungsplätze, Verbesserung der Grundqualifizierung und der Begleitung während des Pflegeverhältnisses, Reduzierung von Abbrüchen, Verbesserung der Kooperation mit freien Trägern) zu richten.

II. Seit der Stellenbesetzung der im Rahmen dieser Konsolidierungsmaßnahme neu geschaffenen Planstelle im Oktober 2011 wurden diese intensiviert, so dass sechs neue Pflegefamilien (vier Vollzeit und zwei familiäre Bereitschaftsbetreuung) gewonnen werden konnten. In diese Familien wurden neun Kinder vermittelt, davon sechs Kinder in Vollzeitpflege und drei Kinder in familiäre Bereitschaftsbetreuung.

Rödl&Partner ist pro vermiedener Heimunterbringung von einer Kostenersparnis in Höhe von ca. 30.000 € ausgegangen. Neben der oben genannten Vermittlung von Kindern in die neu gewonnenen Pflegefamilien ist es in drei weiteren Fällen gelungen Jugendliche (13 -16 - jährige) in Pflegefamilien zu vermitteln. Damit konnten seit Beginn dieser Maßnahme 12 neue Heimunterbringungen vermieden werden. Daraus ergibt sich mit dem Ansatz von Rödl&Partner eine rechnerische Kostenersparnis in Höhe von ca. 360.000 € für das Jahr 2012. Die Einsparvorgabe der Maßnahme 20 „Verstetigung der Pflegequote“ ist damit erfüllt und die Maßnahme umgesetzt. Eine weitere Berichterstattung ist nicht mehr notwendig.

## **Amt 51 – Maßnahme Nr. 21 (Ausbau präventiver Beratungsmaßnahmen in Kindertagesstätten und Familienpädagogischen Einrichtungen)**

### 1. Beschreibung der Maßnahme lt. Gutachten Rödl & Partner

„Im § 16 SGB VIII wird der Begriff der Allgemeinen Förderung der Erziehung in der Familie näher ausgeführt. Der Beratungsbegriff wird in den verschiedenen Aufgabenbereichen Vormundschaft/ Beistandschaft, Allgemeiner Sozialer Dienst / Besonderer Sozialer Dienst, Kindertageseinrichtungen, Koordinierende Kinderschutzstellen und Städtische Jugend- und Familienberatungsstelle wahrgenommen.

Die übergreifende Zusammenarbeit und die Vernetzung der einzelnen Beratungsangebote findet gegenwärtig nicht flächendeckend, sondern immer wiederkehrend in Projektform statt, obwohl die strukturellen Gegebenheiten im Stadtjugendamt gute Voraussetzungen darstellen.

Damit eine möglichst breite Masse an potenziellem Beratungsklientel erreicht wird, ist es notwendig verschiedene Institutionen in die Intensivierung und Verdichtung des Beratungsansatzes einzubinden. Diese Intensivierung sollte im Bereich der Familienpädagogischen Einrichtungen mit 1,5 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ], der Kindertageseinrichtungen mit 3,0 VZÄ [Anm. Beschluss Erlangen 1,0 VZÄ] ... erfolgen. ...“

### 2. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

### 3. Finanzziele

Durch die neuen personellen Ressourcen konnte eine deutlich höhere Präsenz der Beratungsfachkräfte, eine Regelmäßigkeit (wenn sinnvoll und gewünscht) und eine höhere Niedrigschwelligkeit erreicht werden, die eine besondere Qualität darstellen. Im letzten Jahr wurde die Zahl der Familien, die eine familienpädagogische Einrichtung besucht, von 33 Besucherfamilien auf 62 Besucherfamilien fast verdoppelt. Um die Entwicklung der Besucherfamilien zu erfassen, wird vierteljährlich für jede Familie, die regelmäßig eine familienpädagogische Einrichtung besucht, eine Einschätzung verschiedener Risikofaktoren sowie des Hilfebedarfs vorgenommen. Die Anzahl der Besucherfamilien, die ohne das Angebot der familienpädagogischen Einrichtung mit hoher Wahrscheinlichkeit eine Hilfe zur Erziehung benötigt hätten, lag im vergangenen Jahr bei durchschnittlich acht Familien.

Geht man davon aus, dass diese Hilfen in etwa der Verteilung den in der Vergangenheit gewährten Hilfen entspricht, muss zunächst einmal der Prozentsatz der in Frage kommenden Hilfen ermittelt werden. Verteilt man dann die acht Fälle entsprechend diesen Prozentsätzen, kommt man zu folgendem Ergebnis:

Erziehungsbeistandschaft	1,5	Fälle	Kosten/Jahr	7.891,30
Sozialpädagogische Familienhilfe	1,9	Fälle	Kosten/Jahr	13.675,58
Vollzeitpflege	2,3	Fälle	Kosten/Jahr	29.603,96
Heimerziehung	1,9	Fälle	Kosten/Jahr	99.523,81
Heilpädagogische Tagesstätte	0,4	Fälle	Kosten/Jahr	13.031,58
<b>Gesamt</b>	<b>8</b>	<b>Fälle</b>		<b>163.726,23</b>

Somit ergibt sich durch die präventive Arbeit in den familienpädagogischen Einrichtungen eine Kostenersparnis für das Jahr 2012 in Höhe von ca. 160.000 €. Darin sind die Fälle, in denen durch die Einleitung z.B. ambulanter Maßnahmen wie Erziehungsbeistandschaft und Sozialpädagogische Familienhilfe Fremdunterbringungen vermieden werden konnten, nicht eingerechnet.

Amt 51 hat damit das Einsparziel der Maßnahme Nr. 21 (Ausbau präventiver Beratungsmaßnahmen in Kindertagesstätten und familienpädagogischen Einrichtungen) erreicht und die Maßnahme umgesetzt. Eine weitere Berichterstattung ist nicht mehr notwendig.

### **Amt 51 – Maßnahme Nr. 23 (Steigerung der Erträge aus Elternbeiträgen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder)**

#### 1. Zeitplan für die Umsetzungsaktivitäten

Terminplan erstellt:	✓
Umsetzungsaktivitäten im angepassten Zeitplan:	✓

#### 2. Finanzziele

Auf den Bericht im Jugendhilfeausschuss vom 18.10.2012 über die Änderung der Gebühren für die städtischen Kindertageseinrichtungen wird verwiesen. In seiner Sitzung am 29.11.2012 hat der Stadtrat die Gebührensatzung zur Satzung für die städtischen Kindertageseinrichtungen mit Wirkung zum 01.01.2013 beschlossen. Die Maßnahme ist damit umgesetzt.

**Anlagen:**      Maßnahmenammler

### III. Behandlung im Gremium

#### Beratung im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 08.05.2013

##### Protokollvermerk:

Die Mitteilung zur Kenntnis wird auf Antrag von Frau StRin Pfister vertagt und in der nächsten Sitzung des Haupt-, Finanz- und Personalausschusses als Tagesordnungspunkt behandelt.

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Ternes  
Berichtersteller/in

IV. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

V. Zum Vorgang

Maßnahmensammler

Ifd. Nr.	Bezeichnung der Maßnahme	P L A N U N G												Ergebnis 2011	Ergebnis 2012	Teilergebnis QI/2013 (01.01.-31.03.2013)		
		Erhöhung der Erträge		Reduzierung der Personalaufwendungen in EUR (kumulativ)				Reduzierung der sonstigen Aufwendungen in EUR (kumulativ)				Haushaltsentlastung in EUR (kumulativ)						
		2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012	2013	nach 2013 ff.	2011	2012				2013	nach 2013 ff.
1	Reorganisation der Abteilungsführung bei Art. 112 (alt. Art. 111)		74.600 €											0 €	74.600 €	74.600 €	18.650 €	
3	Kürzung des zentralen Budgets für zBV-Stellen		95.100 €	79.300 €										79.300 €	95.100 €	95.100 €	23.775 €	
4	Reduktion der Ausbildung über Bedarf		70.000 €											0 €	210.000 €	210.000 €	17.500 €	
5	Einsparung von Büroarbeitsplätzen									80.000 €				0 €	80.000 €	80.000 €	20.000 €	
6	Einführung einer zwei-monatigen Wiederbesetzungssperre		413.160 €	344.300 €										344.300 €	413.160 €	413.160 €	85.580 €	
8	Personalreduzierung in Poststelle und Hausdruckerei		38.400 €											0 €	38.400 €	38.400 €	0 €	
10	Kostenersparnis für die Überlassung von Schülern und Personal an Dienstleister	40.000 €												0 €	20.000 €	20.000 €	6.000 €	
12	Flächennotifizierung in Verwaltungsgebäuden													0 €	238.000 €	238.000 €	0 € <sup>2)</sup>	
19	Ausbau der Unterstützung für obdachlose Menschen			0 €										0 €	-70.100 €	-70.100 €		
20	Verstärkung der Pflegequote			0 €										0 €	-71.550 €	-72.950 €		
21	Stärkung der Beratung nach § 16 SGB VIII			0 €										0 €	-107.692 €	-107.692 €		
23	Steigerung der Erträge aus Elternbeiträgen im Bereich der Tageseinrichtungen für Kinder	100.000 €												0 €	100.000 €	100.000 €	25.000 €	
	<b>Summe<sup>1)</sup></b>	<b>140.000 €</b>	<b>140.000 €</b>	<b>423.600 €</b>	<b>367.418 €</b>	<b>510.618 €</b>	<b>647.668 €</b>	<b>0 €</b>	<b>383.600 €</b>	<b>727.350 €</b>	<b>855.100 €</b>	<b>423.600 €</b>	<b>751.018 €</b>	<b>1.377.968 €</b>	<b>1.640.768 €</b>	<b>313.133 €</b>	<b>1.012.119 €</b>	

Anmerkungen

<sup>1)</sup> Summen sind um Werte der Maßnahme 19 bereinigt, da diese durch die GEWOBAU-Maßnahme obsolet wurde (vgl. Stadtrat vom 29.03.2012, HFPA-Berichte vom 18.04.2012 und 17.10.2012)

<sup>2)</sup> jährliche Abrechnung; im Jahr 2013 werden erstmals Einsparungen in Höhe von 238.000 EUR erwartet

<sup>3)</sup> vgl. Stadtrat vom 29.03.2012, HFPA-Berichte vom 18.04.2012 und 17.10.2012

<sup>4)</sup> Berichterstattung über finanzielle Auswirkungen nur auf Basis von Jahreswerten möglich (vgl. HFPA-Bericht vom 17.10.2012)

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/118/2013

### Personalbericht 2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	08.05.2013	Ö	Einbringung	zur Kenntnis genommen
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.06.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
GSt

#### I. Antrag

Der Personalbericht 2012 wird nach Aussprache zur Kenntnis genommen.

#### II. Begründung

Im Personalbericht stellt das Personal- und Organisationsamt jährlich für das Vorjahr die Personal- und Organisationsaufgaben, die Schwerpunktthemen des Personalbereichs sowie Personaldaten und Kennzahlen dar.

Im HFFA vom 10.02.2010 wurde beschlossen, dass die Personalberichte aus Kostengründen elektronisch bereitgestellt werden. Gem. Protokollvermerk in gleicher Sitzung werden 10 Exemplare gedruckt und an die Fraktionen weitergegeben.  
Der Bericht für das Jahr 2012 wurde am 06.05.2013 verteilt.

Bei zusätzlichem Bedarf kann der Personalbericht als PDF-Datei beim Personal- und Organisationsamt, Abteilung Personalabrechnung und -Controlling (martin.roell@stadt.erlangen.de bzw. Tel. 09131/86-2202) angefordert werden.

#### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 08.05.2013

#### Ergebnis/Beschluss:

Der Personalbericht 2012 wird zur Kenntnis genommen (Einbringung).

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Ternes  
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/11

Verantwortliche/r:  
Personal- und Organisationsamt

Vorlagennummer:  
11/124/2013

### Änderung der Personalkostenbudgetierung für das Haushaltsjahr 2014

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt 20, Amt 14, PR, GSt

#### I. Antrag

Die Budgetierungsregeln für das Jahr 2014 werden im Abschnitt 3.1 „Einbeziehung der Personalkosten in die Budgetierung“ entsprechend Anlage 1 geändert.

Die weiteren Budgetierungsregeln für das Jahr 2014 werden im Rahmen der Haushaltsberatungen beschlossen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Um verschiedene Problemfelder zu lösen wurde im Herbst 2012 eine Projektgruppe mit der Aktualisierung der Personalkostenbudgetierung beauftragt.

Die Ergebnisse der Projektgruppe wurden innerhalb der Verwaltung abgestimmt und alle Referatsleitungen, Dienststellenleitung und Budgetverantwortlicher informiert.

In der aktualisierten Personalkostenbudgetierung behalten die Dienststellen ihre bestehende Eigenverantwortung bei der Personalbewirtschaftung und ihre Steuerungsmöglichkeiten bei den beeinflussbaren Personalkosten. Ein getrenntes Amtsbudget nur für Personalkosten im bisherigen Sinne gibt es jedoch nicht mehr.

Bei Bestellung von Leistungen über den Stellenplan hinaus, werden die Kosten der jeweiligen Dienststelle am Quartalsende entzogen, indem der Ansatz bei den Sachkosten in entsprechender Höhe reduziert wird. (Personalkosten - Lastschrift).

Bei Einsparung von Leistungen gegenüber dem Stellenplan, werden die eingesparten Kosten in die Sonderrücklage der jeweiligen Dienststelle eingebucht (Personalkosten - Gutschrift).

Die nicht steuerbaren Personalkostenanteile werden vom Personal- und Organisationsamt in einem zentralen Budget bewirtschaftet. Die Personalkosten für OBM, BMs und Referenten (inkl. Geschäftszimmer und Stabsstellen) sind auch zukünftig im zentralen Budget enthalten und keinem Dienststellenbudget zugeordnet.

Die Wiederbesetzungssperre und die pauschale Budgetkürzung entfallen.

Da der Stellenplan jedoch nicht mehr auszufinanzieren ist und die Planung der Personalkosten auf den Rechnungsergebnissen basiert, reduziert sich die Kreditaufnahme und erleichtert die Haushalts-Genehmigung.

Vier Quartalsabrechnungen und getrennte Personalkostenaufstellungen führen zu einer transparenteren, gerechteren und zeitnäheren Personalkostenbudgetierung.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

## 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Das Personal- und Organisationsamt meldet bis 12.07.2013 die Personalkostenansätze 2014 an die Kämmerei.

Ab 2014 bewirtschaftet Amt 11 das zentrale Personalkostenbudget und erstellt für die Dienststellen Personal-Ist-Kosten-Aufstellungen und Personalkostenabrechnungen der Gut- und Lastschriften.

Amt 20 verbucht die Ergebnisse der Personalkostenabrechnungen durch Eintragung der Personalkosten – Gutschriften in die Sonderrücklage für Budgetüberschüsse bzw. durch Belastung der Sachmittelbudgets der Dienststellen bei Personalkosten – Lastschriften.

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

### Anlagen:

Anlage 1: Budgetierungsregeln Abschnitt „Einbeziehung der Personalkosten in die Budgetierung“

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## 3 Bewirtschaftung der Personalkosten (PK)

### 3.1 Einbeziehung der Personalkosten in die Budgetierung

#### 3.1.1 Beginn, Dauer und Wesensmerkmale der aktualisierten Personalkostenbudgetierung

Seit dem 01.01.2000 werden die Personalkosten in die Budgetierung einbezogen. Ab dem Haushaltsjahr 2014 erfolgt die Umstellung auf eine PK-Abrechnung der Gut- und Lastschriften mit den nachfolgenden Regelungen in diesem Teil 3, die bis auf Weiteres gelten.

In der aktualisierten Personalkostenbudgetierung behalten die Dienststellen ihre bestehende Eigenverantwortung bei der Personalbewirtschaftung und ihre Steuerungsmöglichkeiten bei den beeinflussbaren Personalkosten. Ein getrenntes Amtsbudget nur für Personalkosten im bisherigen Sinne gibt es jedoch nicht mehr.

Bei Bestellung von Leistungen über den Stellenplan hinaus, werden die Kosten der jeweiligen Dienststelle am Quartalsende entzogen, indem der Ansatz bei den Sachkosten in entsprechender Höhe reduziert wird. (Personalkosten - Lastschrift).

Bei Einsparung von Leistungen gegenüber dem Stellenplan, werden die eingesparten Kosten in die Sonderrücklage der jeweiligen Dienststelle eingebucht (Personalkosten - Gutschrift).

#### 3.1.2 Umfang

Die Summe aller Aufwandskonten des Kontenschemas PK wird im zentralen Budget durch das Personal- und Organisationsamt bewirtschaftet. Die Buchung der Personalkosten erfolgt weiterhin über die Kostenstellen und Kostenträger des Fachamtes. Im Gegensatz zum Sachmittelbudget wird bei diesen Sachkonten kein Ansatz-/Ausgabenvergleich beim Budgetabschluss vorgenommen und sie werden nicht in die Budgetabrechnung der Fachämter einbezogen.

Außerhalb des Rechnungswesens wird für jedes Budgetamt ab dem Haushaltsjahr 2014 eine quartalsmäßige Abrechnung erstellt, bei der die steuerbaren Anteile der Personalkosten in Form einer PK-Abrechnung der Gut- und Lastschriften Berücksichtigung finden.

**Folgende Personalkosten werden keinem Budgetamt zugeordnet und auf zentrale Kostenträger gebucht:**

**Oberbürgermeister und Bürgermeister/innen**

**Referenten und Referentinnen**

**Geschäftszimmerkräfte der Referenten und Referentinnen**

**Stabstellen der Referenten/Referentinnen**

**Auszubildende/Nachwuchskräfte**

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Mutterschutz und Elternzeit**

**Personen in der Altersteilzeitfreistellungsphase.**

Diese Personalkosten sind den Produkten 1111 bzw. 1115 zugeordnet, für die keine quartalsmäßige Abrechnung erstellt wird.

#### 3.1.3 Verteilungsgrundlage

Die Erstellung der quartalsmäßigen Abrechnung erfolgt auf der Basis von **Amtsbudgets**. Dies entspricht dem System der bereits budgetierten Sachkosten. Grundlage für die Zuordnung zu den Amtsbudgets sind bei Durchschnittskosten (siehe Punkt 3.1.4) die Zugehörigkeit der Planstellen und die Stellenbesetzungen laut aktuellem Stellenplan, sowie bei Ist-Kosten (siehe Punkt 3.1.4) die jeweilige Buchung nach Kostenstellen und Kostenträgern der Budgetämter.

#### 3.1.4 Personalkostenabrechnung der Gut- und Lastschriften

Für alle steuerbaren Personalkosten wird bei der quartalsmäßigen Abrechnung eine Gutschrift bzw. Lastschrift eingetragen, der entweder anhand von Durchschnittskosten oder Ist-Kosten berechnet wird.

In der nachfolgenden alphabetischen Aufstellung wird festgelegt, für welche Vorgänge eine Gutschrift bzw. eine Lastschrift erfolgt und in welcher Form diese berechnet wird:

Vorgang	Gutschrift / Lastschrift	Berechnung
Beschäftigung ohne Planstelle	Lastschrift	Durchschnittskosten bezogen auf Besoldung/Eingruppierung des Beschäftigten
Freie Planstellen/-anteile	Gutschrift	Durchschnittskosten anhand aktuellem Stellenwert
Freiwilliges soziales/ökonomisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst o.ä.	Lastschrift	Ist-Kosten des Beschäftigten
Langzeiterkrankte (über 2 Monate)	Gutschrift	Durchschnittskosten anhand aktuellem Stellenwert – Gutschrift ab dem 3. Monat
Prämien (nicht Leistungsentgelt TVöD) Tarifbeschäftigte	Pauschbetrag ggf. Lastschrift	Ämter-Pauschbetrag (= 900 EUR pro Zuteilungsmöglichkeit) Bei geringerer Ausschüttung gibt es keine Gutschrift für die Dienststellen. Lastschrift <b>NUR</b> falls Gesamt-Ist-Kosten über den Ämter-Pauschbetrag hinausgehen.
Prämien Beamte	Pauschbetrag	Pauschbetrag (= 1 % der Grundgehaltssumme der Beamten), eine Überschreitung des Betrages ist rechtlich nicht möglich. Bei geringerer Ausschüttung gibt es keine Gutschrift für die Dienststellen.
Praktikanten (außer Berufspraktikanten und SPS bei Amt 51)	Lastschrift	Ist-Kosten des Beschäftigten
Überstunden-/Mehrarbeitsvergütung	Lastschrift	Ist-Kosten des Beschäftigten
zbV-Einsatz (auf Anfrage des Amtes)	Lastschrift	Durchschnittskosten bezogen auf Besoldung/Eingruppierung des Beschäftigten

#### **Hinweise zu den Vorgängen:**

- Beschäftigung ohne Planstelle: Hierunter fallen alle Einsätze und dadurch anfallende Kosten, die über das genehmigte Volumen der Planstellen im Stellenplan hinausgehen, z.B. S100-Planstellen.
- Freie Planstellen/-anteile: Berücksichtigt werden alle unbesetzten bzw. anteilig unbesetzten Planstellenvolumen (tagesgenau). Bei Stellenneuschaffungen muss die Stelle zunächst einmalig besetzt gewesen sein, d.h. für den Zeitraum ab Regierungsgenehmigung bis zur Erstbesetzung wird keine Gutschrift gewährt. Wird eine Stelle eingezogen, wird sie ab Umsetzungszeitpunkt nicht mehr berücksichtigt. Für gesperrte Stellen/-anteile wird keine Gutschrift gewährt. Unter Sperrern sind nicht nur solche zu verstehen, die im Rahmen des Stellenplans durch den HFPA und Stadtrat vorgenommen werden, sondern auch Verwaltungssperrern, die durch OBM, Referat OBM/ZV oder Personal- und Finanzgremium (PFG) ausgesprochen werden.
- Freiwilliges soziales/ökonomisches Jahr, Bundesfreiwilligendienst o.ä.: Für alle Kosten, die auf den Aufwandskonten des Kontenschemas PK gebucht werden (über Personalabrechnung oder Kassen-Anordnung), wird eine PK-Lastschrift berechnet.
- Langzeiterkrankte: Für langzeiterkrankte Tarifbeschäftigte und Beamte, die länger als zwei Monate durchgehend erkrankt sind, wird eine Gutschrift ab dem 3. Monat gewährt, sofern kein zusätzlicher Beschäftigter als Ersatz eingesetzt wird.
- Prämien Tarif: Für Zusatzprämien bei Tarifbeschäftigten, die nicht zum Leistungsentgelt nach dem TVöD zählen, werden dem Amt ein Pauschbetrag i.H.v. 900 EUR pro Zuteilungsmöglichkeit gewährt. Prämien, die über den Gesamtbetrag der Dienststelle hinausgehen, werden als PK-Lastschrift berechnet. Wird der Gesamtbetrag nicht voll ausgenutzt, erfolgt jedoch keine PK-Gutschrift.
- Prämien Beamte: Für Prämien bei Beamten wird ein Pauschbetrag i.H.v. 1% der Grundgehaltssumme des Vorjahres gewährt. Eine Überschreitung ist nicht möglich, da es sich um eine gesetzliche Höchstsumme nach dem BayBesG handelt. Wird der Gesamtbetrag der Dienststelle nicht voll ausgenutzt, erfolgt jedoch keine PK-Gutschrift.
- Praktikanten: Hierunter fallen alle Personalkosten für Praktikanten, ausgenommen sind die Berufspraktikanten und Praktikanten für das sozialpädagogische Seminar (SPS) bei Amt 51.
- Überstunden-/Mehrarbeitsvergütung: Hierunter fallen alle Kosten für ausgezahlte Überstunden und Mehrarbeit.

- zbV-Einsatz: Für einen zbV-Einsatz auf Anfrage des Amtes wird eine PK-Lastschrift berechnet (vergleichbar der Beschäftigung ohne Planstelle); ist der Einsatz aus gesamtstädtischer Sicht erfolgt, wird dagegen keine PK-Lastschrift angerechnet.

#### **Hinweise zur Berechnung:**

- Durchschnittskosten: Es werden die aktuellen Durchschnittskosten (ohne Kosten eines Büroarbeitsplatzes) pro Entgelt-/Besoldungsgruppe herangezogen, die in der Fachzeitschrift „Die Gemeindekasse Bayern“ veröffentlicht werden. Bei der Berechnung der PK-Gut- bzw. Lastschrift wird der Zeitraum tagesgenau ermittelt; die Kosten pro Tag werden mit der Formel „Durchschnittskosten pro Jahr/ 360 Tage“ angesetzt.
- Ist-Kosten: Es werden die Ist-Kosten ermittelt, die über die Personalabrechnung oder per Kassen-Anordnung auf den Aufwandskonten des Kontenschemas PK verbucht werden.
- Stellenwert: Die Durchschnittskosten beziehen sich unabhängig von der Besetzung der Stelle auf den aktuell im Stellenplan ausgewiesenen Stellenwert.

### **3.1.5 Berechnung des Zeitraumes für Personalkosten-Gut- bzw. Lastschriften**

Die Grundlage der Berechnung der PK-Gut- bzw. Lastschriften bei Durchschnittskosten ist die tagesgenaue Besetzung der Beschäftigten auf den Planstellen im Stellenplan, sowie sonstige stellenplanbezogenen Umsetzungen.

#### **a) Stellenschaffungen und -entsperrungen:**

Die PK-Gutschrift für freie Stellen/-anteile wird erst gewährt, wenn die Stelle zunächst einmalig besetzt gewesen ist, d.h. für den Zeitraum ab Regierungsgenehmigung des Stellenplans bis zur Erstbesetzung gilt die Regelung nicht.

#### **b) Stellenwertanhebung:**

Der höhere Stellenwert wird ab Höhergruppierung (bei Tarifbeschäftigten) bzw. ab Regierungsgenehmigung im Stellenplan umgesetzt.

#### **c) Stellenstreichungen, Sperrung von Stellenanteilen, Vollzug von kw/ku-Vermerken:**

Die PK-Gutschrift für freie Stellen/-anteile wird nicht mehr gewährt, wenn die Stelle eingezogen wurde bzw. die Anteile gesperrt wurden. Bei kw/ku-Vermerken erfolgt die Umsetzung ab dem Zeitpunkt des tatsächlichen Vollzuges.

#### **d) Stellenwertreduzierung:**

Der niedrigere Stellenwert wird ab dem Zeitpunkt der Rückgruppierung des Stelleninhabers bzw. der Neubesetzung der Stelle im Stellenplan umgesetzt.

### **3.1.6 Quartalsmäßige PK-Abrechnung der Gut- und Lastschriften**

Die Budgetämter erhalten jedes Quartal eine Abrechnung, die vom Personal- und Organisationsamt erstellt wird. Hierbei werden alle PK-Gut- und Lastschriften verrechnet und daraus das Quartalsergebnis ermittelt. Sowohl ein positives, als auch ein negatives Ergebnis verbleibt zu 100% beim Budgetamt. Das Ergebnis wird zeitnah an die Kämmerei mitgeteilt, die daraufhin folgende Mittelumbuchungen der Haushaltsansätze vornimmt (siehe hierzu auch Punkt 1.2.3):

#### **a) Positives Quartalsergebnis:**

Die Sonderrücklage für Budgetüberschüsse (siehe auch Punkt 1.2.3) wird in Höhe des Ergebnisses aufgestockt, der Haushaltsansatz im zentralen Personalkostenbudget wird in entsprechender Höhe verringert. Durch die direkte Buchung des positiven Ergebnisses in die Rücklage unterliegt der Betrag nicht der Übertragungsregelung des Sachmittelbudgets, dass 70% des Überschusses zurück an den Haushalt fließen, sondern geht zu 100% an das Budgetamt.

#### **b) Negatives Quartalsergebnis:**

Der Haushaltsansatz im Sachmittelbudget des Budgetamtes wird in Höhe des Ergebnisses verringert, der Haushaltsansatz im zentralen Personalkostenbudget wird in entsprechender Höhe erhöht. Zur Deckung von negativen Ergebnissen können bereits im laufenden Haushaltsjahr angesparte Mittel aus der Sonderrücklage „Budgetüberschüsse“ entnommen werden.

### **3.1.7 Personalnebenkosten**

Dem zentralen Budget sind auch die Personalnebenkosten zugeordnet, die ebenfalls auf den Aufwandskonten des Kontenschemas PK gebucht werden, u.a. folgende:

- Beihilfe und Versorgung der Beamten
- Rückstellungen (für Pension, Altersteilzeit, nicht genommener Urlaub, Überstunden, etc.)
- Nachversicherung der Beamten
- Dienstunfälle, Sachschadenersatz, Untersuchungen, etc.
- Förderung der Betriebsgemeinschaft
- Beschäftigtenbetreuung (Dienstjubiläen, Nachrufe, etc.)
- Aufwendungen für Personaleinstellungen\*

\*Anmerkung: Stellenausschreibungen erfolgen standardmäßig nur in den Nürnberger Nachrichten und im Bayer. Staatsanzeiger; werden von den Dienststellen Ausschreibungen in anderen Zeitungen gewünscht, sind die Kosten aus dem Amtsbudget zu tragen.

### 3.1.8 Sachkosten

Einige Kosten für Beschäftigte werden nicht auf Aufwandskonten des Kontenschema PK, sondern des Kontenschema SKO (Sachkosten) gebucht. Folgende Vergütungen von Beschäftigten verursachen daher eine Belastung des Sachmittelbudgets der Dienststellen:

- Gagen für Künstler (nach NV Bühne)
- Entgelt für kurzfristig Beschäftigte (ab Haushaltsjahr 2014)
- Honorar für Honorarkräfte
- Aufwandsentschädigungen für Stadträte
- Kostenerstattungen der Vergütung für das zur Stadt Erlangen abgeordnete Personal an die abordnende Stelle

### 3.1.9 Personalkostenzuschüsse und -erstattungen

In Konsequenz aus der Änderung der Budgetierungsregeln sind Zuschüsse oder Erstattungen für Personalaufwendungen künftig Bestandteil des Sachmittelbudgets. Die entsprechenden Sachkonten erhalten daher das Kontenmerkmal „SKO“. Die Veranschlagung der Haushaltsmittel übernimmt die jeweilige Dienststelle. Dies gilt auch für Personalkostenzuschüsse und -erstattungen, die das Personal- und Organisationsamt als zentraler Dienstleister bebucht.

Personalkostenzuschüsse und -erstattungen, die von der jeweiligen Dienststelle eigenverantwortlich verwaltet und bebucht werden, werden auf Sachkonten mit der Endziffer „1“ veranschlagt und gebucht. Personalkostenzuschüsse und -erstattungen, die vom Fachamt geplant und vom Personal- und Organisationsamt als zentraler Dienstleister bebucht werden, werden auf Sachkonten mit der Endziffer „2“ geplant und gebucht.

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
OBM/ZV/eGov

Verantwortliche/r:  
eGovernment-Center

Vorlagennummer:  
eGov/050/2013

### Entwurf eines Standards für Datenmodell und Zugriffs-Protokoll für offene Ratsinformationssysteme; Antrag Hr. StR Heinze 040/2013 vom 08.04.13

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Der Bericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.  
Der Fraktionsantrag Nr. 040/2013 vom 08.04.2013 ist damit bearbeitet.

#### II. Begründung

Die Stadt Erlangen setzt im Bereich Ratsinformationssystem (RIS) das Softwareprodukt Session der Fa. Somacos ein, um die Gremienarbeit zu organisieren und um die Sitzungsniederschriften im Internet zu veröffentlichen. Damit werden die Daten den interessierten Bürgerinnen und Bürgern im Sinne der Open-Data-Idee bereits jetzt grundsätzlich zugänglich gemacht. Zum Thema Open Government wird auf die HFPA-Vorlage vom 16.01.2013 verwiesen.

Das im Fraktionsantrag angeführte Projekt in NRW hat das Ziel, einen Standard für eine offene Schnittstelle für Ratsinformationssysteme zu etablieren, so dass die im RIS gespeicherten Daten besser und automatisiert durch Dritte ausgewertet werden können.

Der Hersteller der in Erlangen eingesetzten Fachanwendung ist bereits in das Projekt eingebunden, so dass diesbezüglich eine weitere Initiative durch die Stadt Erlangen nicht mehr erforderlich ist. Es bleibt letztlich die Entscheidung der Fachanwendungshersteller, ihr Produkt entsprechend zu erweitern.

Eine Rückfrage bei VITAKO, der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister in Deutschland und Mitglied im Projekt hat ergeben, dass die Hersteller von Ratsinformationssystemen am gleichen Strang ziehen und dass eine Einigung auf einen Standard auf einem guten Weg ist.

**Anlagen:** Stadtratsantrag Nr. 040/2013

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang:** 09.04.2013

**Antragsnr.:** 040/2013

**Verteiler:** OBM, BM, Fraktionen

**Zust. Referat:** OBM/ZV/eGov

**mit Referat:**

**MACHEN  
ÄNDERN!**

Herrn  
Oberbürgermeister  
Dr. Siegfried Balleis  
Rathausplatz 1  
91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
Zimmer 118

tel 09131/86-1590

fax 09131/86-1590

e-mail: heinze.stadtrat@stadt.erlangen.de

web: www.twitter.com/ea3321

Antrag: Entwurf eines Standards für  
Datenmodell und Zugriffs-Protokoll für offene  
Ratsinformationssysteme

Erlangen, den 08. April 2013

Sehr geehrter Herr Dr. Balleis,

hiermit beantragen wir, die Stadt Erlangen setzt sich in den geeigneten Gremien für die Erstellung eines Standards für Datenmodell und Zugriffs-Protokoll für offene Ratsinformationssysteme in Bayern ein.

Begründung:

In NRW wird gerade an einer möglichen Standardisierung der Ratsinformationssysteme gearbeitet. Marian Steinbach von [www.offeneskoeln.de](http://www.offeneskoeln.de) hat folgenden Entwurf zur Diskussion ins Netz gestellt:

<https://github.com/marians/open-ris-specs/blob/master/dokument/pdf/document.pdf?raw=true>

Erlangen kann auch hier wieder eine Spitzenrolle beim E-Government in Bayern einnehmen.

Mit freundlichen Grüßen

Frank Heinze  
Stadtrat

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
VI/24

Verantwortliche/r:  
Amt für Gebäudemanagement

Vorlagennummer:  
241/066/2013

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des GME (Amt 24)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.06.2013	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt 20

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2012 des Amtes 24 in Höhe von 1.481.752,26 EUR und dem vorgesehenen Übertrag wird zugestimmt.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

- Kompensierung des Verlustvortrages aus 2011
- Finanzierung der Prämien für Energiesparmodelle
- Finanzierung erforderlicher Maßnahmen

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2012 des GME beträgt 1.370.263,58 EUR.

Vorjahre:

2011 -941.945,65 EUR

2010 +44.958,48 EUR

2009 -270.193,45 EUR

2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2012 des GME beträgt 111.488,68 EUR. Es ist auf unbesetzte Planstellen zurückzuführen.

Vorjahre:

2011 +13.635,93 EUR

2010 +96.362,98 EUR

2009 +103.495,08 EUR

2.3 Das Gesamtergebnis in Höhe von 1.481.752,26 ist der nachstehenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

## Budgetabrechnung 2012

Erträge	Aufwendungen	Zuschuss-Budget	
1.441.357,61	-18.266.128,69	-16.824.771,08	Fortgeschriebenes Sachmittelbudget
5.036.136,81	-20.490.644,31	-15.454.507,50	verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis
3.594.779,20			Mehrerträge
	-2.224.515,62		Mehraufwendungen
		1.370.263,58	Ergebnis Sachmittelbudget
		0,00	Bereinigungen Sachmittelbudget
		<b>1.370.263,58</b>	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
		111.488,68	Ergebnis Personalmittelbudget
		0,00	Bereinigungen Personalmittelbudget
		<b>111.488,68</b>	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
		<b>1.481.752,26</b>	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + Teilergebnis II)</b>
	Sonderregelung GME:	0,00	keine 80%-ige Rückgabe an Haushalt; ein sich ergebendes positives Budgetergebnis wird zu 100% in das nächste Haushaltsjahr übertragen
		0,00	abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes
		0,00	plus Entnahme aus Sonderrücklage des Fachamtes
		<b>1.481.752,26</b>	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

### 2.4 Folgende Verwendung des Budgetergebnisses ist geplant:

Kompensierung des Verlustvortrages aus 2011	952.319,87 EUR
Ausschüttung Energiesparmodell Amt 37	220,57 EUR
Ausschüttung Energiesparmodell Amt 40	25.052,62 EUR
Ausschüttung Energiesparmodell Amt 51	1.651,72 EUR
Ausschüttung Energiesparmodell Amt 52	5.046,13 EUR
Dechsendorfer Weiher Ostgebäude	
Statische Sanierung der Tragkonstruktion	50.000,00 EUR
Altstädter Kirchenplatz	
Statische Gewölbesicherung	50.000,00 EUR
Rathaus	
Ersetzen Beschlagteile der Fenster	100.000,00 EUR
Mensa GS Hermann Hedenus	
Pflasterarbeiten, Abluftrohr	14.000,00 EUR
Mensa Mönauschule	
Außentüre + Rampe, Akustikdecke Flure	40.500,00 EUR
Brandschutzmaßnahmen	105.000,00 EUR
GS Brucker Lache	
Pflasterarbeiten, Kanalsanierung, Brandschutz Treppenhaus und Flure	45.000,00 EUR
HLH	
Gutachten, ...	92.961,35 EUR
<b>Summe = Übertragungsvorschlag der Kämmerei</b>	<b>1.481.752,26 EUR</b>

2.5 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 24 in 201  
- entfällt aufgrund der Sonderregelung für das GME -

**Anlagen:**

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/33

Verantwortliche/r:  
Bürgeramt

Vorlagennummer:  
33/011/2013/1

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes 33

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Ref. OBM/ZV, Ref. II, Amt 11, Amt 20

#### I. Antrag

- Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2012 des Amtes 33 i. H. v. 38.998,53 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 11.699,56 EUR wird zugestimmt.
- Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2012 i. H. v. 11.699,56 EUR und der Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes von 899,32 EUR besteht Einverständnis.  
Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Das Personalkostenbudget wurde nach ausführlicher Diskussion im Haupt-, Finanz- und Personalausschuss um die vom Bürgeramt personalwirtschaftlich nicht zu beeinflussenden Unterschiede zwischen Stellenwert und Stellenbesetzung (Beamte/Tarifbeschäftigte) bereinigt. Damit ergibt sich ein positives Gesamtergebnis. Mit der Möglichkeit, 30% des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes weiter unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 33 beträgt -38.593,92 EUR (2011: 22.013,36 EUR, 2010: -25.716,93 EUR).

In den Investitionshaushalt wurden 0,00 EUR übertragen (2011: 0,00 EUR, 2010: 0,00 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 33 beträgt 77.592,45 EUR (2011: -141.273,57 EUR, 2010: 34.710,20 EUR).

Ref. OBM/ZV

- 2.3 Das Arbeitsprogramm 2012 konnte wie geplant erfüllt werden:

- 2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmererei zu entnehmen.

2.5 Folgende Verwendung des Budgetübertrages ist geplant:

- 2.5.1 Beschaffung von zusätzlichen Wahlurnen 2013, weil neben der Landtags- und Bezirkswahl auch ein Volksentscheid durchzuführen ist.
- 2.5.2 Beschäftigung von Zusatzpersonal zur Ausgabe von Briefwahlunterlagen, weil aufgrund der Doppelwahl 2013 mit erhöhtem Briefwahlaufkommen zu rechnen ist.

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 33 in 2012

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2012	899,32
geplante Entnahmen 2012 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (XX.XX.2012)	
für	
für	
für	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	
= gegenwärtiger Rücklagenstand	899,32
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1 Erhöhte Sachkosten im Rahmen der Wahlen 2013	899,32
2.6.2	
2.6.3	

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

3. Das Bürgeramt erfüllt gesetzliche Pflichtaufgaben. Art und Umfang des Leistungsangebots bestimmt der Gesetzgeber. Die Einkaufspreise für Dokumente (Ausweise, Pässe, Kfz-Briefe, Führerscheine, Aufenthaltsgenehmigungen, etc.) sind ebenso wie die dafür einzunehmenden Gebühren gesetzlich vorgegeben und deshalb nicht zu beeinflussen. Viele Leistungen sind darüber hinaus gebührenfrei zu erbringen, z. B. Wohnungsanmeldungen. Die für die Leistungserbringung notwendigen allgemeinen Geschäftsausgaben (Papier, Toner, EDV-Dienstleistungen, etc.) unterliegen ständigen Preissteigerungen und belasten das Budget zunehmend. Dennoch ist das Sachkostenbudget 2012 ausgeglichen.

4. Mit der Bereinigung des Personalkostenbudgets 2012 um Kostenanteile, die vom Bürgeramt nicht zu beeinflussen waren, konnte der personalkostenbedingte Verlustvortrag aus 2011 ausgeglichen und das Gesamtergebnis 2012 insgesamt positiv gestaltet werden.

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Angesichts der bevorstehenden Landtags- und Bezirkswahlen mit Volksentscheid und der Bundestagswahl ist 2013 mit einer deutlichen zusätzlichen Belastung des Sach- und Personalkostenbudgets zu rechnen. Der vorgesehene Übertrag aus 2012 ist dafür dringend notwendig.

**Anlagen:**  
**Budgetabrechnung**  
**Sonderrücklage Budgetergebnisse**

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema

33_BUDGET1	
Erträge	Aufwendungen
1.957.000,00	-753.000,00
	52.830,78
	508,52
0,00	53.339,30

Budgetvolumen Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2012

1.204.000,00	<b>Beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Plan")</b> Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)
	Genehmigungsnr. 21 (MUmb. f. SK 551701 / Zinsaufwendungen v. SK 541201 - Ausbuchung Verlustvortrag gem. STR-Beschluss vom 28.06.2012)
	Genehmigungsnr. 54 (MUmb. f. IP 111.350 / Amt 24 v. SK 541201 - Anschaffung von Büromöbeln)
	Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)

58/116

1.957.000,00	-699.660,70
2.303.083,89	-1.084.338,51
346.083,89	-384.677,81

<u>Budgetabrechnung 2012</u>	
1.257.339,30	<b>Fortgeschriebenenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "Fortgeschriebener Plan")</b>
1.218.745,38	<b>Erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (Bewegungen) aus nsk (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Ist")</b>
	Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) Mehraufwendungen (-) / Minderaufwendungen (+)
-38.593,92	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b> Bereinigungen Sachmittelbudget:
-38.593,92	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
-145.807,55	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b> Bereinigungen Personalmittelbudget
223.400,00	HWA 14.05.2013: Nach Rücksprache mit Ref OBM/ZV und Abt.113 wird das Personalkostenbudget wegen des Unterschiedes zwischen dem Stellenwert und der Stellenbesetzung (Beamte/Tarifbeschäftigte) um 223.400 Euro bereinigt.
77.592,45	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
38.998,53	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + Teilergebnis II)</b>
-27.298,97	abzüglich 70 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
	abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen) plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
11.699,56	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

# Sonderrücklage Budgetergebnisse

Stand:12.6.2013

Ö  
16.2

Amt 33

Datum d. Eintrags	Anfangsbestand zum 01.01.2012	Zugang:	Abgang:	Aktueller Stand in EURO	Erläuterungen
					<b>Haushaltsjahr 2012:</b>
01.01.2012	899,32 €			899,32 €	Stand der Rücklage am 01.01.2012
					Übertrag Budgetergebnis 2012
					Entnahme aufgrund Jahresrechnung 2012
	<b>899,32 €</b>			<b>899,32 €</b>	<b>gegenwärtiger Stand:</b>

59/116

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
IV / 41

Verantwortliche/r:  
Kultur- und Freizeitam

Vorlagennummer:  
41/024/2013/1

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes 41 (Kultur- und Freizeitam)

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	08.05.2013	Ö	Gutachten	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 20

#### I. Antrag

Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von 41.516,44 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 16.259,44 EUR vor.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Übertrag des negativen Gesamtbudgetergebnisses zu 100 % als Verlust in das nächste Haushaltsjahr soll dem Fachamt einen Anreiz zu verstärkter Wirtschaftlichkeit bieten.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 41 beträgt -86.521,58 EUR (2011: -40.129,18 EUR, 2010: -89.317,69 EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Nicht vorhersehbarer Rückgang der Erträge in den Bereichen:

Übernachtungen / Wirtschaftsbetrieb / Frankenhof	ca. 40.000,-- EUR
Jugendkunstschule / Jazzbandball	ca. 20.000,-- EUR
Kunstpalais (Katalogverkauf)	ca. 15.000,-- EUR

In den Investitionshaushalt wurden 0 EUR übertragen (2011: 0 EUR, 2010: 10.000,-- EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 41 beträgt 45.005,14 EUR (2011: 12.561,08 EUR, 2010: 68.131,28 EUR).

Es ist zurückzuführen auf Ansatzveränderungen und Bereinigungen zu Gunsten des Amtes. Für Amt 41 wurden im Jahr 2012 nach den entsprechenden Regelungen insgesamt sechs Wiederbesetzungssperren ausgesprochen. Das Personalkostenbudget wurde deshalb um 31.475,-- EUR gekürzt.

Lediglich eine dieser Wiederbesetzungssperren im Bereich der Verwaltung (Kürzungsbetrag 6.218,-- EUR) konnte voll inhaltlich umgesetzt werden.

Bei den verbleibenden fünf Wiederbesetzungssperren (Sing- und Musikschule, Abenteuer-spielplätze, Kunstpalais und Servicebüro) war eine Umsetzung im Hinblick auf die Aspekte Bildung, Schließung von Einrichtungen und Publikumsservice ohne Nachteile für die Bürger-schaft nicht möglich.

Es wird deshalb gebeten, den verbleibenden Kürzungsbetrag in Höhe von 25.257,-- EUR rückgängig zu machen, dem Personalkostenbudget gutzuschreiben und somit zur Verringe- rung des Verlustvortrages heranzuziehen.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2012 konnte wie geplant erfüllt werden.

2.4 Der vorgesehene Verlustvortrag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant::

2.5.1 Inanspruchnahme der auch 2013 geltenden Ansatzveränderungen des Personal- kostenbudgets (siehe 2.2)

2.5.2

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 41 in 2012

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2012	0
geplante Entnahmen 2012 aufgrund Fachausschussbeschluss	
für 0 EUR	
für 0 EUR	
für 0 EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbe- schluss	0
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0
= gegenwärtiger Rücklagenstand	0
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant:	
2.6.1	0

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Verlustvortrag nach 2013 i.H.v. 16.259,44 EUR

(der Verlustvortrag wird durch Mittelentzug aus dem laufenden Budget 2013 umgesetzt)

**Anlagen:** Budgetdokumentation 2012

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 08.05.2013

#### **Protokollvermerk:**

Die Angelegenheit wird in den Stadtrat am 27.06.2013 verwiesen.

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeissl  
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema

41 BUDGET1

Erträge 1.286.400,00

Aufwendungen -1.922.600,00

20.000,00

Zeile 265 0,00 20.000,00

Budgetvolumen Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2012

-656.200,00

Beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX\_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT\_6, Spalte "2012/Plan")  
Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftfilter AP/UP/USperre)  
Genehmigungsnr. 19 (MUmb. f. SK 551701 / Zinsaufwendungen v. SK 501911 - Ausbuchung Verlustvortrag gem. STF-Beschluss vom 28.06.2012)

Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftfilter AP/UP/USperre)

Budgetabrechnung 2012

-616.200,00

Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX\_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT\_6, Spalte "Fortgeschriebener Plan")

Zeile 270 1.416.543,85 -2.122.241,87

-705.698,02

Erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtetes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (Bewegungen) aus nsk (Kontenschema XX\_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT\_6, Spalte "2012/Ist")

130.143,85

-219.641,87

Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)

Mehraufwendungen (-) / Minderaufwendungen (+)

Ergebnis Sachmittelbudget

Bereinigungen Sachmittelbudget:

Zeile 279

-89.498,02

Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I

Zeile 281

12.238,81

Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)

Bereinigungen Personalmittelbudget  
Ersatlung Sing- und Musiklehrkräfte Anteil Gemeinde Mährendorf

Zeile 286

45.005,14

Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II

Zeile 288

-44.492,88

Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + Teilergebnis II)

abzüglich 70 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)

abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)

plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)

Zeile 294

-44.492,88

Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat -VERLUSTVORTRAG-

IV/ORa-T. 1021

Erlangen, 24.04.2013

41/024/2013

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012  
des Amtes 41 - Kultur- und Freizeitamt**

**I. Protokollvermerk aus der 3. Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses  
Tagesordnungspunkt 4.1 - öffentlich -**

**Protokollvermerk:**

Es erfolgt keine Begutachtung. Die Angelegenheit wird zur Begutachtung/Beschlussfassung in den HfPA 08.05.2013 und StR 15.05.2013 verwiesen.

Amt 41 wird gebeten, hierzu noch Vergleichszahlen 2011/2012 zum Wirtschafts- und Übernachtungsbetrieb Frankenhof vorzulegen.

II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.

III. **Kopie an Amt 41 z. K. u. z. Weiteren**

Vorsitzende/r:

gez.

.....  
Bürgermeisterin  
Aßmus

Schriftführer/in:

gez.

.....  
Obringer

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
IV/44/VJ004

Verantwortliche/r:  
Frau Janka Voigt

Vorlagennummer:  
44/051/2013/1

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes 44

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	08.05.2013	Ö	Gutachten	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt 20

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2012 des Amtes 44 i.H.v. -149.475,77 EUR und dem von der Kämmerei vorgesehenen Verlustvortrag entsprechend den Budgetierungsregeln von -149.475,77 EUR wird nicht zugestimmt.

Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -149.475,77 € schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von - 78.475,77 EUR vor.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Umstände, die das Theater nicht zu verantworten hat, belasteten den Sachkostenetat wie folgt:

Die Brandschutzsanierungsarbeiten im Markgrafentheater bedingten über zwei Jahre erhöhte Personalkosten im Bereich Bühnen-, Licht- und Ton-technik sowie Technische Leitung. Da die Gesamtabrechnung erst nach Abschluss der Maßnahme erfolgen konnte, wurden die auf 2011 entfallenen Kosten in voller Höhe in 2012 übertragen. Die Schätzung basiert auf einer detaillierten Zeitaufstellung des ehemaligen Technischen Leiters Ernst Schießl, die auf Wunsch vorgelegt werden kann.	36.000,00 €
Durch die Schließung des unteren Foyers während der Brandschutzarbeiten wurden in der Spielzeit 2011/12 fünf zusätzliche Logenschließer benötigt, um die neuen Eingänge zu besetzen.	15.000,00 €
Wegen der Frequenzumstellung des Bundes wurde die Umrüstung der Funkmikrofonanlage nötig. sowie Ausfall des Hubpodiums (20.000 € wurden wegen unzureichender Investitionsmittel aus dem Sachkostenbudget ausgebucht)	20.000,00 €
<b>Summe:</b>	<b>71.000,00 €</b>

Unvermeidliche Kosten außerhalb der normalen Geschäftstätigkeit des Fachamtes sollten nicht in das Folgejahr übertragen werden. Der Übertrag des negativen Gesamtbudgetergebnisses zu

58,5 % bietet dem Fachamt einen Anreiz zu verstärkter Wirtschaftlichkeit und bestärkt es im Ziel eines konsolidierten Haushaltes spätestens zum Ende der Intendanz von Katja Ott. Bereinigt um den Verlustvortrag von 2011 ist das Theater diesem Ziel in 2012 näher gekommen.

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 44 beträgt -324.257,69 EUR (2011: -264.482,02 EUR 2010: -296.945,51 EUR).

2.2 In den Investitionshaushalt wurden 20.000 EUR übertragen (2011: 462,81 EUR, 2010: 19.006,18 EUR).

2.3 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 44 beträgt 174.781,92 EUR (2011: 169.022,93 EUR, 2010: 144.643,52 EUR).

Es ist zurückzuführen auf: Krankheitsbedingte Ausfälle des nach TVÖD beschäftigten Personals (über 6 Wochen - Krankengeldbezug), dem gegenüber jedoch entsprechende erhöhte Kosten im Sachkostenbudget in den Positionen Technische Aushilfen und Künstlerisches Personal (hier wurden Gastverträge nach Bühnentarifrecht bei manchen Aushilfstätigkeiten geschlossen).

Der Abschluss des Personalkostenbudgetergebnisses der vergangenen Jahre spiegelt eine zunehmende Verschiebung von TVÖD in Richtung NV-Bühne-Verträge wider. Nach erfolgter Aufgabenkritik im Jahre 2004 hat Amt 11 eine Einstellung auf Basis des Bühnentarifvertrages in zunehmenden Umfang soweit dies tariflich möglich befürwortet. Das Theater ist dadurch flexibler (aufgrund einer grundsätzlichen Befristung der Beschäftigungsverhältnisse nach den NV-Bühne, sowie keine Tarifautomatik hinsichtlich einer automatischen Höhergruppierung). Bei freiwerdenden TVÖD Stellen wird prinzipiell geprüft, ob hierfür nicht auch ein NV-Bühne-Vertrag abgeschlossen werden kann.

Die Verbuchung der Gagen der künstlerischen Mitarbeiter, die auf der Basis des NV-Bühne beschäftigt werden, erfolgt aus dem Sachkostenbudget.

2.4 Das Arbeitsprogramm 2012 konnte wie geplant/mit folgenden Änderungen erfüllt werden:

- AS 5: Die 1. Erlanger Jugendkulturwoche COOL-tur 2013 wurde in Absprache mit dem Referat IV aufgrund der allgemeinen Arbeitsbelastung aller beteiligten Ämter auf unbestimmte Zeit verschoben.

- AS 7: Der Abschluss des Kontrakts für das Theater Erlangen ab dem Haushaltsjahr 2013 konnte aufgrund der seit Anfang des Jahres nicht besetzten Stelle der Kaufmännischen Geschäftsführung nicht umgesetzt werden.

2.5 Der vorgesehene Verlustvortrag beträgt - 78.475,77 €

2.5 Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant::

2.5.1 Minderausgaben im Zeitraum 01.01.2013 -. 31.12.2013

2.5.2 Mehreinnahmen im Zeitraum 01.01.2013 – 31.12.2013

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 44 in 2012

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2012	0.-
geplante Entnahmen 2012 aufgrund Fachausschussbeschluss vom für	EUR
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0.-
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0.-

= gegenwärtiger Rücklagenstand	0,-
Folgende Verwendung des gegenwärtigen Rücklagenstandes ist geplant: 2.6.1	0,-

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Verlustvortrag nach 2013 i.H.v. -78.475,77 EUR

(Der Verlustvortrag wird durch Mittelentzug aus dem laufenden Budget 2013 umgesetzt.)

#### Anlagen:

**Budgetabrechnung 2012 Amt 44**

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 08.05.2013

#### Protokollvermerk:

Die Angelegenheit wird in den Stadtrat am 27.06.2013 verwiesen.

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeißl  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Budgetvolumen	<u>Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2012</u>
44_BUDGET1				
Erträge	Aufwendungen			
1.114.000,00	-2.214.000,00		-1.100.000,00	<b>Beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Plan")</b>
	95.459,09			Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)
	20.000,00			Genehmigungsnr. 32 (MUmb. f. SK 551701 / Zinsaufwendungen v. SK 527121 - Ausbuchung Verlustvortrag gem. STR-Beschluss vom 28.06.2012 i. V. m. KFA-Beschluss v. 02.05.2012)
	-37.000,00			Genehmigungsnr. 86 (MUmb. f. IP 261.351 v. SK 527121 - Neuanschaffung Hebebühne Markgrafentheater und Kosten für Frequenzumstellung)
				Genehmigungsnr. 108 (MUmb. f. SK 501911 v. SK 401301 / Amt 20 - Tarifierhöhungskosten künstlerisches Personal, HFPA-Beschluss 12.12.2012)
Zeile 265	0,00	78.459,09		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)

			<u>Budgetabrechnung 2012</u>	
Zeile 268	1.114.000,00	-2.135.540,91	-1.021.540,91	<b>Fortgeschriebenenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "Fortgeschriebener Plan")</b>
Zeile 270	1.202.509,37	-2.548.307,97	-1.345.798,60	<b>Erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (Bewegungen) aus nsk (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Ist")</b>
	88.509,37	-412.767,06		Mehrerträge (+) / Mindererträge (-) Mehraufwendungen (-) / Minderaufwendungen (+)
Zeile 274			-324.257,69	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b>
				Bereinigungen Sachmittelbudget:
Zeile 279			-324.257,69	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
Zeile 281			174.781,92	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b>
				Bereinigungen Personalmittelbudget
Zeile 286			174.781,92	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
Zeile 288			-149.475,77	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + Teilergebnis II)</b>
				abzüglich 70 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 294			-149.475,77	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat -VERLUSTVORTRAG-</b>

08/116

IV/ORa-T. 1021

Erlangen, 24.04.2013

44/051/2013

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012  
des Amtes 44 - Theater Erlangen**

**I. Protokollvermerk aus der 3. Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses  
Tagesordnungspunkt 4.4 - öffentlich -**

**Protokollvermerk:**

1. Es erfolgt keine Begutachtung. Die Angelegenheit wird zur Begutachtung/Beschlussfassung in den HFPA 08.05.2013 und StR 15.05.2013 verwiesen.
2. Bei dem von der Verwaltung beantragten Verlustvortrag in Höhe von – 87.475,77 Euro handelt es sich um einen Zahlendreher. Richtig muss es heißen: - **78.475,77** Euro (149.475,77 ./.  
71.000,00 = 78.475,77 €)
3. StR Heinze bittet um eine Stellungnahme des Personalrats zu den Verschiebungen von TVöD-Verträgen in Richtung NV-Bühne.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. Kopie an Amt 44/GF z. K. u. zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Bürgermeisterin  
Aßmus

Schriftführer/in:

gez.

.....

Obringer

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
IV/451/JAB-T. 2157

Verantwortliche/r:  
Herr Dr. Andreas Jakob

Vorlagennummer:  
451/014/2013/1

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 der Abt. 451

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	08.05.2013	Ö	Gutachten	verwiesen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Amt 20

#### I. Antrag

Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von **-103.964,74** EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 0 Euro vor.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

Der teilweise oder gar vollständige Übertrag des negativen Gesamtbudgetergebnisses als Verlust in das nächste Haushaltsjahr kann dem Fachamt keinen Anreiz zu verstärkter Wirtschaftlichkeit bieten, da eine Reduzierung seiner Aufgaben und damit der Kosten nicht im entsprechenden Maße möglich ist und für das nächste Haushaltsjahr wieder ein Defizit zu befürchten wäre.

##### **Begründung**

Das erwirtschaftete Defizit erklärt sich einerseits aus den im Zusammenhang mit dem Archivumzug ungewöhnlichen Ausgaben, andererseits aus der bislang zu geringen Finanzausstattung des Amtes. Ein Minus in Höhe von 70.000 Euro war bereits im KUF vom 7.11.2012 angemeldet worden. Der Rest in Höhe von etwa 34.000 Euro ergibt sich aus zusätzlichen Personalkosten. Das Defizit wäre um 25.000 Euro geringer ausgefallen, hätte das Archiv nicht 2012 freiwillig zugestimmt, diesen Betrag als die Hälfte eines 2011 wegen der Schimmelsanierung erwirtschafteten Defizits als Verlustvortrag zu übernehmen.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

- 2.1 Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2012 der Abt. 451 beträgt **-66.470,08** EUR (2011: **-5.800,21** EUR, 2010: **19.429,40** EUR).

Es ist zurückzuführen auf im Zusammenhang mit dem Archivumzug stehende Aufgaben und Kosten. Ein Defizit in Höhe von 70.000 Euro wurde im KFA vom 7.11.2012 angemeldet. In den Investitionshaushalt wurden 19.200 Euro übertragen (2011: 5.000 EUR, 2010: 5.000 EUR).

- 2.2 Das bereinigte Personalkostenbudgetergebnis 2012 der Abt. 451 beträgt **-37.494,66** EUR (2011: **-45.008,37** EUR, 2010: **53.288,01** EUR).

Es ist zurückzuführen auf:

Für den Umzug wurden zwei Hilfskräfte befristet eingestellt. Außerdem musste der FAMI nach Beendigung seiner Ausbildung bis zum Antritt seiner Stelle bezahlt werden.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2012 konnte wie geplant erfüllt werden:

Der Archivumzug wurde mit Ausnahme der durch das Kellerproblem blockierten Bestände durchgeführt, am neuen Standort wurde ein funktionierender Dienstbetrieb aufgebaut, die neue Archivsatzung sowie die Gebührensatzung wurden verabschiedet. Mit Schulen, der Universität und anderen wurden eine Reihe von Projekten durchgeführt (Ausstellungen, Vorträge, Führungen usw.).

2.4 Der vorgesehene Verlustvortrag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen.

2.5 Zum Ausgleich des Verlustvortrages sind folgende Maßnahmen geplant:

2.5.1 Ohne starke Eingriffe in die Aufgaben des Archivs ist ein Ausgleich nicht möglich.

2.5.2

2.5.3

2.6 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage der Abt. 451 in 2012

	Betrag in EUR
Stand am 01.01.2012	0,00
geplante Entnahmen 2012 aufgrund Fachausschussbeschluss vom (02.05.2012)	
für 0,00 EUR	
Für 0,00 EUR	
Für 0,00 EUR	
./. abzüglich der tatsächlichen Entnahmen aufgrund Fachausschussbeschluss	0,00
./.abzüglich Rücklagenentnahme zur Reduzierung des Verlustausgleichs	0,00
= gegenwärtiger Rücklagenstand	0,00
Entfällt	

### 3. Prozesse und Strukturen

Die Aufgaben des Archivs sollen planmäßig erfüllt werden.

### 4. Ressourcen

Aufgrund der vom Stadtrat für 2013 beschlossenen dauerhaften Budgeterhöhung wird erwartet, dass das Arbeitsprogramm 2013 ohne weiteres Defizit mit den vorhandenen Ressourcen umgesetzt werden kann.

Verlustvortrag nach 2013 i.H.v. 0,00 EUR

(der Verlustvortrag wird durch Mittelentzug aus dem laufenden Budget 2013 umgesetzt)

Anlagen: Budgetabrechnung 2012

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Haupt-, Finanz- und Personalausschuss am 08.05.2013

#### **Protokollvermerk:**

Die Angelegenheit wird in den Stadtrat am 27.06.2013 verwiesen.

gez. Aßmus  
Vorsitzende/r

gez. Dr. Rossmeißl  
Berichtersteller/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang



IV/ORa-T. 1021

Erlangen, 24.04.2013

451/014/2013

**Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012  
der Abt. 451 - Stadtarchiv**

**I. Protokollvermerk aus der 3. Sitzung des Kultur- und Freizeitausschusses  
Tagesordnungspunkt 4.5 - öffentlich -**

**Protokollvermerk:**

Es erfolgt keine Begutachtung. Die Angelegenheit wird zur Begutachtung/Beschlussfassung in den HfPA 08.05.2013 und StR 13.05.2013 verwiesen.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. Kopie an Abt. 451 z. K. u. zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Bürgermeisterin  
Aßmus

Schriftführer/in:

gez.

.....

Obringer

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
V/50/VO001 T.2249

Verantwortliche/r:  
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:  
50/126/2013/1

### Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes 50

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Ref. II

#### I. Antrag

Dem bereinigten Gesamtbudgetergebnis 2012 des Amtes 50 i. H. v. 557.176,64 EUR und dem vorgesehenen Übertrag von 167.152,99 EUR wird zugestimmt. Der einseitigen Sonderkürzung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes 50 um 100.000 EUR wird nicht zugestimmt, da sie den vom Stadtrat beschlossenen Budgetierungsregeln widerspricht.

Mit dem Vorschlag zur Verwendung des Budgetübertrages 2012 i. H. v. 167.152,99 EUR und der nicht anderweitig gebundenen Restmittel in der Budgetrücklage des Amtes 50 besteht, vorbehaltlich der Beschlussfassung über die Übertragung der Budgetergebnisse durch den Stadtrat, Einverständnis

Eine endgültige Beratung und Beschlussfassung über den Übertrag erfolgt in Haupt-, Finanz- und Personalausschuss und Stadtrat.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Mit der Möglichkeit, 30 % des positiven Budgetergebnisses für sinnvolle Aufgaben des nächsten Jahres verwenden zu können, soll das verantwortungsvolle Wirtschaften des Fachamtes unterstützt und anerkannt werden.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

2.1. Ein Teil der Bundesmittel für Bildungs- und Teilhabeleistungen (Schulsozialarbeit und Mittagessen in Horten) ist komplett an das Stadtjugendamt weiter zu leiten. Da bis zum Jahresende noch nicht alle diese Gelder von Amt 51 abgerufen waren, musste das Sachkostenergebnis – im Einvernehmen mit der Kämmerei – noch um eine Rechnungsabgrenzung in Höhe von 118.867,03 € korrigiert werden. Das bereinigte Sachkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 50 beträgt 570.987,38 EUR zum Vergleich: 2011: 1.230.736,38 EUR

2010: 1.308.439,65 EUR

2009: 2.921.372,25 EUR

Ref. II geht mit folgender Begründung von einem um 100.000 EUR geringeren Ergebnis des Sachkostenbudgets aus (also von 470.854,41 EUR): Anfang 2013 zeichnete sich ein erheblicher Rückgang bei den Bundeserstattungen für Bildungs- und Teilhabeausgaben im neu-

en Jahr ab. Um in der Endphase der HH-Beratungen 2013 diese künftige Einnahmемinderung leichter refinanzieren zu können, wurde in der HFPA-Sitzung im Januar 2013 auf **Vorschlag des Kämmerers** beschlossen, zum Ausgleich für diese erwarteten Kürzungen an Bundesmitteln das Budgetergebnis 2012 des Sozialamtes mit einer **einseitigen Sonderkürzung von 100.000 EUR** zu belegen. Dieses Vorgehen **widerspricht dem Stadtratsbeschluss über die Budgetierungsregeln**. Die Verwaltung schlägt deshalb vor, bei der Feststellung des Budgetergebnisses 2012 von der ungekürzten Summe von 570.987,38 EUR auszugehen.

Das Budgetergebnis bei den Sachkosten ist zurückzuführen auf:

Das Sachkostenbudget des Sozialamtes (inkl. der Hartz IV-Ausgaben) umfasst überwiegend gesetzlich festgelegte Leistungsansprüche. Die Inanspruchnahme ist deshalb stark abhängig von der, sich im Laufe des Jahres entwickelnden Anzahl der Leistungsbezieher, ist deshalb schwierig im Vorhinein zu kalkulieren und ist durch die Verwaltung auch nur in geringem Umfang zu beeinflussen.

So war im Laufe des Jahres 2012 kein spürbarer Rückgang an SGB II-Bedarfsgemeinschaften mehr festzustellen, der sich zugunsten des kommunalen Budgets hätte auswirken können. Der von der Kommune zu erbringende SGB II-Aufwand stieg im Jahr 2012 insgesamt um ca. 0,2 Mio EUR, während der finanzielle Aufwand des Bundes in Erlangen im gleichen Zeitraum um ca. 0,9 Mio EUR sank. Der kommunale Kostenanteil an den Gesamtkosten für den SGB II-Vollzug in Erlangen, der sich in den Anfangsjahren 2005/2006 noch bei ca. 22 % bewegt hatte, ist stetig auf mittlerweile über 29,2 % im Jahr 2012 angewachsen.

In den Investitionshaushalt wurden 0 EUR übertragen (2011: 0 EUR, 2010: 0 EUR).

2.2 Das ber. Personalkostenbudgetergebnis 2012 des Amtes 50 beträgt – 13.810,74 EUR

zum Vergleich:	2011: – 97.617,29 EUR
	2010: - 103,62 EUR
	2009: + 77.137,44 EUR

Es ist zurückzuführen auf:

Diese Kostenüberschreitung bei den Personalkosten von ca. 13.800 € entspricht nach den Feststellungen der Personalverwaltung einer Überziehung des Ansatzes um 0,43 %. Diese Überziehung ist bereits dadurch vollständig erklärt, dass der Stadtrat bei der Verabschiedung des HH 2012 die Personalkosten pauschal um 3,0 % gekürzt hat (das entspricht bei uns ca. 87.500 €), um die Ämter zu sparsamem Personaleinsatz zu motivieren.

Tatsächlich waren wir aber zur Aufrechterhaltung des gesetzlichen Leistungsspektrums, zur Umsetzung neuer Aufgaben (für die es noch keine Planstellen gab), aber vor allem zum Ausgleich längerfristiger Ausfälle (Krankheit, Burnout usw.) gezwungen ca. 18.200 € für geleistete Überstunden auszugeben, sowie insgesamt ca. 45.300 € für überplanmäßiges Personal zulasten des Budgets aufzuwenden..

Im Übrigen wäre es nach Auffassung des Sozialamtes ein Gebot der Fairness und der Gleichbehandlung, die Personalkostenbudgets der Ämter nicht nur mit dem Aufwand für die Leistungsprämien der Tarifbeschäftigten auszustatten, sondern auch mit einem Betrag für die Leistungsprämien der Beamten (unsere Budgetbelastung in 2012: ca. 10.500 € bei insgesamt 55 Beamtinnen und Beamten) aufzustocken.

Schließlich ist darauf hinzuweisen, dass die Budgetierung der Personalkosten und die damit verbundene Verantwortung der Amtsleitung es eigentlich erfordert, dass mindestens nach jedem Quartal – und nicht erst nach Ablauf des Jahres – vom Personalamt eine Soll/Ist-Übersicht zur Verfügung gestellt wird.

2.3 Das Arbeitsprogramm 2012 konnte im Wesentlichen wie geplant erfüllt werden.

2.4 Der vorgesehene Übertragungsvorschlag ist der beiliegenden Budgetabrechnung der Kämmerei zu entnehmen. Unter Berücksichtigung der 70 %igen Rückgabe an den Haushalt – und ohne Berücksichtigung der einseitigen Sonderkürzung von 100.000 EUR - beläuft sich das zu übertragende Gesamtergebnis aus dem Budget 2012 des Amtes 50 auf insgesamt 167.153,00 EUR, bei einer gleichzeitigen Rückgabe von 390.023,64 EUR an den Gesamthaushalt.

## 2.5 Entwicklung der Budgetergebnisrücklage des Amtes 50 in 2012

	Betrag in EUR	
Stand am 01.01.2012		182.504,35 €
Zuführung aus dem Budgetergebnis 2011 lt. StR-Beschluss vom 28.6.2012	+ 226.623,82 €	
Tatsächliche Entnahmen in 2012 entspr. den Festlegungen des SGA-Beschlusses vom 16.5.2012	- 109.206,04 €	
Stand zum 01.01.2013		299.922,13 €
Tatsächlich bis heute erfolgte Entnahmen in 2013 entspr. den Festlegungen des SGA-Beschlusses vom 16.5.2012	- 14.313,25 €	285.608,88 €
Noch ausstehende Zahlungen aus der Budgetrücklage entsprechend den Festlegungen des SGA-Beschlusses vom 16.5.2012 (siehe unten unter 2.6)	- 190.804,89 €	
= gegenwärtig freier Rücklagenstand (Stand 05.06.2013)		94.803,99 €
Vorgeschlagene Zuführung aus dem Budgetergebnis 2012	+ 167.153,00 €	
Verfügbare Rücklage nach der Stadtratsentscheidung am 27.6.2013 über das Ergebnis 2012 (siehe unten unter 2.7)		261.956,99 €

## 2.6 Folgende Verwendungen aus der Budgetrücklage sind noch zu leisten, sind aber durch den SGA-Beschluss vom 16.5.2012 bereits gedeckt:

2.6.1 Restzahlung 2013 für Benchmark-Vergleichsring „Sozialämter deutscher Großstädte“	3.500,- €
2.6.2 Zuschuss Access	5.000,- €
2.6.3 Personalkostenzuschuss an Behindertenverbände zur Begleitung der Inclusionsbemühungen in Erlangen	35.000,- €
2.6.4 Einrichtung und Möblierung der neuen Büros für Seniorenbetreuerinnen, u.a. im Röthelheimtreff und in der Isarstr.	35.000,- €
2.6.5 Sonderrücklage Seniorenbeirat In den Vorjahren nicht ausgegebene Gelder des Seniorenbeirats (z.B. Preisgelder, Spendeneinnahmen usw) sind im Rahmen der Budgetabrechnungen verfallen. In Absprache mit der Kämmerei sollen diese Mittel über die Budgetrücklage des Sozialamtes wieder dem Seniorenbeirat zur Verfügung stehen.	9.250,29 €
2.6.6 Modellversuch Lernförderung - Finanzreserve (siehe gesonderter TOP der heutigen SGA-Sitzung)	20.000,- €
2.6.7 Sanierungsprojekt Verfügungswohnungen	38.054,60 €

ungedeckte Personalkosten für die zusätzlich beschäftigte sozialpädagogische Fachkraft	
2.6.8 Sanierungsprojekt Verfügungswohnungen Sachkosten zu Unterstützung der notwendigen Umzugsfälle, Hilfe bei Entsorgungs- und Transportkosten usw. Personalkosten für evtl. erforderlichen Helfereinsatz	25.000,- €
2.6.9 Prosoz-Umstellung in der Abt. 501 Kosten für notwendige Nachschulungen	10.000,- €
2.6.10 Wöhrmühle Einrichtung von Unterkunftsräumen für Frauen (Die Maßnahme kann vorerst aus technischen Gründen nicht umgesetzt werden)	0,- €
2.6.11 Umstellung ViaPro in Abt. 503 Softwareumstellung im Bereich Obdachlosenhilfe	10.000,- €
Zwischensumme 2.6.1 bis 2.6.11:	190.804,89 €

**2.7 Folgende neuen Verwendungen des Budgetübertrags, bzw. des Rücklagenbestandes in 2013 werden vorgeschlagen:**

2.7.1 Renovierungskosten Bayreutherstr. (Verfügungswohnungen der Stadt): Sanierung der Duschen, Außenbereich	20.000,- €
2.7.2 Fortbildungskosten für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamts	25.000,- €
2.7.3 Kosten von Supervisionen für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Sozialamts	15.000,- €
2.7.4 mobile Klimaanlage (Ventilatoren) in Büroräumen mit Süd- oder West-Fensterfront	3.000,- €
2.7.5 Möbelausstattung von Büroräumen	5.956,99 €
2.7.6 Zuschuss Access	5.000,- €
2.7.7 Benchmark-Teilnahme Abt. 502 in 2014 Fortführung der Vergleichsringarbeit der Sozialämter mittelgroßer Großstädte in Deutschland	6.000,- €
2.7.8 Wöhrmühle Erneuerung der vorhandenen Duschen	15.000,- €
2.7.9 Asylbewerberunterkunft in der Michael-Vogel-Str. 59 Notwendige Verbesserungen und bauliche Ergänzungen (z. B. Fahrradständer, Außenanlagen usw.)	25.000,- €
2.7.10 Asylbewerberbetreuung Zusätzlicher Einsatz eines/r Praktikanten in der AWO-Asylbewerberbetreuungsstelle des Sozialamtes	6.000,- €
2.7.11 Zuschuss Obdachlosenhilfe Erlangen e.V. durch den erzwungenen Umzug der Tagesstätte sind	6.000,- €

nicht eingeplante Mehrkosten abzudecken	
2.7.12 Projekt „Wohnen für Hilfe“ Sachmittel und Werbungskosten	8.000,- €
2.7.13 Öffentlichkeitsarbeit im Senioren- und Behindertenbereich	10.000,- €
2.7.14 Neuauflage des Stadtplans „barrierefreies Erlangen“	7.000,- €
2.7.15 jährlicher Aktionstag des Behindertenforums Erlangen	7.000,- €
2.7.16 Kostenübernahme für den Einsatz von Gebärdendolmetscher in städtischen Ämtern	3.000,- €
2.7.17 Kostenübernahme für evtl. bauliche Anpassungen oder für die Beschaffung von Spezialausstattungen an Schulen in Erlangen (z. B. Blindenschreibmaschinen, PC-Ausstattungen usw.) zur Erleichterung der Inclusion	95.000,- €
<b>Sollte der SGA oder der Stadtrat – wie vom Kämmerer vorgeschlagen – der einseitigen Sonderkürzung im Budgetergebnis des Sozialamtes um 100.000 EUR zustimmen (siehe Ziffer 2.1 der Vorlage), wird dadurch automatisch der unter 2.7.17 vorgesehene Betrag um 30.000 EUR reduziert</b>	
Zwischensumme 2.7.1 bis 2.7.17:	261.956,99 €

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Budgetrücklagenzuführung i. H. v. 167.152,99 EUR

(wird gebucht im Rahmen der Abschlussarbeiten zum Haushalt 2012)

#### Stellungnahme der Kämmerei

Amt 50 hat im SGA auf die voraussichtlich im Jahr 2013 entstehende finanzielle Problematik bei den Bildungs- und Teilhabeleistungen hingewiesen und eine entsprechende Ausschussvorlage zur Verbesserung des Budgets des Amts 50 im Jahr 2013 – ohne Beteiligung des Finanzreferats – eingebracht.

Einhergehend mit der Verbesserung des Budgets des Sozialamtes 2013 hat der HFPA eine Kürzung des (positiven) Budgetübertrags 2012 des Amts 50 begutachtet. Protokollvermerk: „Die beantragten 100.000 € werden mit einem evtl. Budgetüberschuss 2012 verrechnet.“ Die Abstimmung im HFPA erfolgte **12:0**. Laut Auskunft Amt 13 wurde dieser Protokollvermerk Amt 50 zeitnah übersandt. Der Stadtrat hat im Zuge der Haushaltsberatungen 2013 dieses Gutachten – mit Protokollvermerk – am 7.2.2013 zum Beschluss erhoben.

Die Kämmerei hat entsprechend der Beschlusslage gehandelt und Amt 50 mehrmals auf diese Sachlage hingewiesen.

**Anlagen:** 1. Budgetabrechnung 2012  
2. Budgetrücklage 2012

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Kontenschema			Budgetvolumen	
50_BUDGET1			<u>Budgetrelevante Änderungen im Laufe des Jahres 2012</u>	
Erträge	Aufwendungen			
30.376.400,00	-40.724.000,00		-10.347.600,00	<b>Beschlossenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Plan")</b> Veränderungen im Laufe des Abrechnungszeitraums (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)
	1.059,00			Genehmigungsnr. 39 (MUmb. f. SK 531601 / KBit u. SK 551701 / Zinsaufwendungen v. SK 541201 - Anschaffung Farblaserdrucker)
14.689,22				Genehmigungsnr. 41 (MUmb. f. IP 366B.K350/Amt 51 v. SK 419161 - Teilabrechnung 01-08/2012 Bildungs- und Teilhabepaket für die Anschaffung von Möbeln für die Jugendsozialarbeit an Schulen)
2.663,01				Genehmigungsnr. 116 (MUmb. f. IP 366B.K350 / Amt 50 v. SK 419161 - Teilabrechnung 09- 12/2012 Bildungs- und Teilhabepaket für Anschaffung Flip Chart, Bausatz Seifenkisten, Digitalkamera und Camcorder Pestalozzischule / Hermann-Hedenus-Schule)
	-84.468,15			Genehmigungsnr. 127 (MUmb. f. SK 541201 aus der Budgetrücklage - Schulungen, Fortbildungen, Projekte, Zuschüsse)
	2.957,27			Genehmigungsnr. 137 (MUmb. f. IP 312.K352 / Amt 24 v. SK 541201 - Büroeinrichtung SGB II - Möblierung Zi. Herr Eiselbrecher)
	1.407,71			Genehmigungsnr. 138 (MUmb. f. IP 312.K352 / Amt 24 v. SK 541201 - Büroeinrichtung SGB II - Möblierung Zi. 509 Fr. Hirsch)
	1.102,76			Genehmigungsnr. 139 (Mumb. f. IP 111.350 / Amt 24 v. SK 581101 - Möblierung HM-Büro Eggenreuther Weg 34)
311,25				Genehmigungsnr. 145 (MUmb. f. IP 366B.K350 / Amt 50 v. SK 419161 - Abrechnung Bildungs- und Teilhabepaket 2012 / Restbetrag )
Zeile 265	17.663,48	-77.941,41		Summe der Veränderungen im Abrechnungszeitraum (Mittelherkunftsfiler APL/ÜPL/Sperre)

			<u>Budgetabrechnung 2012</u>	
Zeile 268	30.394.063,48	-40.801.941,41	-10.407.877,93	<b>Fortgeschriebenes Sachmittelbudget (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "Fortgeschriebener Plan")</b>
Zeile 270	26.117.200,61	-35.835.224,13	-9.718.023,52	<b>Erwirtschaftetes Überschuss-/verbrauchtetes Zuschussbudget = Rechnungsergebnis (Bewegungen) aus nsk (Kontenschema XX_BUDGET1, Spaltenlayout SPALT_6, Spalte "2012/Ist")</b>
	-4.276.862,87			Mehrerträge (+) / Mindererträge (-)
		4.966.717,28		Mehraufwendungen (-) / Minderaufwendungen (+)
Zeile 274			689.854,41	<b>Ergebnis Sachmittelbudget</b> Bereinigungen Sachmittelbudget:
			-100.000,00	Bereinigung im Vorgriff auf die zu erwartenden Mindererträge aus dem Bildungs- und Teilhabepakt in 2013 (s. Änderungsantrag Nr. 50.18 zum Haushaltsplanentwurf 2013)
Zeile 279			589.854,41	<b>Bereinigtes Ergebnis Sachmittelbudget = Teilergebnis I</b>
Zeile 281			-39.150,66	<b>Ergebnis Personalmittelbudget (Wert kommt von Amt 11)</b> Bereinigungen Personalmittelbudget
			25.339,92	Erstattung von GEWOBAU/Fa. Niersberger
Zeile 286			-13.810,74	<b>Bereinigtes Ergebnis Personalmittelbudget = Teilergebnis II</b>
Zeile 288			576.043,67	<b>Bereinigtes Gesamtergebnis Personal- und Sachmittelbudget (Teilergebnis I + Teilergebnis II)</b>
			-403.230,57	abzüglich 70 % Rückgabe gemäß Budgetierungsregel (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				abzüglich freiwillige Rückgabe des Fachamtes (Rückgabe = Betrag mit Minuszeichen)
				plus Entnahme aus der Sonderrücklage des Fachamtes zur Reduzierung des negativen Ergebnisses (kein Vorzeichen)
Zeile 294			172.813,10	<b>Übertragungsvorschlag der Kämmerei für den Fachausschuss/HFPA/Stadtrat</b>

# Sonderrücklage Budgetergebnisse

Stand:12.6.2013

O  
16.6

Amt 50

Datum d. Eintrags	Anfangsbestand zum 01.01.2012	Zugang:	Abgang:	Aktueller Stand in EURO	Erläuterungen
					<b>Haushaltsjahr 2012:</b>
01.01.2012	409.128,17 €			409.128,17 €	Stand der Rücklage am 01.01.2012
14.12.2012			-7.535,12 €	401.593,05 €	MNB f. IP 261.404 "Theater, Generalsan., Baumaßnahme m. Brandschutz" (Amt 24) aufgrund Verwendungsbeschluss SGA vom 16.05.2012 (Vervollständigung der Induktionsschleife im Markgrafentheater)
18.12.2012			-11.280,27 €	390.312,78 €	MNB f. SK 501101 "Beamte" aufgrund Verwendungsbeschluss SGA vom 16.05.2012 (Personalkosten "Wohnen für Hilfe")
20.12.2012			-84.468,15 €	305.844,63 €	MNB f. SK 541201 "Dienstreisen (Tagungen)" aufgrund Verwendungsbeschluss SGA vom 16.05.2012 (Schulungen, Fortbildungen, Projekte, Zuschüsse
20.12.2012			-3.832,50 €	302.012,13 €	MNB f. IP 311.K351 "Einrichtungsgegenstände, Geräte u. GWG" aufgrund Verwendungsbeschluss SGA vom 16.05.2012 (Regal für Pendelhefte
20.12.2012			-2.090,00 €	299.922,13 €	MNB f. IP 315D.K353 "Fahrzeuge, Maschinen u. Geräte, Verfügungswohnung" aufgrund Verwendungsbeschluss SGA vom 16.05.2012 (Küchenzeile Hausmeisterwohnung)
					Übertrag Budgetergebnis 2012
					Entnahme aufgrund Jahresrechnung 2012
	<b>409.128,17 €</b>		<b>-109.206,04 €</b>	<b>299.922,13 €</b>	<b>gegenwärtiger Stand:</b>

82/116

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
II/20

Verantwortliche/r:  
Stadtkämmerei

Vorlagennummer:  
II/226/2013

### Budgetergebnisse 2012; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2012

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

Nachträglich: Die Übertragung und Verwendung der Budgetergebnisse der Fachämter wurde bzw. wird im Regelfall in den zuständigen Fachausschüssen beschlussmäßig behandelt.

#### I. Antrag

- Die Budgetergebnisse der Ämter werden zur Kenntnis genommen.
- Den von den Fachausschüssen begutachteten **positiven** Budgetüberträgen gemäß Anlage 1b wird zugestimmt.
- Der Bereitstellung des Gesamtübertrages in Höhe von 549.715,94 EUR (ohne Ämter 33 und 50) gemäß Anlage 1 b wird zugestimmt.
- Der Bereinigung der Sachmittelbudgetergebnisse und der Personalmittelergebnisse zugunsten des Haushalts um saldiert 850.105,39 EUR gemäß den Anlagen 1a und 3a wird zugestimmt.
- Bei den Ämtern, die mit einem **negativen** Budgetergebnis abgeschlossen haben (ohne Ämter 41 und 44 sowie Abt. 451), sind die entstandenen Verluste (s. Anlage 1b) gemäß der folgenden Einzelgutachten vorzutragen:

Amt	Verlust	Verwaltungsvorschlag Verlustvortrag	Beschluss Fachausschuss (Die Abstimmungsergebnisse werden in der Sitzung mitgeteilt).	Gutachten HFPA -Abstimmung-
32	-89.634,34 EUR	-89.634,34 EUR	<b>UVPA 11.06.2013:</b> Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -89.634,34 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 0,00 EUR vor.  <b>Mit ... gegen ... Stimmen</b>	Dem Verlustvortrag wird zugestimmt  <b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b>  <b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b>  <b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b>
452 Museum	-1.260,10 EUR	-1.260,10 EUR	<b>KFA 24.04.2013:</b> Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von -1.260,10 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 0 EUR vor.  <b>Einstimmig angenommen</b>	Dem Verlustvortrag wird zugestimmt  <b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b>  <b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b>  <b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b>

<b>471/ KPB</b>	-53.457,58 EUR	<b>-53.457,58 EUR</b>	<b><u>KFA 24.04.2013:</u></b>  Abweichend von dem von der Kämmerei vorgeschlagenen und den Budgetierungsregeln entsprechenden Verlustvortrag in Höhe von 53.457,58 EUR schlägt das Fachamt einen Verlustvortrag in Höhe von 14.233,76 EUR vor.  <b>Einstimmig angenommen</b>	<b>Dem Verlustvortrag wird zugestimmt</b>  <b>a) in voller Höhe mit ... gegen ... Stimmen</b>  <b>b) in Höhe von ..... EUR mit ... gegen ... Stimmen</b>  <b>c) nicht zugestimmt mit ... gegen ... Stimmen</b>
---------------------	----------------	-----------------------	--	--

6. Die Zustimmung zu den positiven Budgetüberträgen der Ämter 33 und 50 sowie zu den negativen Budgetüberträgen der Ämter 41, 44 und Abt. 451 (Stadtarchiv) gemäß Anlage 2b einschließlich der vorgenommenen Bereinigungen bleiben Einzelbeschlüssen des Stadtrates vorbehalten, ebenso die Feststellung der entsprechenden positiven Budgetüberträge bzw. der vorzutragenden Verlustvorträge.

## II. Begründung

### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Im Haushaltsjahr 2012 haben 26 Fachämter (ohne GME) und 3 Abteilungen (Abt. 451 -Stadtarchiv-, Abt. 452 -Stadtmuseum- und 471 -Kulturprojektbüro-) ein **bereinigtes Gesamtbudgetergebnis von 2.493.546,77 EUR** (Vorjahr: 1.260.001,18 EUR) erwirtschaftet.

Das Ergebnis setzt sich zusammen aus einem **Überschuss beim bereinigten Sachmittelbudgetergebnis i. H. v. 1.181.491,52 EUR** (Vorjahr: Überschuss von 450.834,08 EUR) und einem **Überschuss beim bereinigten Personalmittelbudgetergebnis i. H. v. 1.312.055,25 EUR** (Vorjahr: 809.167,10 EUR), wie der Anlage 2a unter „Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR, Teil I + II“ zu entnehmen ist.

Im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2012 wurde vom Stadtrat für die Fachämter ein **Sachmittelzuschussbudget** von insgesamt – 26.757.100,-- EUR beschlossen. (Erwartete Erträge 71.140.400,-- EUR, davon im Bereich der Ämter 50 und 51: 46.364.600,-- EUR, und voraussichtliche Aufwendungen: 97.897.500,--EUR, davon im Bereich der Ämter 50 und 51: 70.187.100,-- EUR).

Im Laufe des Haushaltsjahres 2012 erfuhr dieses Sachmittelzuschussbudget der Fachämter eine Erhöhung um saldiert 802.915,76 EUR (Erhöhung der Erträge um 25.868,99 EUR und der Aufwendungen um 828.784,75 EUR).

Die Fachamtsbudgets haben mit einem **Plus bei den Sachmitteln in Höhe von 2.158.512,82 EUR** abgeschlossen (s. hierzu Anlage 2a unter „Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR, Teil I + II“). Im Jahr 2011 war an dieser Stelle noch ein Minus von 1.389.799,45 EUR zu verzeichnen. Nach Durchführung notwendiger Bereinigungen errechnet sich ein **positives bereinigtes Sachmittelbudgetergebnis 2012 der Fachämter von 1.181.491,52 EUR** (Vorjahr: pos. SKB-Ergebnis i. H. v. 450.834,08 EUR). Bereinigungsbedarf in größerem Umfang bestand im Bereich des Ordnungs- und Straßenverkehrsamtes (Amt 32), das in 2012 außerordentliche Erträge aus der Jahresabrechnung 2011 der Verkehrsüberwachung vereinnahmte (ca. 0,5 Mio. EUR) und im Bereich des Stadtjugendamtes (Amt 51), das aufgrund einer positiven Ertragsentwicklung eine Mittelbereitstellung nicht in voller Höhe (Bereinigung um ca. 0,25 Mio. EUR) in Anspruch nehmen musste. Die beachtliche Steigerung der Sachmittelbudgetergebnisse gegenüber dem Vorjahr ist ein Hinweis darauf, dass die Mittelausstattung der Fachamtsbudgets als durchaus auskömmlich angesehen werden darf.

Das **Personalmittelbudgetergebnis 2012 der Fachämter**, das vom Personalamt ermittelt wurde (s. hierzu Anlage 2a unter „Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR, Teil I + II“), fiel nach **Bereinigungen** zu Lasten des städtischen Haushalts in Höhe von 328.898,60 EUR mit einem **Überschuss von 1.312.055,25 EUR** (2011: 809.167,10 EUR) wieder besser aus als im Vorjahr, und dies ungeachtet der pauschalen Kürzung der Personalmittelbudgets um drei Prozent im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung. Unerwähnt bleiben darf allerdings auch nicht, dass die vorgenommene Kürzung in Einzelfällen zu einem negativen Personalmittelbudgetergebnis führt, wenn das Fachamt aufgrund seiner Personalstruktur tatsächlich nur wenig Handlungsspielraum für Personalmitteleinsparungen hat, die sich bspw. dann erzielen lassen, wenn Planstellen in Folge von Umsetzungen für bestimmte Zeit unbesetzt bleiben und die Einsparungen nicht anderweitig verausgabt werden.

Auf die vielfältigen Gründe für die positiven und negativen Sach- und Personalmittelbudgetergebnisse wurde von den Fachämtern in den Fachausschussvorlagen ausführlich eingegangen. Wie viele Ämter positive oder negative Sach- und Personalkostenbudgetergebnisse erzielt haben, ist der Anlage 4 „Vergleich der bereinigten Budgetergebnisse von 2008 bis 2012“ zu entnehmen.

Die Budgetabrechnung wurde wie folgt vorgenommen:

<b>Budgetabrechnung</b>			
	Sachmittelbudgetergebnis aus nsk		Personalmittelbudgetergebnis lt. Personalamt
+/-	Bereinigungen	+/-	Bereinigungen
=	Bereinigtes Sachmittelbudgetergebnis <b>(Teilergebnis I)</b>	=	Bereinigtes Personalmittelbudgetergebnis <b>(Teilergebnis II)</b>
<b>Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis (Teilergebnis I + Teilergebnis II)</b>			
-	abzüglich 70% Rückgabe an den Haushalt laut Budgetierungsregeln		
=	<b>Zu übertragendes Gesamtergebnis</b>		
-	Freiwillige Rückgabe des Fachamtes		
=	<b>Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag für HFGPA/Stadtrat</b>		

**Die Budgetierungsregeln 2012 sehen vor, dass vom Fachamt 70% des bereinigten Gesamtbudgetergebnisses an den Haushalt zurückzugeben sind. Negative Gesamtbudgetergebnisse werden zu 100% als Verlust vorgetragen.**

In Summe belaufen sich die Gesamteinsparungen der Fachämter, die nach diesen Regeln an den Haushalt zurückgehen, auf **2.001.349,47 EUR** (2011: 1.882.549,61 EUR bei einer Ergebnisrückgabe von 80%), wie Anlage 2 b unter „Übertragungsvorschlag/Verlustvortrag in EUR, Teil I und II“ zu entnehmen ist. Von der Gesamteinsparung entfallen allein auf Schulverwaltungsamt, Amt für Arbeit und Soziales und Stadtjugendamt annähernd 1 Mio. EUR. Zuschussbudgets in diesem Bereich sind, so zeigt es die Erfahrung, eben nur annähernd passgenau zu bemessen.

Erfreulicherweise waren wieder mehr Ämter (9 Ämter gegenüber 2 Ämtern im Vorjahr) bereit, weitere Beträge ihrer Ergebnisse mit einer Gesamthöhe von **234.184,53 EUR** zurückzugeben. Dies waren die Ämter eGov, Personalamt, Rechnungsprüfungsamt, Stadtkämmerei, Umweltamt, Standesamt, Amt für Veterinärwesen, Sportamt und Bauaufsichtsamt.

Außerdem haben die Ämter 31 und 52 Teilrückgaben aus ihrer Sonderrechnung Budgetergebnisse i. H. v. 12.138,64 bzw. 29.350,23 EUR zugestimmt. Betrachtet man den kontinuierlichen Anstieg des Standes der Sonderrechnung Budgetergebnisse der letzten Jahre, so sei an dieser

Stelle die Frage erlaubt, ob die Beschlüsse, die die Ämter in ihren Fachausschüssen jährlich über die Verwendung der Mittel der Sonderrechnung Budgetergebnisse herbeiführen, in allen Fällen konsequent umgesetzt werden. Im Interesse der gesamtstädtischen Haushaltskonsolidierung sollte geprüft werden, ob nicht die Rückgabe zumindest eines Teilbetrages der Sonderrechnung Budgetergebnisse geboten erscheint, wenn deren Mittel nicht zeitnah für den vorgesehenen Zweck abfließen.

Nachdem die Übertragung und Verwendung der **Budgetergebnisse der Ämter 33, 41, 44 und der Abt. 451** (Stadtarchiv) nicht von den Fachausschüssen beschlossen, sondern zur Beschlussfassung in den Stadtrat verwiesen wurden, sind der positive Budgetübertrag des Amtes 33 und die Verlustvorträge der Ämter 41, 44 sowie der Abt. 451 Gegenstand von **Einzelbeschlüssen des Stadtrates. Ebenso** wird für den positiven **Budgetübertrag des Amtes 50** ein Einzelbeschluss herbeigeführt, da das Fachamt eine vom Stadtrat beschlossene Bereinigung des Budgetergebnisses 2012, die im Rahmen der Haushaltsplanaufstellung 2013 beschlossen wurde, ablehnt.

Die Verwaltung schlägt deshalb vor, den Ämtern, die mit einem positiven Gesamtergebnis abgeschlossen haben **-ausgenommen die Ämter 33 und 50-**, entsprechend der beiliegenden Anlage 1b „Budgetabrechnung 2012“ **insgesamt 549.715,94 EUR** zur Verfügung zu stellen. Dieser Betrag wird im Rahmen der Jahresrechnung nach Beschlussfassung durch den Stadtrat der Sonderrechnung Budgetergebnisse zugeführt. Hinsichtlich der möglichen Entnahme von Mitteln aus der Sonderrechnung Budgetergebnisse wird auf die Budgetierungsregel Nr. 1.2.3 Buchstabe c im Haushalt 2012 auf Seite 366 verwiesen.

Bei den Ämtern, die im Kalenderjahr 2012 mit einem negativen Budgetergebnis abgeschlossen haben, **schlägt die Kämmerei in Anwendung der vom Stadtrat beschlossenen Budgetierungsregeln vor, den Verlust** -soweit er sich nicht durch eine Entnahme aus der Sonderrechnung Budgetergebnis des jeweiligen Amtes ausgleichen lässt- **in voller Höhe vorzutragen.**

Der sich danach **-ohne Berücksichtigung der Verlustvorträge der Ämter 41, 44 sowie der Abt. 451-**errechnende **Gesamtbetrag von 144.352,02 EUR** an vorzutragenden negativen Budgetergebnissen entsprechend der beiliegenden Anlage 1b „Budgetabrechnung 2012“ verteilt sich auf Ordnungs- und Straßenverkehrsamt (-89.634,34 EUR), die Abt. 451 (Stadtarchiv) und das Kulturprojektbüro (-53.457,58 EUR).

Das negative Budgetergebnis der Gleichstellungsstelle kann durch eine Entnahme aus der Sonderrechnung Budgetergebnis dieses Amtes in voller Höhe ausgeglichen werden, sodass ein Verlustvortrag in diesem Fall entfällt.

Die Verlustvorträge werden technisch durch eine Budgetreduzierung umgesetzt. **Zum Ausgleich der Verlustvorträge sind die Fachämter verpflichtet, Konsolidierungsvorschläge einzubringen. Der Stadtrat erlässt jedes Jahr einigen Fachämtern einen Teil des Verlustvortrages ohne diese Konsolidierungsvorschläge einzufordern mit dem Ergebnis, dass erneute Verluste im nächsten Jahr bereits vorprogrammiert sind.**

Die **Sonderrechnung Budgetergebnisse** (s. Anlage 5) hat sich wie folgt entwickelt:

	2012 in EUR	2011 in EUR
Stand: 01.01.	2.115.982,32	2.208.275,72
Entnahmen aufgrund Fachamtsbeschluss	-336.556,69	-469.534,99
Entnahmen zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse	-1.246,75	-90.079,32
Entnahmen infolge freiwilliger Rückgabe	-41.488,87	6.056,73
Zuführung Budgetergebnisse	698.568,49	461.264,18
Zuführungen wegen Umbuchungen/Bereinigungen		6.056,73
<b>Stand: 31.12.</b>	<b>2.435.258,50</b>	<b>2.115.982,32</b>

## 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Über die Verwendung der Budgetüberträge 2012 und der Restmittel in den Budgetrücklagen der Fachämter wurde/wird in den jeweils zuständigen Fachausschüssen -vorbehaltlich der Zustimmung des Stadtrates zur Übertragung der Budgetergebnisse- umfassend Beschluss gefasst.

## 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

----

## 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Im Rahmen der Jahresrechnung 2012 wird der Sonderrechnung Budgetergebnisse - vorbehaltlich der Beschlussfassung durch den Stadtrat- eine Übertragungssumme von 549.715,94 EUR zugeführt und ein Betrag i. H. v. insgesamt 42.735,62 EUR, davon 1.246,75 EUR zum Ausgleich eines negativen Budgetergebnisses sowie 41.488,87 EUR als freiwillige Rückgabe, entnommen. Die Zuführungen der Ämter 33 und 50 sind Gegenstand von Einzelbeschlüssen des Stadtrates.

**Jeder Euro Verlust, der im Widerspruch zu den Budgetierungsregeln nicht vorgetragen wird, wirkt der erforderlichen Haushaltskonsolidierung entgegen. Die Auflagen zur Genehmigung des Haushalts 2013 fordern aber gerade diese Konsolidierungsmaßnahmen ein.**

### Anlagen:

- Anlage 1a\_B\_Abrechnung2012\_Teil I
- Anlage 1b\_B\_Abrechnung2012\_Uebertrag Teil I
- Anlage 2a\_B\_Abrechnung2012\_Teil II
- Anlage 2b\_B\_Abrechnung2012\_Uebertrag Teil II
- Anlage 3a\_Bereinigungen\_2012\_Teil I
- Anlage 3b\_Bereinigungen\_2012\_Teil II
- Anlage 4\_Vergleich\_Budgetergebnisse
- Anlage 5\_Sonderrechnung\_Budgetergebnisse\_2012

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle  
V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift  
VI. Zum Vorgang

II/201

## Budgetabrechnung 2012

### Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR, Teil I

#### ohne Ämter 33, 41, 44, 451 (Stadtarchiv) und 50

88/116

Amt	Sachmittel- budgetergebnis	Bereinigungen	Bereinigtes Sachmittel- budgetergebnis	Personalmittel- budgetergebnis lt. Amt 11	Bereinigungen	Bereinigtes Personalmittel- budgetergebnis	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis	Amt
Gst	-2.161,96		-2.161,96	915,21		915,21	-1.246,75	Gst
PR	2.197,12		2.197,12	3.326,23		3.326,23	5.523,35	PR
eGov	275.251,00		275.251,00	24.534,50		24.534,50	299.785,50	egov
11	221.485,68	-7.600,00	213.885,68	-95.204,44		-95.204,44	118.681,24	11
13	44.954,78	-11.956,99	32.997,79	-31.093,07		-31.093,07	1.904,72	13
14	4.612,28		4.612,28	40.304,67		40.304,67	44.916,95	14
20	124.950,56	-75.891,71	49.058,85	97.625,76		97.625,76	146.684,61	20
23	269.022,47		269.022,47	83.003,51		83.003,51	352.025,98	23
30	11.851,84	-4.603,63	7.248,21	-9.978,08	35.653,21	25.675,13	32.923,34	30
31	37.047,88		37.047,88	6.521,27	-1.759,89	4.761,38	41.809,26	31
32	571.988,15	-552.778,85	19.209,30	-108.843,64		-108.843,64	-89.634,34	32
34	24.739,93		24.739,93	30.843,12		30.843,12	55.583,05	34
37	-40.102,05	40.102,05	0,00	-31.605,98	31.605,98	0,00	0,00	37
39	7.974,78		7.974,78	28.890,45		28.890,45	36.865,23	39
40	59.016,90		59.016,90	568.123,18	9.560,58	577.683,76	636.700,66	40
42	-4.961,45		-4.961,45	19.155,25		19.155,25	14.193,80	42
43	91.288,61	-16.256,80	75.031,81	42.745,93		42.745,93	117.777,74	43
452	-1.260,10		-1.260,10	-3.421,02	3.421,02	0,00	-1.260,10	452
471	-14.233,76		-14.233,76	-39.223,82		-39.223,82	-53.457,58	471
51	250.988,30	-250.988,30	0,00	351.097,71	-53.395,27	297.702,44	297.702,44	51
52	144.649,14		144.649,14	-24.250,21	4.806,72	-19.443,49	125.205,65	52
61	190.624,80	-114.400,00	76.224,80	-60.073,93		-60.073,93	16.150,87	61
63	-52.466,64	52.466,64	0,00	63.673,35		63.673,35	63.673,35	63
66	-111.113,11	61.909,85	-49.203,26	79.022,84		79.022,84	29.819,58	66
<b>Summe Teil I</b>	<b>2.106.345,15</b>	<b style="color: red;">-879.997,74</b>	<b>1.226.347,41</b>	<b>1.036.088,79</b>	<b>29.892,35</b>	<b>1.065.981,14</b>	<b>2.292.328,55</b>	<b>Summe</b>

Anlage 1a

## Budgetabrechnung 2012

### Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag in EUR, Teil I ohne Ämter 33, 41, 44, 451 (Stadtarchiv) und 50

Amt	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis	Rückgabe 70%	Zu übertragendes Gesamtergebnis Sp 1 + Sp 2	Freiwillige Rückgabe der Fachämter	Entnahme aus Budgetrücklage	Verwaltungsvorschlag Übertragung Positives Ergebnis Sp 3 - Sp 4	Verwaltungsvorschlag Verlustvortrag Negatives Ergebnis Sp 3 + Sp 5	Amt
	1	2	3	4	5	6	7	
Gst	-1.246,75		-1.246,75		1.246,75		0,00	Gst
PR	5.523,35	-3.866,34	1.657,01			1.657,01		PR
eGov	299.785,50	-209.849,85	89.935,65	89.935,65		0,00		egov
11	118.681,24	-83.076,87	35.604,37	5.604,37		30.000,00		11
13	1.904,72	-1.333,30	571,42			571,42		13
14	44.916,95	-31.441,86	13.475,09	13.475,09		0,00		14
20	146.684,61	-102.679,23	44.005,38	44.005,38		0,00		20
23	352.025,98	-246.418,19	105.607,79			105.607,79		23
30	32.923,34	-23.046,34	9.877,00			9.877,00		30
31*	41.809,26	-29.266,48	12.542,78	12.542,78	12.138,64	0,00		31
32	-89.634,34		-89.634,34				-89.634,34	32
34	55.583,05	-38.908,13	16.674,92	10.000,00		6.674,92		34
37	0,00		0,00				0,00	37
39**	36.865,23	-25.805,66	11.059,57	11.059,57		0,00		39
40	636.700,66	-445.690,46	191.010,20			191.010,20		40
42	14.193,80	-9.935,66	4.258,14			4.258,14		42
43***	117.777,74	-29.922,15	87.855,59			87.855,59		43
452	-1.260,10		-1.260,10				-1.260,10	452
471	-53.457,58		-53.457,58				-53.457,58	471
51	297.702,44	-208.391,71	89.310,73			89.310,73		51
52*	125.205,65	-87.643,96	37.561,69	37.561,69	29.350,23	0,00		52
61	16.150,87	-11.305,61	4.845,26			4.845,26		61
63	63.673,35	-44.571,34	19.102,01	10.000,00		9.102,01		63
66	29.819,58	-20.873,71	8.945,87			8.945,87		66
<b>Summe Teil I</b>	<b>2.292.328,55</b>	<b>-1.654.026,85</b>	<b>638.301,70</b>	<b>234.184,53</b>	<b>42.735,62</b>	<b>549.715,94</b>	<b>-144.352,02</b>	<b>Summe</b>

\* Bei der Entnahme aus der Budgetrücklage handelt es sich um eine freiwillige Teiltrückgabe.

\*\* ohne Fleischhygiene, die außerhalb des Budgets abgerechnet wird

\*\*\* nur Rückgabe von 70% der Personalkosten gem. Kontrakt mit dem Stadtrat

89/116

Anlage 1b

II/201

## Budgetabrechnung 2012 Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR, Teil II nur Ämter 33, 41, 44, 451 (Stadtarchiv) und 50

Amt	Sachmittel- budgetergebnis	Bereinigungen	Bereinigtes Sachmittel- budgetergebnis	Personalmittel- budgetergebnis lt. Amt 11	Bereinigungen	Bereinigtes Personalmittel- budgetergebnis	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis	Amt
33	-38.593,92		-38.593,92	-145.807,55	223.400,00	77.592,45	38.998,53	33
41	-89.498,02	2.976,44	-86.521,58	12.238,81	32.766,33	45.005,14	-41.516,44	41
44	-324.257,69		-324.257,69	174.781,92		174.781,92	-149.475,77	44
451	-66.470,08		-66.470,08	-54.994,66	17.500,00	-37.494,66	-103.964,74	451
50	570.987,38	-100.000,00	470.987,38	-39.150,66	25.339,92	-13.810,74	457.176,64	50
<b>Summe Teil II</b>	<b>52.167,67</b>	<b>-97.023,56</b>	<b>-44.855,89</b>	<b>-52.932,14</b>	<b>299.006,25</b>	<b>246.074,11</b>	<b>201.218,22</b>	<b>Summe Teil II</b>

90/116

## Bereinigtes Gesamtbudgetergebnis in EUR, Teil I + II

	Sachmittel- budgetergebnis	Bereinigungen	Bereinigtes Sachmittel- budgetergebnis	Personalmittel- budgetergebnis lt. Amt 11	Bereinigungen	Bereinigtes Personalmittel- budgetergebnis	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis
Teil I	2.106.345,15	-879.997,74	1.226.347,41	1.036.088,79	29.892,35	1.065.981,14	2.292.328,55
Teil II	52.167,67	-97.023,56	-44.855,89	-52.932,14	299.006,25	246.074,11	201.218,22
<b>Gesamt</b>	<b>2.158.512,82</b>	<b>-977.021,30</b>	<b>1.181.491,52</b>	<b>983.156,65</b>	<b>328.898,60</b>	<b>1.312.055,25</b>	<b>2.493.546,77</b>

Anlage 2a

## Budgetabrechnung 2012

### Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag in EUR, Teil II

nur Ämter 33, 41, 44, 451 (Stadtarchiv) und 50

Amt	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis	Rückgabe 70%	Zu übertragendes Gesamtergebnis Sp 1 + Sp 2	Freiwillige Rückgabe der Fachämter	Entnahme aus Budgetrücklage	Verwaltungsvorschlag Übertragung Positives Ergebnis Sp 3 - Sp 4	Verwaltungsvorschlag Verlustvortrag gem. Budgetierungsregeln Negatives Ergebnis Sp 3 + Sp 5	Amt
	1	2	3	4	5	6	7	
33	38.998,53	-27.298,97	11.699,56			11.699,56		33
41	-41.516,44		-41.516,44				-41.516,44	41
44	-149.475,77		-149.475,77				-149.475,77	44
451	-103.964,74		-103.964,74				-103.964,74	451
50	457.176,64	-320.023,65	137.152,99			137.152,99		50
<b>Summe Teil II</b>	<b>201.218,22</b>	<b>-347.322,62</b>	<b>-146.104,40</b>	<b>0,00</b>	<b>0,00</b>	<b>148.852,55</b>	<b>-294.956,95</b>	<b>Summe Teil II</b>

### Übertragungsvorschlag / Vorschlag Verlustvortrag in EUR, Teil I + II

	Bereinigtes Gesamtbudget- ergebnis	Rückgabe 70%	Zu übertragendes Gesamtergebnis Sp 1 + Sp 2	Freiwillige Rückgabe der Fachämter	Entnahme aus Budgetrücklage	Verwaltungsvorschlag Übertragung Positives Ergebnis Sp 3 - Sp 4	Verwaltungsvorschlag Verlustvortrag gem. Budgetierungsregeln Negatives Ergebnis Sp 3 + Sp 5
	1	2	3	4	5	6	7
Teil I	2.292.328,55	-1.654.026,85	638.301,70	234.184,53	42.735,62	549.715,94	-144.352,02
Teil II	201.218,22	-347.322,62	-146.104,40	0,00	0,00	148.852,55	-294.956,95
<b>Gesamt</b>	<b>2.493.546,77</b>	<b>-2.001.349,47</b>	<b>492.197,30</b>	<b>234.184,53</b>	<b>42.735,62</b>	<b>698.568,49</b>	<b>-439.308,97</b>

91/116

Anlage 2b

## Erläuterungen zu den Bereinigungen

### Zu Teil I des bereinigten Gesamtbudgetergebnisses:

92/116

Amt	Bereinigung in EUR*	Erläuterungen (Bereinigungen im Einvernehmen mit den Fachämtern)
11	-7.600,00	Zur "Refinanzierung" neu geschaffener Stellen wurden PK-Zuschüsse bzw. PK-Erstattungen im Haushalt veranschlagt, die anzurechnen sind (Ergebnis der Stellenplanberatungen 2012).
13	-11.956,99	Rückerstattungen von Geschäftsführerzuschüssen im Budget vereinnahmt, obwohl sie nicht dem Budget zuzurechnen sind.
20	-75.891,71	Bereinigung um außerordentliche Erträge aus der Schadensersatzleistung für den Unfall eines Mitarbeiters (-16.973,47 €) und Zinsnachzahlungen (-17.111,24 €) sowie um Mehreinnahmen aus Mahngebühren, die durch die Änderung des Kontenplanes Bayern außerplanmäßig in das Budget geflossen sind (-41.807€).
30	+31.049,58	Im Sachmittelbudget Bereinigung um die den Ansatz von 3.500 € übersteigenden Erträge für Rechtsstreite (-33.760,63 €) und die den Ansatz von 50.000 € übersteigenden Aufwendungen für Prozess- und Fahrtkosten (29.157 €). Im Personalmittelbudget Bereinigung um Personalaufwendungen, die bereits 2011 berücksichtigt wurden (+19.514,43 €). Außerdem Hinzurechnung von Personalkostenerstattungen vom Land (Eingliederungszuschuss) und vom Jugendamt für die Familienbefragung 2012, die außerhalb des Budgets abgerechnet wurden (+16.138,78 €).
31	-1.759,89	Zur "Refinanzierung" neu geschaffener Stellen wurden PK-Zuschüsse bzw. PK-Erstattungen im Haushalt veranschlagt, die anzurechnen sind (Ergebnis der Stellenplanberatungen 2012).
32	-552.778,85	Bereinigung um die Aufwendungen des Amtes 66 für die Parkscheinautomatenentleerung i.H.v. - 11.909,85 € (Aufgabenübertragung ab 01.04.2012 auf Amt 66, Veranschlagung der HHMittel 2012 jedoch im Budget des Amtes 32) und um die Erstattung der Aufwendungen (+13.049,78 €) für die Anschaffung von Feuerwehrschränken durch Amt 20 (Entnahme der zur Verbesserung der Feuerwehrkonzeption Bergkirchweih vorgesehenen Mittel aus der Sonderrücklage des Amtes 20). Bereinigung um periodenfremden Ertrag aus der Jahresabrechnung 2011 der Verkehrsüberwachung (-503.918,78 €) sowie um den nicht in Anspruch genommenen Aufwendungsansatz für die Grundbenutzungskosten Kirchweihen/Märkte (-50.000 €).
37	+71.708,03	Bereinigung des Sachmittelbudgets um 40.102,05 €, da MNB für Aufwandsentschädigungen (Feuersicherheitswachen, Stadtbrandrat usw.) in 2012 nicht mehr durchgeführt werden konnte, sowie des Personalmittelbudgets um 31.605,98 €, da es aufgrund der geringen Personalfuktuation trotz größtmöglicher Anstrengungen nicht gelang, die Sparvorgabe von 90.000 Euro zu erwirtschaften.

Amt	Bereinigung in EUR*	Erläuterungen (Bereinigungen im Einvernehmen mit den Fachämtern)
40	+9.560,58	Berücksichtigung der Erstattungen von der staatlichen Berufsschule.
43	-16.256,80	Mittelumschichtungen vom Personalmittelbudget ins Sachmittelbudget werden wegen des aufgrund des Kontraktes mit dem StR 100%-igen Übertrages des Sachmittelbudgetergebnisses zurückgerechnet.
461 (Museum)	+3.421,02	Die 3%-ige Kürzung des Personalmittelbudgets konnte aufgrund geringer Fluktuation nicht erwirtschaftet werden.
51	-304.383,57	Bereinigung des Sachmittelbudgets um die nicht benötigten Mittel (-250.988,30 €) einer MNB (Vorlagennummer 51/088/2012).Bereinigung des Personalmittelbudgets um Personalmittel-Zuschüsse bzw. – Erstattungen (-79.011,33 €), die zur „Refinanzierung“ neu geschaffener Stellen im Haushalt veranschlagt wurden (Ergebnis der Stellenplanberatungen 2012), sowie um die Erstattung von Stundenanteilen für das Projekt Kickfair (+4.336,06 €) und um die Erstattung von der Zielbauer-Stiftung (21.250 €).
52	+4.806,72	Bereinigung des Personalmittelbudgets um eine Erstattung der ESTW AG außerhalb des Budgets.
61	-114.400,00	Bereinigung um die Bundes- bzw. Landeszuschüsse Quartiersmanagement, die nicht im Budget veranschlagt waren (-104.400 €) sowie um den Ertragsansatz für das Umlegungsverfahren Geisberg (+10.000 €), der korrespondierend zu den Aufwendungen erst 2013 zu veranschlagen ist.
63	+52.466,64	Bereinigung um Gebühreneinnahmen, die nicht zu erzielen waren (+47.559,31 €) sowie um Aufwendungen für das Bauaktenarchiv, das später als geplant an Abt. 451 übertragen werden konnte.
66	+61.909,85	Bereinigung in Höhe der tatsächlichen Aufwendungen (+11.909,85 €) für die Parkscheinautomatenentleerung (ab 01.04.2012 Aufgabenübertragung von Amt 32 ohne HH-Mittel) sowie um den Ertragsansatz für die Grundbenutzungskosten Kirchweihen/Märkte gem. Vermerk Nr. III/32/LH003 vom 30. April 2013
<b>Summe Teil I</b>	<b>- 850.105,39</b>	

## Erläuterungen zu den Bereinigungen

### Zu Teil II des bereinigten Gesamtbudgetergebnisses:

94/116

Amt	Bereinigung in EUR*	Erläuterungen (Bereinigungen im Einvernehmen mit den Fachämtern)
33	+223.400,00	Nach Rücksprache mit Ref OBM/ZV und Abt.113 wird das Personalkostenbudget wegen des Unterschiedes zwischen dem Stellenwert und der Stellenbesetzung (Beamte/Tarifbeschäftigte) um 223.400 Euro bereinigt.
41	+35.742,77	Bereinigung des Sachmittelbudgets um die Mehrkosten (+2.976,44 €) für die Umstellung der Telefonabrechnung (Schreiben OBM/ZV/eGov/GA002 vom 8. Juni 2012) sowie des Personalmittelbudgets um die Erstattung für Sing- und Musiklehrkräfte (+32.766,33 €, Anteil Gemeinde Möhrendorf).
451 (Archiv)	+17.500,00	Die 3%-ige Kürzung des Personalmittelbudgets konnte aufgrund geringer Fluktuation nicht erwirtschaftet werden.
50	-74.660,08	Bereinigung des Sachmittelbudgets um -100.000 € im Vorgriff auf die zu erwartenden Mindererträge aus dem Bildungs- und Teilhabepakt in 2013 (s. Änderungsantrag Nr. 50.18 zum Haushaltsplanentwurf 2013) sowie des Personalmittelbudgets um eine Erstattung der GEWOBAU/Fa. Niersberger (+25.339,92 €).
<b>Summe Teil II</b>	<b>201.982,69</b>	
<b>Teil I +Teil II</b>	<b>- 648.122,70</b>	

\* + Bereinigung führt zu einer Verbesserung des Budgetergebnisses      - Bereinigung führt zu einer Verschlechterung des Budgetergebnisses

## Vergleich der bereinigten Budgetergebnisse von 2008 bis 2012 in EUR

### Bereinigte Sachkostenbudgetergebnisse

### Bereinigte Personalkostenbudgetergebnisse

95/116

Jahr	Positives Ergebnis haben erwirtschaftet		Negatives Ergebnis haben erwirtschaftet	
	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR
2008	18	4.441.816,12	11	-1.193.262,16
2009	20	4.133.655,32	8	-2.702.737,96
2010	22	4.064.935,13	7	-1.064.297,64
2011	16	1.984.081,31	13	-1.497.247,23
2012	20	1.181.191,52	9	-587.663,80

Jahr	Positives Ergebnis haben erwirtschaftet		Negatives Ergebnis haben erwirtschaftet	
	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR	Anzahl Ämter-budgets	Betrag in EUR
2008	25	1.697.225,06	4	-76.169,85
2009	28	2.542.723,16	0	0,--
2010	26	2.495.455,40	3	-25.776,73
2011	23	1.147.579,75	6	-338.412,65
2012	21	1.717.243,04	8	-405.187,79

# Sonderrechnung Budgetergebnisse

## Gesamtübersicht

Amt:	Anfangsbestand zum 01.01.2012	Zugang: EURO	Abgang: EURO	Aktueller Stand in EURO	Erläuterungen
					<b>Haushaltsjahr 2012:</b>
Gst	1.449,55 €		-1.246,75 €	202,80 €	
PR	9.848,12 €	1.657,01 €		11.505,13 €	
egov	128.250,66 €			128.250,66 €	
Amt 11	167.998,22 €	30.000,00 €		197.998,22 €	
Amt 13	37.463,60 €	571,42 €		38.035,02 €	
Amt 14	31.560,09 €			31.560,09 €	
Amt 20	68.000,00 €			68.000,00 €	
Amt 23	246.711,83 €	105.607,79 €		352.319,62 €	
Amt 30	36.847,98 €	9.877,00 €	-12.547,65 €	34.177,33 €	
Amt 31	49.138,64 €		-29.138,64 €	20.000,00 €	
Amt 32					
Amt 33	899,32 €	11.699,56 €		12.598,88 €	
Amt 34	46.579,27 €	6.674,92 €		53.254,19 €	
Amt 37	53.905,66 €		-35.592,63 €	18.313,03 €	
Amt 39	67.234,57 €		-18.000,00 €	49.234,57 €	
Amt 40	256.836,55 €	191.010,20 €	-67.710,97 €	380.135,78 €	
Amt 41					
Amt 42	38.966,30 €	4.258,14 €		43.224,44 €	
Amt 43	291.505,66 €	87.855,59 €	-75.000,00 €	304.361,25 €	
Amt 44					
Abtl. 451					
Abtl. 452					
471_KPB	0,00 €				
Amt 50	409.128,17 €	137.152,99 €	-109.206,04 €	437.075,12 €	
Amt 51	0,00 €	89.310,73 €		89.310,73 €	
Amt 52	59.350,23 €		-29.350,23 €	30.000,00 €	
Amt 61	64.617,77 €	4.845,26 €	-1.499,40 €	67.963,63 €	
Amt 63	44.700,72 €	9.102,01 €		53.802,73 €	
Amt 66	4.989,41 €	8.945,87 €		13.935,28 €	
	<b>2.115.982,32 €</b>	<b>698.568,49 €</b>	<b>-379.292,31 €</b>	<b>2.435.258,50 €</b>	<b>gegenwärtiger Stand:</b>

96/116

Anlage 5

-336.556,69 € Entnahmen während des Jahres aufgrund Fachamtsbeschluss

-1.246,75 € Entnahmen zum Ausgleich negativer Budgetergebnisse 2012

-41.488,87 € Entnahmen aufgrund Vereinbarung Ref II/201-H.Hauer und Fachamt zur Abschmelzung der Rücklage.  
Konkret: Amt 31 und Amt 52

698.568,49 €

Zuführung aus Budgetergebnisse 2012

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
50/VOA -2249

Verantwortliche/r:  
Herr Otto Vierheilig

Vorlagennummer:  
50/118/2013

### Probleme im Rahmen der Bewilligung von ALGII und Grundsicherung hier: Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 24/2013 vom 26.02.2013

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Sozialbeirat	05.06.2013	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Sozial- und Gesundheitsausschuss	05.06.2013	Ö	Gutachten	einstimmig angenommen
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen  
Amt 30

#### I. Antrag

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Der Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 24/2013 vom 26.02.2013 ist damit bearbeitet.

#### II. Begründung

Im Fraktionsantrag der Grünen Liste wird die Überzeugung wieder gegeben, dass „bekannterweise relativ viele Bescheide des Jobcenters der Stadt Erlangen angefochten“ werden, eine „nicht unbedeutende Anzahl“ davon auch erfolgreich. Dadurch werde die Stadt Erlangen mit erheblichen Kostenfolgen belastet. Deshalb wird die Verwaltung um Auskunft in einer HFPA – Sitzung gebeten

- welche Kosten in den Jahren 2011 und 2012 von der Stadt im Rahmen von Widerspruchsverfahren gegen Bescheide des Jobcenters bezahlt werden mussten
- welche Rechtsanwaltsgebühren und Gerichtskosten in den Jahren 2011 und 2012 von der Stadt im Rahmen von Klageverfahren gegen Bescheide des Jobcenters bezahlt werden mussten.

#### 1. Zu Anzahl und Erfolg der eingelegten Widersprüche gegen Bescheide des Jobcenters Erlangen

Im Rahmen der jährlichen zusammenfassenden Berichterstattung über die SGBII Umsetzung in Erlangen im Jahr 2012 wurde in der SGA – Sitzung vom 05.03.2013 von der Verwaltung auch umfassend Bericht erstattet über die Anzahl und die Erfolgsquoten der eingelegten Rechtsbehelfe im Jahr 2012. Eine Berichterstattung für das abgelaufene Jahr 2011 erfolgte gleichermaßen in der SGA - Sitzung am 05.03.2012.

Für die eingelegten Widersprüche (lt. Statistik der städtischen Widerspruchsstelle) ergibt die zusammengefasste Übersicht über die Jahre 2010 bis 2012 ergibt folgendes Bild:

2010: Widersprüche	347		
2011: Widersprüche	266	davon in 2011 entschieden	254
2012: Widersprüche	249	davon in 2012 entschieden	234

Bei den Widersprüchen entwickelte sich die Zahl der Abhilfen oder Teilabhilfen (also Widerspruchsentscheidung zugunsten der Bürger), bzw. der Zurückweisungen, Rücknahmen oder Erledigungen wie folgt:

2010: Abhilfe	62	Teilabhilfe	26	Zurückweisung/Erledig.	183
2011: Abhilfe	52	Teilabhilfe	12	Zurückweisung/Erledig.	190
2012: Abhilfe	39	Teilabhilfe	19	Zurückweisung/Erledig.	176

## **2. Wie sind die Zahlen und Erfolgsquoten bei gerichtlichen Rechtsmitteln gegen SGBII – Bescheide in Erlangen?**

Hinsichtlich der gerichtlichen SGBII – Verfahren werden aus der Prozessstatistik des Rechtsamtes für die Jahre 2011 und 2012 folgende Zahlen mitgeteilt (darin sind nicht nur erstinstanzliche Klagen beim Sozialgericht, sondern auch gerichtliche Verfahren des einstweiligen Rechtsschutzes, Verfahren aus höheren Instanzen, sowie jahresübergreifende Kostenabrechnungsverfahren enthalten).

Im Jahr 2011:

Bestand: insgesamt 136 Gerichtsverfahren  
davon 75 Gerichtsverfahren beendet  
davon in 27 Verfahren ganz oder teilweise unterlegen

2012:

Bestand: 132 Gerichtsverfahren  
davon 83 Verfahren beendet  
davon in 24 Verfahren ganz oder teilweise unterlegen

Es kann also festgestellt werden, dass bei den gerichtlichen SGBII – Verfahren ein vollständiges oder teilweises Unterliegen der Stadt nur in 36% (2011) bis 29% (2012) der Fälle zu verzeichnen war. Ein überregionaler Vergleich hierzu ist erst seit kurzem möglich. Die Bundesagentur veröffentlicht erst seit November 2012 monatliche Stichtagsbetrachtungen über Anzahl und Ergebnis eingetragener Rechtsmittel gegen SGBII – Bescheide. Nach der neuesten vorliegenden BA – Statistik vom März 2013 (Stichtag: 15.03.2013) wird als bundesweiter Durchschnittswert eine Erfolgsquote von 41,6% angegeben, für den Abschluss von gerichtlichen Verfahren bei denen die Jobcenter ganz oder teilweise unterlegen sind. Die Erfolgsquote von Klägerinnen und Klägern in Erlangen kann dazu im Vergleich also keineswegs als überdurchschnittlich bezeichnet werden, wie die Antragstellerin vermutet.

## **3. Welche Verfahrens-, Anwalts- oder Gerichtskosten waren dabei von der Stadt zu zahlen?**

Die gerichtliche Vertretung der Stadt Erlangen vor dem Sozialgericht bei Klagen gegen Bescheide des Jobcenters obliegt dem städtischen Rechtsamt. Gerichtskosten fallen bei SGBII – Klagen grundsätzlich nicht an, wenn und soweit eine Klage erfolgreich ist, sind jedoch entstandene Anwaltskosten zu bezahlen. In gleicher Weise können im Fall von Widersprüchen gegen SGBII – Bescheide des Jobcenters (über die das Jobcenter selbst durch seine Widerspruchsstelle entscheidet) Anwaltskosten zu lasten der Stadt anfallen, wenn und soweit der Widerspruch erfolgreich ist und der Widerspruchsführer anwaltschaftlich vertreten ist. Die Abwicklung und Auszahlung solcher Anwaltskosten erfolgt in Erlangen auch bei Widerspruchsverfahren durch das städtische Rechtsamt, da dort die fachlichen Kenntnisse zum Anwaltsgebührenrecht vorhanden sind. Infolge dessen wurden die angefragten Informationen über ausgezahlte Verfahrens-, Anwalts- und Gerichtskosten gegen Entscheidungen des Jobcenters aus den Jahren 2011 und 2012 komplett beim städtischen Rechtsamt abgefragt.

Dabei ergab sich folgendes Bild:

### Widerspruchsverfahren:

Im Jahr 2011 wurden insgesamt 4.837,75 € an Anwaltskosten ausbezahlt, die bei insgesamt 18 Widerspruchsverfahren anfielen, in denen die Stadt ganz oder teilweise verloren hatte.

Im Jahr 2012 wurden insgesamt 5.566,47 € an Anwaltskosten ausbezahlt, die in 19 Widerspruchsverfahren angefallen waren, bei denen die Stadt ganz oder teilweise verloren hatte.

#### Klagen zum Sozialgericht:

Gerichtskosten vor dem Sozialgericht fallen bei Klagen gegen SGBII – Bescheide grundsätzlich nicht an.

Im Jahr 2011 sind an Anwaltskosten insgesamt 16.658,96 € von der Stadt erstattet worden, die in insgesamt 30 Gerichtsverfahren entstanden waren, bei denen die Stadt ganz oder teilweise unterlegen ist.

Im Jahr 2012 waren an Anwaltsgebühren insgesamt 11.451,61 € zu erstatten, die in insgesamt 23 Gerichtsverfahren entstanden sind, bei denen die Stadt ganz oder teilweise unterlegen ist.

Aus diesen Zahlen im Vergleich mit der oben unter 1. und 2. abgedruckten Zahlen ergibt sich, dass die Betroffenen bei der Einlegung von Rechtsmitteln gegen SGBII – Bescheide in sehr unterschiedlichem Ausmaß sich der Hilfe eines Rechtsanwaltes bedienen. So sind z. B. im Jahr 2012 nur bei 19 von 58 Widerspruchsverfahren, bei denen die Stadt ganz oder teilweise unterlegen ist, Anwaltsgebühren zu erstatten gewesen. Im Fall von sozialgerichtlichen Klagen gegen SGB II – Bescheide dagegen waren bei immerhin 23 von 24 Klageverfahren, bei denen die Stadt ganz oder teilweise unterlegen ist, Anwaltskosten zu erstatten.

Bei der Bewertung, ob die geschilderte Kostenbelastung des städtischen Haushalts mit Anwaltsgebühren in SGBII – Verfahren als besonders hoch oder als vergleichsweise niedrig angesehen werden kann, ist darauf zu verweisen, dass die gebührenrechtlichen Tatbestände und Tarife von der Stadt nicht beeinflusst werden können. Als Bewertungsmaßstab sollte vielmehr eher die Frage herangezogen werden, ob in Erlangen vergleichsweise viele Rechtsmittel in SGBII – Angelegenheiten eingelegt werden. Näheres dazu siehe weiter unten.

Schließlich soll nicht unerwähnt bleiben, dass die Anwaltskosten, die im Rahmen von ganz oder teilweise verlorenen Widerspruchsverfahren oder Gerichtsverfahren zu erstatten sind, in vollem Umfang als Verwaltungskosten bei der Umsetzung des SGB II anzusehen sind. Verwaltungskosten bei der Umsetzung des SGB II (da es zum überwiegenden Teil Bundesaufgaben enthält, zum kleineren Teil aber auch kommunale Aufgaben) werden jedoch grundsätzlich zu 84,8% aus dem Bundshaushalt erstattet. Es wäre deshalb wohl unzutreffend, hier von einer nennenswerten Belastung des städtischen Haushalts zu sprechen.

#### **4. Werden in Erlangen häufiger als anderswo Rechtsmittel gegen SGB II – Bescheide eingelegt?**

Aufgrund der noch sehr jungen BA – Berichterstattung über Anzahl und Erfolg von eingelegten SGB II – Rechtsmitteln (BA – Statistik erst seit November 2012) kann ein aussagekräftiger Vergleich nur sehr eingeschränkt erfolgen. Dies gilt insbesondere auch deshalb, weil die BA – Statistik nur eine monatliche Stichtagsbetrachtung wiedergibt, während bei unseren internen Statistiken in Erlangen grundsätzlich immer die Zahlen eines gesamten Jahres aufsummiert werden.

Nach der jüngsten einschlägigen BA – Statistik vom März 2013 betrug die Anzahl der, zum Stichtag 15.03.2013 anhängigen Widerspruchsverfahren 188.078 bundesweit – dies entspricht einem Wert von 5,6 % verglichen mit der Anzahl der bundesweit zum gleichen Zeitpunkt im Bezug befindlichen Bedarfsgemeinschaften. Bei den gerichtlichen Verfahren weist die jüngste BA – Statistik bundesweit eine Zahl von 199.507 Gerichtsverfahren zum Stichtag 15.03.2013 aus – dies entspricht einem Anteil von 6,0 % verglichen mit der Anzahl der bundesweiten Bedarfsgemeinschaften. In der gleichen Statistik werden für das Jobcenter der Stadt Erlangen bei den laufenden Widerspruchsverfahren der Wert von 0,5 % (13) und bei den gerichtlichen Verfahren der Wert von 2,6 % (63) ausgewiesen.

Man könnte auf den ersten Blick Zweifel daran bekommen, ob die geringe Anzahl von Widersprüchen in Erlangen glaubhaft ist oder ob hier wegen möglicher Datenerhebungs- und Datenübermittlungsproblemen noch keine validen Daten verarbeitet sind. Angesichts der hohen und zeitnahen Erledigungsquote von Widersprüchen in der Widerspruchsstelle des Erlanger Jobcenters (in 2012 sind 249 Widersprüche eingegangen und im gleichen Jahr 234 Widersprüche beschieden worden) muss jedenfalls eine Stichtagsbetrachtung, wie sie in der BA - Statistik angestellt wird (wieviele

Widerspruchsverfahren sind aktuell am Stichtag anhängig?) zwangsläufig zu sehr niedrigen Zahlen kommen. Jedenfalls sprechen auch diese Zahlen eindeutig dafür, dass die Anzahl der in der Stadt Erlangen eingelegten SGB II – Rechtsmittel – entgegen der Auffassung der Antragstellerin – außergewöhnlich niedrig ist.

## 5. Übersicht über die inhaltlichen Schwerpunkte der eingelegten SGB II – Rechtsmittel

Aus der, seit November 2012 neu veröffentlichten BA –Statistik über SGB II – Rechtsmittel sind auch Informationen erhältlich, auf welche inhaltlichen Schwerpunkte sich die eingelegten Widersprüche und Klagen gegen SGB II – Bescheide richten. Die wichtigsten inhaltlichen Schwerpunkte, auf die die aktuell eingelegten Widersprüche und Klagen in SGB II - Angelegenheiten bundesweit und bayernweit abzielen, wird deshalb in der nachfolgenden Tabelle als zusätzliche Information angefügt:

	Widerspruch Bund	Widerspruch Bayern	Klagen Bund	Klagen Bayern
Zugangsvoraussetzungen	5,9 %	7,7 %	5,5 %	7,7 %
Einkommen / Vermögen	17,1 %	19,8 %	13,0 %	16,6 %
Eingliederung in Arbeit	2,2 %	2,0 %	2,6 %	3,2 %
Regelleistung	5,4 %	3,1 %	8,8 %	6,4 %
KdU	16,4 %	12,3 %	15,9 %	13,9 %
Einmalige Leistungen	3,7 %	2,7 %	3,2 %	3,1 %
Sanktionen	5,4 %	8,9 %	4,3 %	8,6 %
Aufhebung / Rückforderung	22,0 %	20,7 %	17,1 %	15,4 %

**Anlagen:** Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 24/2013 vom 26.02.2013

### III. Abstimmung

Beratung im Gremium: Sozial- und Gesundheitsausschuss am 05.06.2013

**Ergebnis/Beschluss:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Der Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 24/2013 vom 26.02.2013 ist damit bearbeitet.

mit 12 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Preuß  
Vorsitzende/r

gez. Vierheilig  
Berichterstatter/in

Beratung im Gremium: Sozialbeirat am 05.06.2013

**Ergebnis/Beschluss:**

Die Ausführungen der Verwaltung werden zur Kenntnis genommen. Der Fraktionsantrag Grüne Liste Nr. 24/2013 vom 26.02.2013 ist damit bearbeitet.

mit 4 gegen 0 Stimmen

gez. Dr. Preuß  
Vorsitzende/r

gez. Vierheilig  
Berichterstatter/in

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO  
 Eingang: 26.02.2013  
 Antragsnr.: 024/2013  
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen  
 Zust. Referat: V  
 mit Referat:



**Stadtratsfraktion**

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn  
 Oberbürgermeister  
 Dr. Siegfried Balleis  
 Rathausplatz 1  
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen  
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681  
 e-mail: [gruene-liste@erlangen.de](mailto:gruene-liste@erlangen.de)  
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:  
 Mo 10-12, 14-18 Di, Mi 10-12 Do 10-14

Erlangen, den 26.02.2013

**Antrag: Probleme im Rahmen der Bewilligung von ALG II und Grundsicherung**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in dem Bereich von Arbeitslosengeld II und Grundsicherung werden bekannterweise relativ viele Bescheide des Jobcenter der Stadt Erlangen angefochten. Eine nicht unbeträchtliche Anzahl von Widersprüchen bzw. Klagen haben ganz oder zumindest teilweise Erfolg mit der Folge, dass hier die Stadt Erlangen die Kosten der Betroffenen ganz oder teilweise übernehmen muss.

Bitte beantworten Sie in einer HFPA-Sitzung folgende Frage:

Wie hoch waren im Jahr 2011 und 2012 die Kosten, die die Stadt Erlangen im Rahmen von Widerspruchsverfahren gegen Bescheide des Jobcenter der Stadt Erlangen an die Gegenseite bezahlen musste, und wie hoch waren die Kosten - aufgeschlüsselt in Rechtsanwaltsgebühren und Gerichtskosten - in den Jahren 2011 und 2012, die die Stadt Erlangen im Rahmen von Klageverfahren gegen Bescheide des Jobcenter bezahlen musste?

Mit freundlichen Grüßen

gez. Wolfgang Winkler

F.d.R.: Wolfgang Most

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
IV/512/VC002 T. 1785

Verantwortliche/r:  
Stadtjugendamt

Vorlagennummer:  
512/097/2013

### Künftige Investitionskostenbezuschung von Kindertageseinrichtungen durch Neuregelung von Art. 27 BayKiBiG

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Jugendhilfeausschuss	12.06.2013	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalausschuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Die Förderung für Investitionsvorhaben an Kindertageseinrichtungen wird auch nach der Neuregelung des Art. 27 BayKiBiG zum 01.01.2013 in Höhe von 2/3 der zuweisungsfähigen Kosten beibehalten.

Da derzeit noch keine gesicherte Aussage zu den Konsequenzen möglich ist, wird die Verwaltung beauftragt, mit den freien Trägern Gespräche zu führen, um ggf. den Bedarf für eine Nachjustierung zu eruieren.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Einheitliche, gleichberechtigte Investitionskostenförderung aller freigemeinnützigen und sonstigen Träger

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Bislang war gesetzlich in Art. 27 BayKiBiG a.F. geregelt, dass Gemeinden, welche Plätze als bedarfsnotwendig bestimmt oder anerkannt haben, bei Kindertageseinrichtungen Dritter einen Baukostenzuschuss von zwei Dritteln der zuweisungsfähigen Kosten der Investitionsmaßnahme leisten müssen. Hierauf wurde ein staatlicher Zuschuss in Höhe von durchschnittlich 35 v. H. an die Kommune geleistet.

Seit 01.01.2013 obliegt es mit der Deregulierung des Art. 27 BayKiBiG den Kommunen, in welcher Höhe ein Baukostenzuschuss zu den zuweisungsfähigen Kosten geleistet wird (maximal jedoch der Kostenhöchstwert). Der staatliche Anteil bemisst sich an diesem Zuschuss und wird weiterhin in Höhe von durchschnittlich 35 v. H. an die Kommune geleistet.

Hinsichtlich dieser den Kommunen neu eingeräumten Handlungsfreiheit sind jedoch insbesondere die aus Art. 3 und 28 Grundgesetz ausfließenden Verwaltungsgrundsätze zu beachten (insbesondere Selbstbindung der Verwaltung, Bestimmtheitsgebot, Willkürverbot und Gleichbehandlungsgrundsatz). Grundsätzlich besteht auch die Bindung an Art. 7 BayHO (Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit).

Die Stadt Erlangen hat sich in Übereinstimmung mit den Vergleichsstädten Fürth und Schwabach grundsätzlich dazu entschieden, die bisherige Förderhöhe an den Investitionskosten beizubehalten (2/3 der zuwendungsfähigen Kosten). Durch die Regierung von Mittelfranken erfolgt hiervon eine Refinanzierung von 35 % dieser Kosten.

Damit haben Träger weiterhin ein Drittel der zuwendungsfähigen Kosten selbst aufzubringen. Dies trägt insbesondere dem Gleichbehandlungsgrundsatz Rechnung, da zu den derzeit noch laufenden Maßnahmen, welche nach dem alten Recht gefördert werden, ansonsten eine Ungleichbehandlung eintreten würde, wofür keine Rechtfertigungsgründe ersichtlich sind.

Würde die Stadt Erlangen den kommunalen Zuschuss erhöhen, so würde anteilig zwar auch die staatliche Förderung höher ausfallen, allerdings führt dies auch zu einer Mehrbelastung der Kommune – siehe Rechenbeispiel anbei.

Darüber hinaus spricht sich der Bayerische Städtetag dafür aus, dass freigemeinnützige und sonstige Träger von Kindertageseinrichtungen weiterhin einen Eigenanteil aufbringen sollen. In Abwägung all dieser Belange sieht das Stadtjugendamt eine Fortführung der bislang gesetzlichen Regelungen als derzeit sachgerecht an.

Ein Städtevergleich über Fürth und Schwabach hinaus ergab recht vielfältige Methoden zur künftigen Handhabung, sofern diese zum Zeitpunkt der Umfrage überhaupt schon feststanden. Diese Ergebnisse sind jedoch nur bedingt miteinander vergleichbar. Teilweise sind diese Ergebnisse abhängig von der aktuellen Bedarfslage und den Ausbauzielen, teilweise ist der von der Finanzkraft der Kommune abhängige staatliche Förderanteil recht unterschiedlich, wovon sich auch andere Finanzierungsmodelle ableiten lassen, die für die Stadt Erlangen nicht in Frage kommen (z.B. Hof: zahlt 100 % der zuwendungsfähigen Kosten, erhält von der Regierung jedoch als strukturschwacher Raum 90 % refinanziert). Nürnberg z.B. fördert 80 % der zuwendungsfähigen Kosten, erhält jedoch im Gegensatz zu Erlangen eine höhere Refinanzierung von der Regierung in Höhe von 40 %, da sich die Höhe der Bezuschussung nach FAG grundsätzlich nach der Finanzkraft der jeweiligen Kommune bestimmt.

Projekte, welche die nach Punkt 2.3. FA-ZR genannte Bagatellgrenze von 100.000 EUR an zuweisungsfähige Kosten unterschreiten, erhalten keinen staatlichen bzw. kommunalen Zuschuss. Eine Abgrenzung zwischen zuwendungsfähigen und nicht zuwendungsfähigen Kosten erfolgt durch die Stadt Erlangen nach Punkt 5.2.1 FA-ZR.

Hintergründe zur Deregulierung des Art. 27 BayKiBiG sind der MzK 512/096/2013 entnehmbar.

### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Im praktischen Vollzug ohne Veränderung zur bisherigen Handhabung (tatsächliche Förderhöhe bleibt unverändert)

### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

**Anlagen:** Rechenbeispiel FAG-Förderung

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**FAG-Förderung für 25 Kindergartenplätze mit 2/3 der zuweisungsfähigen Kosten:**

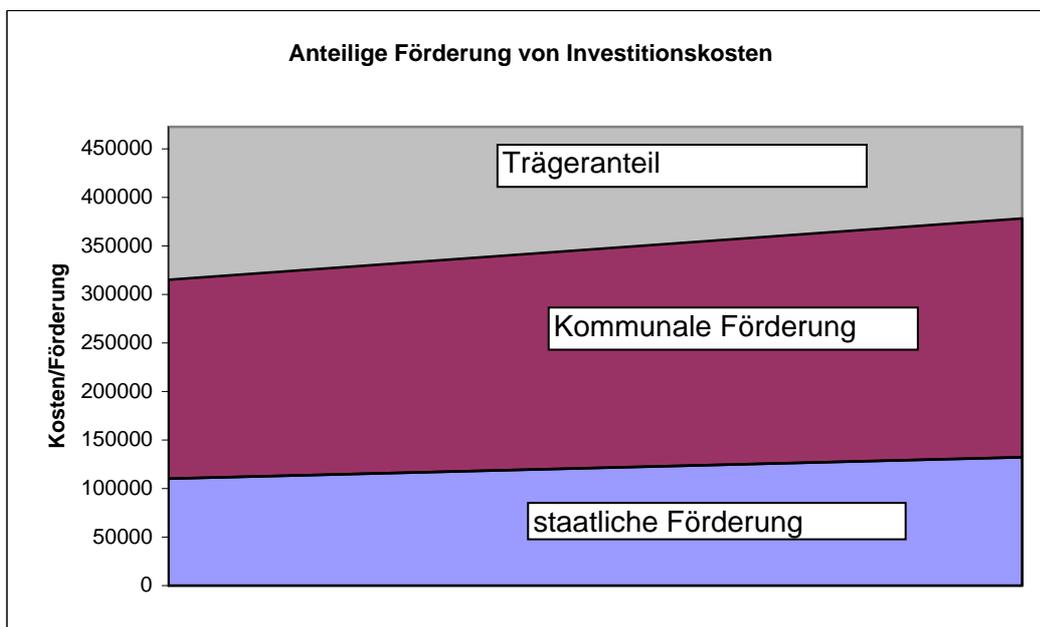
zuwendungsfähige Baukosten eines Neubaus (bzw. Höchstwert bei Umbaumaßnahmen)	129 qm x 3.663 €	472.527,00 €
städtischer Anteil	2/3 der zwf. Baukosten	315.018,00 €
	gerundet	315.000,00 €
davon staatliche Förderung	35 % vom kommunalen Anteil	110.256,30 €
	gerundet	110.300,00 €
Anteil Träger an zuweisungsfähigen Kosten		157.527,00 €
Nettobelastung Stadt		204.700,00 €

**FAG-Förderung für 25 Kindergartenplätze, würde Stadt Erlangen z.B. 80% der zuweisungsfähigen Kosten tragen:**

zuwendungsfähige Baukosten eines Neubaus (bzw. Höchstwert bei Umbaumaßnahmen)	129 qm x 3.663 €	472.527,00 €
städtischer Anteil	80% der zwf. Baukosten	378.021,60 €
	gerundet	378.000,00 €
davon staatliche Förderung	35 % vom kommunalen Anteil	132.307,56 €
	gerundet	132.300,00 €
Anteil Träger an zuweisungsfähigen Kosten		94.527,00 €
Nettobelastung Stadt		245.700,00 €

Je höher zwar die kommunale Förderung, desto höher in der Summe die Refinanzierung vom Staat.

Dennoch gilt, dass hiermit die Nettobelastung der Stadt vergleichbar stärker steigt, weil die staatliche Förderung stets nur 35 % beträgt.



## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/30-R; VI/63

Verantwortliche/r:  
Rechtsabteilung; Bauaufsichtsamt

Vorlagennummer:  
30-R/080/2013

### Änderung der Stellplatzsatzung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Bauausschuss / Werkausschuss für den Entwässerungsbetrieb	18.06.2013	Ö	Gutachten	
Haupt-, Finanz- und Personalaus-schuss	19.06.2013	Ö	Gutachten	
Stadtrat	27.06.2013	Ö	Beschluss	

### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

**A.** Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Entwurf Alternative A, Anlage 1) wird beschlossen.

o d e r

**B.** Die Satzung zur Änderung der Satzung über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Entwurf Alternative B, Anlage 2) wird beschlossen.

#### II. Begründung

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Anpassung der Stellplatzablässe an die gestiegenen Grundstückspreise.

##### 2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Beschluss einer der beiden Änderungssatzungen.

##### 3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Aufgrund eines Antrags der Fraktion der Grünen Liste zu den Haushaltsberatungen für 2013 zur Erhöhung des Ansatzes für die Stellplatzablässe hatte die Verwaltung darauf hingewiesen, dass hierfür zunächst die Stellplatzsatzung angepasst werden müsste.

Die Verwaltung hat einen Durchschnitt für Herstellungskosten von Stellplätzen (oberirdische unüberdachte Stellplätze, oderirdische bedachte Stellplätze und unterirdische Stellplätze) ermittelt und die durchschnittlichen Grundstückskosten in Erlangen hinzuaddiert. Der Anteil der unterirdischen Stellplätze ist im Bereich der Zone 1 mit einem sehr hohen, im Bereich des außerhalb von Zone 1 und 2 liegenden Stadtgebiets aber nur mit einem sehr geringen Anteil eingeflossen. So erklären sich die unterschiedlichen Herstellungskosten.

In der Sitzung des Bauausschusses vom 14.05.2013 hat die Verwaltung die Berechnung der Stellplatzablöse entsprechend der bisherigen Praxis mit 50% der durchschnittlichen Herstellungskosten angesetzt. Dieser Vorschlag mündete in die Variante A der Änderungssatzung. In der Sitzung wurde aber von mehreren Fraktionen bemängelt, dass dieser Wert zu einer nicht gerechtfertigten Privilegierung für die Ablösung von Stellplätzen führe. Die Werte sollten daher auf 75% der durchschnittlichen Herstellungskosten festgesetzt werden. Dieser Vorschlag wurde in Variante B eingearbeitet.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

- Anlagen:**
1. Entwurf der StS, Alternative A
  2. Entwurf der StS, Alternative B

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Satzung  
zur Änderung der Satzung über die Herstellung von  
Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Stellplatzsatzung, StS)**

**Art. 1**

Die Satzung der Stadt Erlangen über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Stellplatzsatzung, StS) vom 31. Mai 2010 (Die amtlichen Seiten Nr. 12 vom 10. Juni 2010) wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 2 der Stellplatzsatzung wird wie folgt geändert:

- a) Der Ablösebetrag von „7.700 €“ pro Stellplatz in der dritten Zeile der Tabelle (Zone 1) wird durch die Zahl „10.000 €“ ersetzt.
- b) Der Ablösebetrag von „5.100 €“ pro Stellplatz in der fünften Zeile der Tabelle (Zone 2) wird durch die Zahl „7.500 €“ ersetzt.
- c) Der Ablösebetrag von „3.100 €“ pro Stellplatz in der siebenten Zeile der Tabelle (Übriges Stadtgebiet) wird durch die Zahl „4.500 €“ ersetzt.

**Art. 2**

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

**Satzung  
zur Änderung der Satzung über die Herstellung von  
Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Stellplatzsatzung, StS)**

**Art. 1**

Die Satzung der Stadt Erlangen über die Herstellung von Kraftfahrzeugstellplätzen und Fahrradabstellplätzen (Stellplatzsatzung, StS) vom 31. Mai 2010 (Die amtlichen Seiten Nr. 12 vom 10. Juni 2010) wird wie folgt geändert:

§ 3 Abs. 2 der Stellplatzsatzung wird wie folgt geändert:

- a) Der Ablösebetrag von „7.700 €“ pro Stellplatz in der dritten Zeile der Tabelle (Zone 1) wird durch die Zahl „15.000 €“ ersetzt.
- b) Der Ablösebetrag von „5.100 €“ pro Stellplatz in der fünften Zeile der Tabelle (Zone 2) wird durch die Zahl „11.500 €“ ersetzt.
- c) Der Ablösebetrag von „3.100 €“ pro Stellplatz in der siebenten Zeile der Tabelle (Übriges Stadtgebiet) wird durch die Zahl „7.000 €“ ersetzt.

**Art. 2**

Diese Änderungssatzung tritt am Tage nach ihrer Bekanntmachung in Kraft.

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/30-S

Verantwortliche/r:  
Statistikabteilung

Vorlagennummer:  
30-S/008/2013

### Fortführung der repräsentativen Bürgerbefragungen durch die Statistikabteilung

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

Die repräsentativen Bürgerbefragungen sollen von der Abteilung Statistik und Stadtforschung im zweijährigen Turnus weiterhin durchgeführt werden.

#### II. Begründung

Der Stadtrat hat am 25.02.2010 auf Empfehlung der Kommunalen Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt) (im Paket) u. a. beschlossen, dass die regelmäßigen Bürgerbefragungen nicht mehr von der Statistikabteilung durchgeführt werden sollen. Als Alternativen werden eigene Umfragen der verschiedenen Fachbereiche oder die Beauftragung von Instituten vorgeschlagen. Das Sachmittelbudget des Amtes 30 wurde anteilig gekürzt.

##### 1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

In der „Satzung über die Kommunalstatistik der Stadt Erlangen“ vom 4. Oktober 1989 wird die Vorbereitung und Durchführung statistischer Erhebungen als eine Aufgabe der Statistikabteilung aufgeführt. Am 18.10.2000 hatte der HFPA die Statistikabteilung mit regelmäßig durchzuführenden Befragungen beauftragt. Ebenso werden in der „Satzung über die Haushalts- und Wohnungserhebungen der Stadt Erlangen“ vom 15. März 2001 „in periodischen Abständen“ durchzuführende Haushalts- und Wohnungserhebungen der Statistikabteilung zugewiesen. Als abgeschottete kommunale Statistikstelle darf sie – im Gegensatz zu allen anderen städtischen oder externen Stellen – die Einzelergebnisse aus den Befragungen aufbewahren, miteinander im Zeitverlauf vergleichen und für verschiedene Zwecke auswerten.

Die Beauftragung von externen Instituten würde nach Einschätzung der Verwaltung keine Kostenersparnis bringen, sondern vielmehr unverhältnismäßig hohe Kosten und / oder einen Qualitätsverlust bei der Stichprobe bedeuten.

Ebenso würden Befragungen durch einzelne Ämter nur eine Kostenverlagerung bedeuten; zudem sollten unkoordinierte Befragungen wegen der damit verbundenen Mehrfachbelastung der Bürgerinnen und Bürger vermieden werden. Mehrthemenbefragungen erzielen im Übrigen höhere Rücklaufquoten und sind wirtschaftlicher als Spezialbefragungen zu einem bestimmten Thema; demografische oder persönliche Merkmale z. B. müssen nur einmal abgefragt werden, um mit allen Fragestellungen in Beziehung gesetzt werden zu können.

Da eine bürgerorientierte Verwaltung bei vielen Handlungsfeldern die Bedürfnisse und Prioritäten der Einwohner berücksichtigen muss, sollten die dazu notwendigen Erhebungen nicht durch unkoordinierte oder eingekaufte Befragungen durchgeführt werden, sondern durch die fachlich dafür zuständige Dienststelle der Stadtverwaltung. Zudem besteht bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Statistikabteilung aufgrund deren Ausbildung und ihrer bisherigen Erfahrungen mit zahlreichen Befragungen ein umfangreiches Methoden- und Praxiswissen, das bei den anderen Fachbereichen nicht vorhanden ist.

Die Befragungen sollten auch nicht ersatzlos wegfallen. Für die Stadt als Dienstleisterin ist eine repräsentative Erhebung der Bürgerwünsche und Bürgerbedürfnisse unentbehrlich. Regelmäßige Befragungen ermöglichen die Beobachtung von Veränderungen, z. B. als Resultate von Verwaltungshandeln. Neben den in großen Zeitabständen durchgeführten Volkszählungen bieten nur die Bürgerbefragungen die Möglichkeit, bestimmte Strukturmerkmale der Bevölkerung festzustellen, z. B. Bildungsstand und Erwerbstätigkeitsverhalten. Fragen zu Mobilitätsverhalten, Pkw-Besitz oder persönlichem Sicherheitsempfinden sind Basis umfangreicher Auswertungen z. B. für die Stadtplanung, für die Erlanger Stadtwerke oder für die Polizei. Die in den Befragungen erhobenen Einkommensklassen sind Grundlage für die Sozialberichterstattung. So lieferten die Ergebnisse der bisherigen Bürgerbefragungen den städtischen Dienststellen und Töchtern wertvolle Anregungen oder Anleitungen zu Verbesserungen.

Hierfür seien nur einige Beispiele genannt:

- Ordnungs- und Straßenverkehrsamt: Die häufigen Beschwerden über die Situation im Bereich „Bahnhofplatz“ führten zu einer konsequenten Umsetzung der „Fahrrad-Abschlepp-Aktion“ und zu Gesprächen mit der Bahn AG über gestalterische Maßnahmen.
- Tiefbauamt: Die Kritik an zu vielen unkoordinierten Baumaßnahmen im Stadtgebiet waren Anlass, frühzeitiger als bisher in Gesprächen mit der Autobahndirektion Nordbayern und dem staatlichen Bauamt die geplanten Baumaßnahmen im Bereich der Stadt Erlangen miteinander abzustimmen.
- EB 77: Das häufig genannte Problem „Hundekot“ brachte eine Ausweitung des Verbots von Verunreinigung durch Tiere auf öffentliche Straßen und die Aufnahme der Beseitigungspflicht dieser Verunreinigung in die Straßenreinigungsverordnung.
- Erlanger Stadtwerke: Nach Klagen über schlecht ausgeleuchtete Haltestellen wurde die Beleuchtung an den beanstandeten Stellen verbessert.
- Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung: Für das Projekt „Leben findet Innenstadt“ wurde im Abstand von acht Jahren kontrolliert, ob die von der Projektgruppe vorgenommenen Veränderungen die Lebensqualität der Innenstadtbewohner verbessern konnten.
- Abteilung Verkehrsplanung: Die modelltheoretisch erzeugten Ergebnisse zur Verkehrsverteilung in der Stadt werden auf der Basis des in den Umfragen ermittelten Verkehrsverhaltens geeicht.
- Stadtbibliothek: Die in der alten Stadtbücherei noch vermissten Einzelarbeitsplätze werden in der neuen Bibliothek sehr viel zahlreicher angeboten.
- In vielen Dienststellen werden die Befragungsergebnisse für die Bearbeitung von Bürgeranfragen verwendet.

## **2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen**

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Wie bei den bisher durchgeführten Bürgerbefragungen sollen von der Statistikabteilung weiterhin in Koordination mit den Dienststellen der Stadtverwaltung repräsentative Mehrthemenbefragungen durchgeführt werden.

## **3. Prozesse und Strukturen**

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die regelmäßigen Bürgerbefragungen sollen in zweijährigem Abstand durchgeführt werden. Diese Befragungen müssen bezüglich Fragenprogramm, Stichprobenauswahl und Zeitplan mit anderen Erhebungen abgestimmt werden.

Zur personellen Unterstützung in der Statistikabteilung können Praktikantinnen und Praktikanten eingesetzt werden, z. B. Fachoberschüler oder Teilnehmer der MAut-Kurse (Bildungsmaßnahmen für Menschen mit Autismus) bei der Gesellschaft zur Förderung beruflicher und sozialer Integration (gfi), so dass die Kosten so gering wie möglich gehalten werden.

#### 4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	7.500 € <b>alle 2 Jahre</b> , jeweils im Jahr der Befragung	bei Sachkonto: 527198
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt  
 sind vorhanden auf IvP-Nr. bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk  
X sind nicht vorhanden, da das Sachmittelbudget um 5000,- € **jährlich** gekürzt wurde.

Anlagen: ----

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

## Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:  
III/32

Verantwortliche/r:  
Ordnungs- und Straßenverkehrsamt

Vorlagennummer:  
322/023/2013

### Eröffnungstermin der Erlanger Waldweihnacht

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Haupt-, Finanz- und Personalaus- schuss	19.06.2013	Ö	Beschluss	

#### Beteiligte Dienststellen

#### I. Antrag

1. Der Eröffnungstermin der Erlanger Waldweihnacht wird für 2013 und die Folgejahre auf den Freitag vor dem ersten Advent festgelegt.
2. Der FDP-Fraktionsantrag Nr. 20/2013 vom 19.02.2013 ist damit bearbeitet.

#### II. Begründung

Mit Antrag vom 19.02.2013 beantragt die FDP-Fraktion die Vorverlegung der Eröffnung der Erlanger Waldweihnacht auf einen Termin von Montag bis Mittwoch und damit vor die Eröffnung der entsprechenden Veranstaltungen in den Nachbarstädten Nürnberg und Fürth. Hintergrund ist die Hoffnung auf eine stärkere Darstellung in den Medien und ein „Wettbewerbsvorteil“ gegenüber den entsprechenden Veranstaltungen in den Nachbarstädten Nürnberg und Fürth.

Die Stadt Erlangen betreibt den Weihnachtsmarkt, der seit 2012 unter dem neuen Konzept „Erlanger Waldweihnacht“ betrieben wird, als öffentliche Einrichtung (§ 1 der Satzung für die Märkte der Stadt Erlangen). Gem. Ziff. 4 Buchst. b der Anlage zur Marktsatzung findet der Weihnachtsmarkt im Zeitraum vom Freitag vor dem ersten Advent bis zum 24. Dezember statt.

Die Verwaltung spricht sich gegen eine Vorverlegung des Eröffnungstermins aus. Nach Rücksprache mit den örtlichen Kirchen wird großer Wert auf die Beibehaltung des festgesetzten Eröffnungstermins „Freitag vor dem ersten Advent“ gelegt. Die Stadt Erlangen hat dabei als Veranstalterin und gleichzeitig Genehmigungsbehörde für eine Vielzahl privat organisierter Veranstaltungen eine große Vorbildwirkung. Es war bislang immer Bestreben der Stadt, die Veranstaltungen im Advent in einem einheitlichen Zeitraum ablaufen zu lassen. Ein früherer Beginn der Stadt würde also das gesamte adventliche Geschehen in Erlangen vorverlegen.

Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat mit ihrer Aktion „Alles hat seine Zeit! Advent ist im Dezember“ in Übereinstimmung mit den anderen christlichen Kirchen auf die Bedeutung der Adventszeit hingewiesen. Eine der Kernaussagen lautet: „Die Adventszeit beginnt am vierten Sonntag vor dem 25. Dezember.“ Die Adventszeit dient der Vorbereitung auf Weihnachten und deckt sich insofern mit dem Zweck sogenannter „Weihnachtsmärkte“. Bereits der Beginn von Weihnachtsmärkten am Freitag vor dem 1. Advent ist so gesehen ein Zugeständnis, wird aber überwiegend in Süddeutschland so praktiziert, während Weihnachtsmärkte weiter nördlich in Deutschland ein zusehends kommerzielleres Gepräge haben. Allerdings macht es nach Auffassung der Verwaltung wenig Sinn, wenn die Märkte untereinander in Wettbewerb treten. Der Nürnberger Markt hat z. B. eine vollkommen andere Ausrichtung, Tradition und Geschichte und daraus folgernd wiederum eine andere überregionale Bedeutung.

Der Erlanger Markt hat im vergangenen Jahr bereits viel – auch überregionale – Aufmerksamkeit auf sich gezogen und aufgrund seines gut durchdachten Konzeptes sehr positive Medienwirksamkeit entfaltet. Dieses positive Bild nach außen sollte nun nicht durch eine negative Diskussion über einen verfrühten Beginn gefährdet werden, die jedenfalls von den Kirchen geführt werden würde.

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

#### Haushaltsmittel

- werden nicht benötigt
- sind vorhanden auf IvP-Nr.  
bzw. im Budget auf Kst/KTr/Sk
- sind nicht vorhanden

#### Anlagen:

Antrag Nr. 02/2013 der FDP-Fraktion vom 19.02.2013

III. Abstimmung  
*siehe Anlage*

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

**Fraktionsantrag gemäß § 28 GeschO**

**Eingang: 19.02.2013**  
**Antragsnr.: 020/2013**  
**Verteiler: OBM, BM, Fraktionen**  
**Zust. Referat: III/32**  
**mit Referat:**

FDP-Stadtratsfraktion • Rathausplatz 1 • 91052 Erlangen

Herrn Oberbürgermeister Dr. Siegfried Balleis

Rathausplatz 1

91052 Erlangen

Erlangen, den 19. Februar 2013

**Eröffnung Waldweihnacht 2013**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen, die Vorverlegung der Eröffnung der Erlanger Waldweihnacht. Angedacht werden sollen Termine von Montag bis Mittwoch in der KW 48 in 2013 vor der Eröffnung des Fürther Weihnachtsmarktes und des Nürnberger Christkindlesmarktes.

**Begründung:**

Offenbar zeigt unter anderem der Bayerische Rundfunk Interesse daran, die Eröffnung der Waldweihnacht zu übertragen. Der bisherige Eröffnungstermin würde jedoch mit den Terminen in Fürth (Eröffnung am Donnerstag) und Nürnberg (Eröffnung am Freitag) kollidieren, so dass eine Übertragung nicht möglich wäre. In Absprache mit den Betreibern sowie den Beschickern der Waldweihnacht soll deshalb ein Eröffnungstermin gefunden werden, der es erlaubt, Erlangen mit der Eröffnung der Waldweihnacht medial breiter darzustellen.

Mit freundlichen Grüßen,

gez.

Lars Kittel, Vorsitzender

gez.

Dr. Elisabeth Preuss, Stadträtin



**Stadträte:**

- Lars Kittel; Vorsitzender
- Dr. Elisabeth Preuß; Bürgermeisterin
- Dr. Jürgen Zeus
- Stefan Tellkamp
- Geschäftsführung:*  
Christian Wolff

# Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Einladung -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 11.1 Sachstandsbericht der GGFA AöR	
Mitteilung zur Kenntnis II/225/2013	3
GGFA SGA Bericht 5 6 13 II/225/2013	4
TOP Ö 11.2 Controlling-Zwischenbericht zum 31.05.2013 (Budgets und Arbeitsprogr	
Mitteilung zur Kenntnis 201/020/2013	15
Anlage 1 Ämterbudgets Stand 31052013 201/020/2013	16
Anlage 2 Zwischenstände Personalkosten_31052013 201/020/2013	18
Anlage 3 Ampel_31052013 201/020/2013	20
Anlage 4 Fortbildungscontrolling 2012_31052013 201/020/2013	25
TOP Ö 11.3 Betrieb der Cafeteria im Sozialraum des Rathauses - Beschlusskontrol	
Mitteilung zur Kenntnis 241/067/2013	26
TOP Ö 11.4 Befragung der ALG II- und Grundsicherungsempfänger: Fragebogen	
Beratungsergebnisse Stand: 05.06.2013 30-S/007/2013	28
Entwurf des Fragebogens 30-S/007/2013	30
TOP Ö 12 4. Controllingbericht: Umsetzung der Beschlüsse zur Haushaltskonsolidi	
Beratungsergebnisse Stand: 08.05.2013 11/116/2013	32
Anlage 4. Controllingbericht 11/116/2013	41
TOP Ö 13 Personalbericht 2012	
Beschluss Stand: 08.05.2013 11/118/2013	42
TOP Ö 14 Änderung der Personalkostenbudgetierung für das Haushaltsjahr 2014	
Beschlussvorlage 11/124/2013	43
Budgetierungsregeln_2014_Abschnitt_3_1 11/124/2013	45
TOP Ö 15 Entwurf eines Standards für Datenmodell und Zugriffs-Protokoll für off	
Beschlussvorlage eGov/050/2013	49
Anlage StRAntrag Nr. 40/2013 - open Data eGov/050/2013	50
TOP Ö 16.1 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes für	
Beschlussvorlage 241/066/2013	51
Budgetabrechnung Amt 24 241/066/2013	54
TOP Ö 16.2 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Bürgeramte	
Beschlussvorlage 33/011/2013/1	55
Amt 33 B_Abrechnung 2012_1 33/011/2013/1	58
Amt 33 Ruecklage 2012 33/011/2013/1	59
TOP Ö 16.3 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Kultur- un	
Beschluss Stand: 08.05.2013 41/024/2013/1	60
Budgetabrechnung 2012 Amt 41 41/024/2013/1	63
Protokollvermerk zu Budgetabrechnung Amt 41 41/024/2013/1	64
TOP Ö 16.4 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Theaters (	
Beschluss Stand: 08.05.2013 44/051/2013/1	65
Amt 44 B_Abrechnung 2012 44/051/2013/1	68
Protokollvermerk zu Budgetabrechnung Amt 44 44/051/2013/1	69
TOP Ö 16.5 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Stadtarchi	
Beschluss Stand: 08.05.2013 451/014/2013/1	70
Budgetabrechnung 2012 451/014/2013/1	73
Protokollvermerk zu 451 Stadtarchiv 451/014/2013/1	74
TOP Ö 16.6 Übertragung und Verwendung des Budgetergebnisses 2012 des Amtes für	

Beschlussvorlage 50/126/2013/1	75
Anlage-1-Budgetabrechnung 2012 50/126/2013/1	81
Anlage-2-Budgetruecklage 2012 50/126/2013/1	82
TOP Ö 17 Budgetergebnisse 2012; Ergebnisüberträge und Verlustvorträge 2012	
Beschlussvorlage II/226/2013	83
Anlage 1a_B_Abrechnung2012_Teil I II/226/2013	88
Anlage 1b_B_Abrechnung2012_Uebertrag Teil I II/226/2013	89
Anlage 2a_B_Abrechnung2012_Teil II II/226/2013	90
Anlage 2b_B_Abrechnung2012_Uebertrag Teil II II/226/2013	91
Anlage 3a_Bereinigungen_2012_Teil I II/226/2013	92
Anlage 3b_Bereinigungen_2012_Teil II II/226/2013	94
Anlage 4_Vergleich_Budgetergebnisse II/226/2013	95
Anlage 5_Sonderrechnung_Budgetergebnisse_2012 II/226/2013	96
TOP Ö 18 Probleme im Rahmen der Bewilligung von ALGII und Grundsicherung hier:	
Beschluss Stand: 05.06.2013 50/118/2013	97
Anlage-1-Fraktionsantrag-GL-024-2013 50/118/2013	102
TOP Ö 19 Künftige Investitionskostenbezuschung von Kindertageseinrichtungen	
Beschlussvorlage 512/097/2013	103
Rechenbeispiel FAG-Förderung 512/097/2013	106
TOP Ö 20 Änderung der Stellplatzsatzung	
Beschlussvorlage 30-R/080/2013	107
Anlage_1_StS_A 30-R/080/2013	109
Anlage_2_StS_B 30-R/080/2013	110
TOP Ö 21 Fortführung der repräsentativen Bürgerbefragungen durch die Statistika	
Beschlussvorlage 30-S/008/2013	111
TOP Ö 22 Eröffnungstermin der Erlanger Waldweihnacht: Antrag der FDP-Fraktion N	
Beschlussvorlage 322/023/2013	114
Antrag FDP 020/2013 Eröffnung Waldweihnacht 322/023/2013	116
Inhaltsverzeichnis	117